Nr. 24.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 29. Januar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Vorboten der Krise.

Im nämlichen Augenblicke, als der Staatssekretär Graf v. Posadowsky im Reichstage sich zum Sachwalter der Stumm und Konsorten gegen die Arbeiter aufwirft, flattern um die Berliner Börse in der Burgstraße noch scheu und unsicher die Sturmvögel, die die nahende Krise ankünden. Sollte es nicht mehr als ein Zufall sein, daß das Unternehmerthum gerade jetzt wieder gegen die Arbeiterklasse mobil zu machen beginnt, wo mit jäher Wucht die verheerenden Folgen einer noch anarchistischen Produktionsweise, für die das Unternehmerthum die volle Verantwortung zu tragen hat, auf die Arbeiterklasse hereinzustürzen beginnen? Um die eigene Schuld abzuwälzen, um die Oeffentlichkeit zu hintergehen, wird ein unschuldiger Sünder auf den Pranger geschleppt. Der Arbeiter, eine Art permanenter Stroh- und Sitzredakteur in der kapitalistischen Aera, soll auch jetzt wieder den Prügelknaben für die bürgerliche und mißvergnügte Bourgeoisie abgeben. Er hat gestreikt, er hat den flotten Lauf der Produktion gestört, der Arbeiter, nicht die Unternehmer tragen die Verantwortung für die Folgen des nunmehrigen Rückganges der Konjunktur. Diesen Eindruck möchte das Unternehmerthum gerade noch im jetzigen Augenblicke in der Oeffentlichkeit erwecken und Graf von Posadowsky hat alles gethan, um mit der ganzen staatlichen Autorität den edlen Wunsch der Unternehmer in Erfüllung gehen zu lassen.

Aber beredter als von Stumm und Posadowsky redet die nackte Wirklichkeit, reden die stummen Ziffern des Kurszettels, redet das Thun und Treiben des deutschen Unternehmerthums auf dem werktäglichen Boden der Produktion; sie alle klagen für die Folgen der industriellen Krise, der wir entgegengehen und die die Arbeiter auszubaden haben werden, ganz ausschließlich das Unternehmerthum an. Angesichts der Schuld, die sich das deutsche Unternehmerthum in den letzten zwei Jahren aufgeladen hat, erscheint der streikende Arbeiter wie ein unschuldiger Waisenknabe.

Als Ende des Jahres 1894 die heimische Produktion sich frisch belebte, da beeilten sich die deutschen Fabrikanten, ihre aufs Pflaster gesetzten Arbeiter wieder zu beschäftigen, die bestehenden Betriebseinschränkungen aufzuheben, die tägliche Arbeitszeit nicht nur voll auszunützen, sondern auch mit Ueberstunden, Doppelschichten die Spannung zwischen Nachfrage und Lieferungsmöglichkeit auszugleichen. Kaum hatte das deutsche Kapital, das bislang in den faulsten ausländischen Papieren eine hoch verzinsliche Anlage gesucht hatte, gemerkt, daß in deutschen Industrie-Unternehmungen nun wieder ein Geschäft zu machen war, als auch schon die Börsenkurse der industriellen Papiere in die Höhe gingen und das überflüssige Geld sich zu deutschen industriellen Gründungen förmlich drängte. Fabrikanten und Finanzgrößen gingen Hand in Hand, um die Produktion durch Neugründungen und Erweiterungen von Fabriken zu vergrößern. Bestechende Privatunternehmungen werden massenhaft in Aktiengesellschaften verwandelt und neue Etablissements in größtem Maßstabe und mit entwickeltster Maschinentechnik entstanden in allen Branchen. Ohne Rücksicht auf die Fassungskraft des Marktes wurde die Produktion sinn- und planlos vermehrt. Selbst in den Industriezweigen, wo durch Syndikate und Kartelle eine Regelung der Produktion vorhergesehen war, vermochten die leitenden Kreise den Taumel des Uebermuthes nicht zu beschwichtigen, sondern ließen sich theilweise selbst von ihm mitfortreißen. Jede Warnung vor diesem unsinnigen Wettrennen wurde als eine Böswilligkeit gebrandmarkt. Die industrie- und börsenfromme Presse ließ kein Bedenken aufkommen, alle ungünstigen Symptome wurden kurzer Hand weggeleugnet oder todtgeschwiegen. Im September vorigen Jahres, als der sogenannte Aufschwung schon an allen Ecken und Enden fadenscheinig zu werden drohte, da verstand es die bürgerliche Presse, an ihrer Spitze die „Kölnische Zeitung", durch die dreistesten Unwahrheiten und Verdrehungen selbst die engeren Börsenkreise nochmals an der Nase herumzuführen: abermals vollzog sich ein neues Steigen der Montan- und Industriepapiere an den deutschen Börsen und alle Welt wollte sein Geld nur in diesen Papieren noch anlegen. Um die Jahreswende konnte man in der That noch glauben, in unserer Industrie befände sich alles wohl.

Und nun mit einem Schlage ist das ganze Lug- und Truggebilde eingestürzt. Zwei Thatsachen sind es, die unwiderleglich beweisen, daß wir schon im Stadium der Ueberproduktion angelangt sind. Einmal ist es notorisch, daß rheinisch-westfälische Werke mit ihren Konkurrenten in Schlesien durch Preisunterbietungen in einen rücksichtslosen Wettbewerb getreten sind, sodann ist die deutsche Roheisen-Produktion schon seit einiger Zeit nicht mehr im stande, ihre Erzeugung zu verschleißen, sie muß den Betrieb einschränken, Feierschichten einlegen, Arbeiter entlassen u. s. f. Das rheinische Koakssyndikat hat in den letzten Tagen eine Betriebseinschränkung von 5 pCt. durchführen müssen, weil von den Eisenwerken der Koaks nicht mehr abgenommen wird, d. h. weil die Produktion in Roheisen erheblich nachgelassen hat. Und diese Betriebseinschränkung ist erfolgt, obwohl noch zu Anfang des Jahres das Syndikat großspurig erklärte, die gesammte Jahresproduktion sei voll und ganz untergebracht — eine Erklärung, die eine erhebliche Haussebewegung der Kohlenwerke zur nächsten Folge hatte. Einige Tage später und diese prahlerische Erklärung ist durch die Thatsachen als unwahr gebrandmarkt. Und wie hier im Eisengewerbe und beim Koakssyndikat liegen die Verhältnisse auf anderen Gebieten unserer heimischen Produktion. Die Unternehmer selbst wissen schon mehr als ein halbes Jahr, wieviel Uhr es geschlagen hat. Aber mit dem Aufgebot aller Heuchelei und Lüge suchen sie im kurzsichtigsten Geschäftsinteresse den schönen Schein zu wahren, um sich selbst gegen die kommenden Verluste nach Möglichkeit noch zu decken.

Und dieses nämliche Unternehmerthum, das auf diese Weise ins Blinde hinein bei steigender Konjunktur die Produktionskräfte vermehrt, die Arbeiter aus allen Gegenden heranholt und schmutzig genug ist, selbst in den glänzendsten Zeiten den Lohn der Arbeiter möglichst tief zu halten — dieses Unternehmerthum hat den Muth, die Verantwortung für seinen eigenen Leichtsinn den Arbeitern in die Schuhe schieben zu wollen

Die Krise kommt, ja sie ist in manchen Gegenden schon da, und sie bringt am ersten den Arbeitern die ganze Misere, die aus einer Verringerung der bisher überspannten Produktion hervorgeht. Jede Betriebseinschränkung, jedes Fallissement vermehrt die Existenzunsicherheit der Arbeiter, die industrielle Reservearmee schwillt an, die Löhne sinken, die Ziffer der Arbeitslosen steigt. Solchen Aussichten geht die deutsche Arbeiterklasse dank der kurzsichtigen Produktionsanarchie unseres Unternehmerthums entgegen. Und statt dem schuldlosen und schwachen Theil zu Beginn dieser Krise beizuspringen, ihm durch Koalitionsfreiheit und wirthschaftliche Bewegungsfreiheit die Möglichkeit zu verschaffen, die Folgen der Krise durch vorbeugende Maßnahmen abzuschwächen, hält es die deutsche Regierung vielmehr für angemessen, sich auf die Seite der Produktions-Anarchisten zu stellen, sich zum Beschützer der Unordnung, der Desorganisation aufzuwerfen und den Entrüsteten zu spielen, daß die Arbeiter es wagen, dem gar zu übermüthigen Vorgehen der Unternehmer dann und wann ein Memento, in Form eines Lohnkampfes, zuzurufen.

Kein einziges Wort hat der Staatssekretär vom Reichsamt des Innern gegenüber der Lügen- und Heuchelpolitik des deutschen Unternehmerthums gefunden, deren Folgen sich auch dem Staat als solchem wenig angenehm spürbar machen werden. Dagegen hat Graf von Posadowsky unter dem lautesten Beifall der Krupp und Stumm die kleinlichsten Vorkommnisse, bei denen einzelne Arbeiter vielleicht eine Ungehörigkeit begangen haben und dafür energisch bestraft sind, zu Haupt- und Staatsaktionen aufgebauscht, denen gegenüber er die Gesetzgebungsmaschinerie in Bewegung setzen will. Wenn wir nicht überzeugt wären, daß Graf von Posadowsky im besten Glauben gesprochen und gehandelt hat, wir müßten ihm in der Kunst, mit bewußter Absicht die einfachsten Thatsachen auf den Kopf zu stellen und ihr gerades Gegentheil als wahr zu vertheidigen, die Palme zuerkennen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Januar.

Aus dem Reichstage. Seit zehn Jahren kommen die Klagen über die Uebertragung der Milzbrandkrankheit bei der Verarbeitung von Borsten und Pferdehaaren in der Bürsten- und Pinselfabrikation vor den Reichstag und heute noch ist das Reichs-Gesundheitsamt so wenig in der Lage, bestimmte Vorschriften zur Verhütung dieser erschrecklichen Berufskrankheit in Aussicht zu stellen, wie früher. Genosse Oertel, der neugewählte Vertreter für Nürnberg, wo die Pinsel- und Bürstenfabrikation einen Hauptsitz hat, trug in beredten Worten die alte Klage der dortigen Arbeiter vor und richtete das dringende Ersuchen an die Reichsbehörde, die so lange und oft schon in Aussicht gestellten Verordnungen endlich zu erlassen. Der Zentrumsredner Dr. Hitze unterstützte dieses Verlangen, indem er mit Recht darauf hinwies, daß man sich im Reichs-Gesundheitsamt wirklich nicht zu wundern brauche, wenn den Nürnberger Arbeitern schließlich die Geduld ausgehe. Der Vertreter des Reichs-Gesundheitsamtes hatte auch heute wieder nur besänftigende Worte. Er weiß eben, daß jede vorbeugende Vorschrift den Profit der Fabrikanten einschränkt, und da andererseits nur Arbeiter von der Krankheit befallen werden, so ist es klar, warum der Schutz so schwer durchzusetzen ist.

Nach dem Milzbrand die Maul- und Klauenseuche. Ein ganzes Heer von agrarischen Rednern trat auf, um von der Regierung die Sperre der Landesgrenzen zu verlangen, um so den heimischen Viehstand vor der Verseuchung zu schützen und — was die Hauptsache — die Vieh- und Fleischpreise zu heben. Zwar steht fest, daß die Seuche nicht nur durch erkranktes Vieh, sondern auch durch Menschen und auf alle mögliche andere Weise verschleppt wird, die Viehsperre also garnichts nützt; aber darauf hören die Interessenten an hohen Fleischpreisen nicht. Von unseren Genossen Haase und Wurm wurden die Interessen der Konsumenten energisch gewahrt.

Der Abg. Blos brachte Klagen über die Verunreinigung der Ocker durch die Abwässer der Braunschweiger Zuckerfabriken zur Sprache, während Genosse Reißhaus sich nach der Zusammensetzung der Kommission zur Prüfung der Impffrage erkundigt. Redner wollte besonders wissen, ob in der Kommission auch die Impfgegner vertreten sein werden, was bejaht wurde.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung der Etatdebatte und eventuell erste Berathung der Vorlage über das Brennereigesetz.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Etatsberathung mit dem Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung. Während in früheren Jahren der Titel „Gehalt des Ministers" den Agrariern die erwünschte Gelegenheit gab, ihrem gepreßten Herzen durch Schreien Luft zu machen, während es noch im vorigen Jahre zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem ihnen nicht genügend willfährigen Landwirthschaftsminister kam, verlief die Debatte diesmal weit ruhiger und sachlicher. Der Grund dafür ist einmal in der Thatsache zu suchen, daß die Nationalliberalen bereits bei der ersten Lesung des Etats erklärt hatten, sie würden der vom Minister von Miquel ausgegebenen Parole der Politik der Sammlung folgen und für die „berechtigten" Forderungen der Landwirthschaft eintreten; sodann aber trug zu dem verhältnißmäßig ruhigen Verlauf der heutigen Debatte der Umstand bei, daß die Agrarier selbst ihre Wünsche auf die einzelnen Etatstitel vertheilen wollen und daß sie außerdem für die nächsten Tage eine große Aktion vorbereiten. Sie beabsichtigen nämlich, die Regierung über die von ihr getroffenen Maßregeln zur Verhütung der Seucheneinschleppung zu interpelliren. Das Wort haben also zunächst die Fleischvertheuerer, die Brotvertheuerer werden wohl auch nicht lange auf sich warten lassen.

In der ersten Hälfte der Sitzung begnügten sich die konservativen, nationalliberalen und Zentrums-Agrarier damit, unbedeutendere Wünsche vorzubringen, von denen wir nur das Verlangen des Abg. Frh. v. Eynatten (Z) auf Herabsetzung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 13 Jahre im Interesse der ländlichen Arbeit erwähnen wollen, eine Forderung, die wohl beweist, daß es dem Zentrum mit seinen sozialpolitischen Maßnahmen nicht so ernst ist, wie es sich gern den Anschein geben möchte. Etwas lebhafter wurde die Debatte erst, als der Oberagrarier v. Mendel-Steinfels zu Worte kam, der im wesentlichen dasselbe, nur in etwas zahmerer Form, vorbrachte, was er alle Jahre zu sagen pflegt. In ihrem wahren Lichte zeigten sich die Herren, die den Antisemitismus gepachtet zu haben glauben, während der Rede des Abg. Gothein (frs. Vg.), dessen Kritik der agrarischen Forderungen mit einem nicht enden wollenden Gelächter auf der Rechten begrüßt wurde. Aber trotzdem seine Ausführungen angeblich durch und durch undiskutirbar waren, sah sich doch der Abgeordnete Gamp (frk.) veranlaßt, fast eine Stunde lang dagegen zu schwatzen, und auch der konservative Führer Graf zu Limburg-Stirum hält es nicht unter seiner Würde, darauf näher einzugehen. Beide Redner sprachen im übrigen dem Landwirthschaftsminister und dem Finanzminister für ihr Eintreten für die Landwirthschaft den Dank ihrer Freunde aus, bei welcher Gelegenheit Gamp es sich nicht nehmen ließ, dem Freiherrn v. Marschall einen Seitenhieb zu versetzen, während Graf Limburg die Ansicht ausdrückte, daß auch jetzt noch das Ressort des Auswärtigen Amts die Interessen der Landwirthschaft nicht genügend berücksichtigt. Diese Befürchtung zerstreute jedoch der Landwirthschaftsminister sofort durch die Erklärung, daß sorgsam und ernst erwogen werde, wie die Interessen der Landwirthschaft bei künftigen Handelsverträgen besser gewahrt werden könnten, als bisher.

Nach dieser, von der Rechten mit großem Beifall aufgenommenen Erklärung wurde die weitere Verhandlung auf morgen vertagt. —

„Prediger in der Wüste" sind nach den „Hamburger Nachrichten" die Herren v. Stumm und v. Kardorff geworden. Das Blatt für Ausnahmegesetze ist nämlich mit dem jetzigen Reichstage außer den genannten Herren sehr unzufrieden, weil es scheine,

„als wäre die Vertretung des ganzen deutschen Volkes nur noch dazu da, um der Sozialdemokratie die Wege zu bahnen. Die Apostel der internationalen Revolution beherrschen die parlamentarische Rednerbühne. Sie setzen die gesammte Staats- und Gesellschaftsordnung auf die Anklagebank, und die sogenannten bürgerlichen Parteien finden weder die Kraft, diesem Treiben durch den Schluß der Debatte Einhalt zu thun, noch den Muth, sich rundweg zu dem Bestehenden zu bekennen und den revolutionären Unfug beim rechten Namen zu nennen."

Und so fort jammert und zetert das Bismarckblatt mehrere Leitartikelspalten hindurch in Anknüpfung an die Debatten über den Posadowsky-Erlaß. Das muß anders werden, erklärt es weiter. Leider sei es jetzt nicht möglich, noch besondere gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen, da das Ende des Reichstages herannaht. Aber wenigstens solle die Regierung

„dem Reichstage vor allem Volk den Spiegel vorhalten, der Sozialdemokratie auf den Kopf zu sagen, daß sie der Todfeind sei, mit dem es keinen Frieden, keinen Waffenstillstand gebe, und allen bürgerlichen Parteien kein Hehl daraus machen, daß sie ihre oberste Pflicht verletzen, wenn sie sich der entschlossenen Bekämpfung dieses Todfeindes, gleichviel unter welcher Ausrede oder Beschönigung, entziehen."

Solch Appell würde, so schließen die „Hamb. Nachrichten" ihre Philippika, auf die Wähler wirken und so würden große Erfolge zu erzielen sein.

Man sieht aus allen diesen Ergüssen des Ober-Scharfmacherblattes, wie groß der Aerger derer um Bismarck, Stumm und Kardorff über den Verlauf und den Ausgang der Posadowsky-Erlaß-Debatten ist. Die Aufdeckung des schlimmsten reaktionären Anschlages gegen die Arbeiterklasse hat der Sozialdemokratie einen neuen großen moralischen Erfolg gebracht und Schaaren schwankender Staatsbürger erkennen, daß es in Zeiten einer solchen Reaktionspolitik Pflicht ist, sich zu dem Streiterheer der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl zu schlagen.

Aus dieser Thatsache würden vernünftigere Verfechter der kapitalistischen Ordnung den Schluß ziehen, die Regierung sollte derartige auf Knebelung der Arbeiterklasse abzielende Unternehmungen besser ganz unterlassen. Aber die Gilde der Scharfmacher sucht zu weiterem brutalen Fortschreiten auf der Bahn der Reaktion anzureizen; sie sieht nicht ein, daß eine Regierung, welche etwa das Koalitionsrecht gemäß den Wünschen der Großindustriellen und Junker völlig aufzuheben trachten würde, gar nicht nöthig hätte, die Sozialdemokratie pathetisch als Todfeindin hin-

zustellen, da eine solche Regierung durch ihr reaktionäres Treiben selbst der ganzen Masse der produzirenden Klasse sofort als Todfeindin ihrer werthvollsten Rechte und ihrer elementarsten Lebensinteressen gelten müßte.

Eine Regierung, die den Rathschlägen der „Hamburger Nachrichten" nachkäme, wäre also geradezu verrathen und verkauft.

Die „Hamburger Nachrichten" und das herrschsüchtige Unternehmerthum, das hinter dem Blatt steht, mögen sich ärgern, mögen schäumen vor Groll und Wuth: die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist das Produkt einer unabwendbaren wirthschaftlichen Entwickelung; die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wird weiter wachsen und immer machtvoller werden und sich allenthalben Einfluß und Anerkennung erwerben. Noch allerdings ist die Macht jener eigenartigen „Prediger in der Wüste", wie sie die „Hamburger Nachrichten" nennt, ungeheuer groß, weit größer als die „Hamb. Nachr." um ihrer Aufputschungszwecke willen zugeben wollen.

Aber diese unberechtigte und volksverderbliche Macht wird und muß gebrochen werden. Zuversichtlich hoffen wir, daß die kommende Wahl diese wichtigste Kulturarbeit des deutschen Volkes um ein großes Stück fördern wird, daß die Stumm und Kardorff und tutti quanti der gewaltthatslustigen Arbeiterfeinde mit Recht den Namen führen werden: „Prediger in der Wüste!" Sie mögen die „Todfeindschaft gegen die Sozialdemokratie" predigen, aber es wird sie niemand hören! —

Der neue Vorfall in Kiaotschan stellt sich nach weiteren Meldungen als bedeutender heraus, als gestern mitgetheilt wurde. Der „Shangaier Mercury" berichtet: „Die Ermordung des deutschen Matrosen wurde erst entdeckt, als drei Mann mit einem Korporal die Runde machten, um den Wachtposten abzulösen. Der Matrose lag enthauptet am Boden. Die Ablösungsmannschaft wurde bald darauf von etwa hundert Eingeborenen angegriffen; obwohl sie sich tapfer vertheidigten, sollen alle drei getödtet worden sein. Auf chinesischer Seite wurden 12 Personen getödtet. Infolge dieser Ausschreitung herrscht große Aufregung in Kiaotschau."

Von deutscher amtlicher Seite liegt eine Bestätigung dieser Darstellung noch nicht vor.

Die Erschließung China's und die Lepra-Gefahr. Die mit der Erschließung China's stärker werdende Berührung europäischer Völker mit Chinesen verleiht einem Vortrag, den Dr. Cantlie von der epidemiologischen Gesellschaft in London über „Die Chinesen als Träger der Lepra" gehalten hat, jetzt besonders weitgehendes Interesse.

Dr. Cantlie hat während eines langen Aufenthalts in Hongkong, alle zugänglichen Quellen benutzt, um ein klares Bild von der Ausbreitung des Aussatzes in China und den östlichen Gebieten bis über den ganzen Stillen Ozean hin zu gewinnen. Bezüglich des Wesens der Krankheit stimmen alle sachkundigen Beobachter darin überein, daß der Aussatz eine ansteckende, durch Berührung übertragbare Krankheit ist, die sich unabhängig von Klima, Boden und Nahrungsweise entwickelt. Die Lepra ist nach Dr. C. wesentlich eine chinesische Krankheit und hat sich von ihrem Brennpunkte in den südöstlichen Provinzen China's nach allen Gegenden ausgebreitet, nach denen Chinesen der unteren Klassen auswanderten. Daß die Ureinwohner Australiens und der Inseln im Stillen Ozean ursprünglich nicht an dieser Krankheit gelitten haben, geht daraus hervor, daß sich in ihren Sprachen keine Bezeichnung für diese Krankheit findet. Die Einwanderung der Mandschu's gab den Hauptanstoß zu einer starken Auswanderung der Chinesen aus ihren südlichen Gebieten, um in anderen Ländern Beschäftigung zu suchen. Die Kulis, die zu den ärmsten und untersten Klassen gehören, haben viele Aussätzige in ihrer Mitte, welche die Krankheit nun nach Ländern verschleppten, wo sie vorher unbekannt war. Der Aussatz ist in China gegenwärtig nicht überall heimisch, er fehlt in einer Anzahl von Provinzen des mittleren Reiches. Von klimatischen Bedingungen scheint sein Vorkommen nicht abhängig zu sein, denn er zeigt sich im Norden wie im Süden, auf Gebirgen und in Thälern, in feuchtem und heißem, wie in kaltem und trockenem Gebiete. Ein Verbreitungsgebiet ersten Ranges für den Aussatz ist die Halbinsel und Provinz Schantung, ein zweites um den großen Flußhafen Hankau am Yangtse, ferner nimmt die Lepra einen kleinen Strich in der Provinz Szechuen an der Grenze des Hochlandes von Tibet ein, wahrscheinlich von indischen Bergstämmen hierher verschleppt; endlich ist die Krankheit in dem großen südlichen Gebiet der Provinzen Fokien, Kwangtung und Kwangsi verbreitet, von wo 3/4 der auswandernden Kulis stammen. Frei von Aussatz sind die Orte Peking, Shanghai, Amoy ꝛc., dagegen liegen Tschifu, Hangkau und Canton (wahrscheinlich auch Kiaotschau) innerhalb des großen Aussatzgebietes, und eine strenge sanitäre Aufsicht über die Auswanderung aus diesen Häfen ist eine gebieterische Pflicht aller europäischen Behörden. Nach Norden hin ist Japan durch die chinesische Einwanderung in Mitleidenschaft gezogen worden, obgleich hauptsächlich nur die Urbevölkerung der nördlichen Insel Yeso, die Ainos, angesteckt wurden. In Corea sind die Aussätzigen meist Chinesen, und die Krankheit ist auf den südlichen Theil der Halbinsel beschränkt. Südwärts hat sie sich über ganz Tonkin, über Anam, Siam, Birma und die malayischen Staaten ausgebreitet, die Malayen scheinen freilich für den Aussatz weniger empfänglich zu sein als die Chinesen, was man auch auf Formosa, Hainan und Sumatra beobachten kann; in Java und Celebes ist der Aussatz auf ein kleines Gebiet beschränkt. Nach Borneo wurde die Lepra 1888 von den Chinesen eingeschleppt, verschwand aber wieder mit deren Ausweisung nach dem Aufstande in Sarawak. Auf den übrigen Sunda-Inseln und in der melanesischen Inselgruppe, wo die Eingeborenen den Negritos oder braunen Urrassen angehören, war die Lepra unbekannt und trat nur da auf, wo europäische Niederlassungen chinesische Arbeiter heranzogen. Als sich die Chinesen bei der Entdeckung der kalifornischen Goldfelder nach dem westlichen Amerika wandten, überschwemmten sie zugleich auch einige der Inseln im Stillen Ozean, denen sie auch natürlich den Aussatz mittheilten. Das furchtbarste Beispiel für diese von den Chinesen drohende Gefahr bietet der jetzige Zustand der Hawai-Inseln, die geradezu entsetzlich unter dem Aussatz leiden. Hier hatte in den vierziger Jahren die Einwanderung chinesischer Kulis begonnen. 1853 wurde der erste Leprakranke in Honolulu — ein chinesischer Kuli — entdeckt, acht Jahre später hatte sich die Krankheit dort schon sehr verbreitet und 1880 waren unter den 44 000 Einwohnern der Sandwich-Inseln bereits gegen 2000 Leprose! Ebenso verbreitete sich die Krankheit in Neu-Caledonien, auf einer der Fidji-Inseln, den Freundschafts-Inseln, Samoa und Australien. In Neu-Süd-Wales wurden jetzt 57 Aussätzige unter den Chinesen und zwei unter den Weißen, die mit jenen verkehrt hatten, gefunden. Diese Skizze genügt, um die große gesundheitliche Gefahr, die von einer chinesischen Einwanderung jedem Lande droht, klar zu zeigen. —

Kreta und das europäische Konzert. Der griechisch-türkische Krieg brach aus, weil die europäischen Mächte die Lostrennung der Insel Kreta von der Türkei und ihre Angliederung an Griechenland nicht zulassen wollten. Die Mächte schlugen sich auf die Seite der Türkei, verschafften ihr billige Gelegenheit, das kleine Griechenvolk zu besiegen und ihr Machtbewußtsein zu kräftigen.

Der Krieg wurde beendet, das schwierige Werk der Friedensverhandlungen mühselig durchgeführt, aber auf Kreta herrscht noch immer die vollste Unordnung; Raub und Plünderung der Muhamedaner und der Christen gegen einander sind an der Tagesordnung, alles unter Aufsicht einer Flotte, die aus Schiffen der europäischen Mächte zusammengesetzt ist. Die Frage, was mit Kreta werden soll, bleibt ungelöst. Man sucht und sucht nach einem geeigneten Gouverneur, der die Insel, unabhängig und nur durch Tributzahlung der Türkei untergeordnet, leiten soll. Bei dieser famosen Suche ist man jetzt glücklich angelangt, wo der erste Ausgang der ganzen Streitfrage war. Prinz Georg von Griechenland wird, wie wir schon mittheilten, dem Sultan als Gouverneur vorschlagen. Das, was Griechenland von Anfang an wünschte und was die Mächte nicht zugaben, das wird jetzt aus der Reihe der Mächte selbst vorgeschlagen und zwar gerade von der Macht, welche früher einem solchen Plan am schärfsten entgegengetreten war, von Rußland. Unterrockspolitik soll diese famose Wendung der Dinge herbeigeführt haben. Die Königin von Dänemark, seit jeher als Feindin Deutschlands bekannt, soll durch die Kaiserin-Wittwe den Zaren zu einer neuen Politik gegenüber der Türkei bestimmt haben. Wie dem sei, jedenfalls hat der Zar die Kandidatur des Prinzen Georg dem Sultan vorgeschlagen. Der Sultan will begreiflicherweise nichts davon wissen. Zu allen Gründen, die er früher gegen eine solche Neuordnung der kretischen Verhältnisse hatte — besonders ist an den Hinweis zu erinnern, daß die Befreiung Kreta's leicht die Serben und Bulgaren in der Türkei in ihren Bestrebungen nach Unabhängigkeit unterstützt und vielleicht eine große Bewegung auf dem ganzen Balkan hervorgerufen haben würde —, kommt jetzt für den Sultan der Triumph des Siegers, dessen ganzer Werth hinfällig werden würde, wenn ihm eines der wichtigsten Kampfobjekte nun durch diplomatische Kunststückchen abspenstig gemacht werden sollte. Es finden lebhafte Verhandlungen zwischen Petersburg und Konstantinopel über diese Angelegenheit statt. Wie sich die übrigen Mächte zu der Sache stellen, ist von amtlicher Seite bisher nicht bekannt gegeben worden.

Das sogenannte „europäische Konzert" hat sich schon in mancherlei Disharmonien vernehmen lassen. Aber es scheint noch immer lieblicherer Leistungen fähig zu sein. Die unglückliche Insel Kreta wird darüber freilich mehr und mehr zu Grunde gerichtet — dank dem „europäischen Konzert". —

Der 29. Januar ist ein wichtiger Gedenktag für die 1848er Revolutionsgeschichte. Ferdinand der Zweite, König beider Sizilien, veröffentlichte heute vor 50 Jahren als erste Frucht der Revolution in Italien den Entwurf einer Verfassung, die dem Volke Antheil an der Regierung des Landes verschaffen sollte. — Ganz Sizilien war im Aufstande, und nur in Messina hielt sich die starke Garnison noch in den Forts und der Zitadelle, von wo aus die Stadt stark bombardirt wurde. Hier holte sich Ferdinand seinen berühmten Spitznamen „König Bomba". Im übrigen war die Insel in den Händen der Aufständischen, und in der Nacht vom 27. zum 28. Januar hatte die neapolitanische Armee den definitiven Rückzug vor den siegreichen Bewohnern Palermo's angetreten. Als dann in Neapel selbst noch Unruhen ausbrachen, begann der König den Volkswünschen geneigter zu werden. Die Gesandten Rußlands, Oesterreichs und Preußens, welche Staaten das alte Metternich'sche Bevormundungssystem vertraten, mahnten dringend vom Erlaß einer Verfassung ab. Der König jedoch erwiderte: „Laut Berichten der Militärbehörden werde, für den Fall der Verweigerung einer Verfassung, die Armee nicht hinreichen, die Treue des Volkes aufrecht zu erhalten." So erschien denn am 29. morgens ein königliches Dekret, das folgendermaßen begann:

„Wir Ferdinand II., König beider Sizilien und von Jerusalem, Herzog von Parma und Placentia, erblicher Großprinz von Toskana ꝛc. Nachdem wir den allgemeinen Wunsch Unserer vielgeliebten Unterthanen, der jetzigen Bildung angemessene Bürgschaften und Institutionen zu haben, vernommen, erklären Wir, daß es Unser Wille ist, den Uns offenbarten Wünschen entsprechen und eine Konstitution zu geben."

Die Verfassung war im wesentlichen der des französischen Bürgerkönigs Louis Philipp nachgebildet. Die aufständischen Sizilianer waren jedoch damit nicht zufrieden. Sie verlangten Selbständigkeit und eigene Verwaltung für Sizilien, entsprechend der alten Verfassung von 1812, während nach der Verfassung des volksverhaßten Ferdinand Sizilien unter der Bevormundung Neapels bleiben sollte. Der Entwurf wurde daher am 3. Februar durch das sizilianische Generalkomitee verworfen, welche Differenz später zu erneutem Ausbruch der Feindseligkeiten und zur nochmaligen Unterwerfung der Insel führte.

Vorläufig war die dem König abgezwungene Verfassung des 29. Januar jedoch insofern von größter Bedeutung, als ihr Erlaß auch die übrigen italienischen Regierungen zwang, das bisherige absolutistische Regierungssystem preiszugeben und dem überall in ganz Italien drängenden Volke Zugeständnisse zu machen. In Neapel hatte die Revolution die erste Frucht gebrochen, in anderen Staaten folgte sie auf dem Fuße nach.

Zu Turin versammelte sich am 5. Februar der Stadtrath, um Verfassung und Bürgerwehr zu fordern, die anderen Städte schlossen sich dem an. Karl Albert, König von Piemont und Sardinien, (der Vater des späteren Königs Viktor Emanuel), hatte noch vor wenigen Tagen zu einem Diplomaten geäußert: Je ne veux point entendre parler de constitution. (Ich will unter keinen Umständen von einer Konstitution reden hören.) Aber schon am 7. empfing er die gewählten Deputationen, und am 8. Februar veröffentlichte er die Grundzüge einer Verfassung, das sogenannte „Fundamentalstatut", und zwar „als feierlichstes Unterpfand meines vollen Zutrauens zu meinem Volke und als Ergänzung der bisherigen Reformen".

Aehnlich in Toskana. Der Großherzog Leopold ließ am 5. Februar die Oberoffiziere der Bürgerwehr von Florenz zu sich rufen und erklärte ihnen, man solle ihn nicht um Gewährung einer Verfassung drängen, da er es abschlagen müsse, um nicht Oesterreich und den Papst zu kompromittiren. Die steigende Aufregung im Lande bewirkte jedoch, daß die amtliche Zeitung schon am 11. Februar die Absicht des Großherzogs bekannt gab, dem Volke eine Verfassung zu geben, „für die es vollkommen reif sei, woran schon sein Großvater gedacht und worauf er bei allen seinen Reformen gezielt habe".

Im Kirchenstaat machte die Sache am meisten Schwierigkeiten. Am 11. Februar versammelte sich in Rom das Volk zu ungezählten Tausenden. Nicht nur die überall herrschende politische Aufregung, sondern auch der furchtbarste Nothstand unter dem Proletariat trieben dazu. Der Papst suchte das Volk vom Balkon seines Palastes aus zu beruhigen und segnete es. Von durchgreifenden Reformen aber wollte er nichts wissen. Am 24. Februar kam die Nachricht von der Pariser Revolution nach Rom. Die Aufregung stieg fieberhaft und der Papst konnte dem Volkswillen nicht trotzen. Am 14. März erschien das Fundamentalstatut für die weltliche Regierung des Kirchenstaats. Pius IX. erklärte in der Ankündigung: „Da die benachbarten Regierungen ihre Völker für reif erachtet haben, die Wohlthat einer Verfassung zu empfangen, so wollten wir unsern Völkern keine geringere Achtung erzeigen und nicht weniger vertrauen auf die Dankbarkeit gegen die Kirche und diesen apostolischen Sitz."

Nur die Fürsten von Parma und Modena widersetzten sich, auf ihr Bündniß mit Oesterreich fußend, der Volksströmung, sie mußten aber schon nach kurzer Zeit als Flüchtlinge ihre Länder verlassen, — ebenso wie der Papst, dessen Reformen zu spät gekommen waren, um das Volk noch beruhigen zu können.

So weite Wellen schlug die Verfassung des „König Bomba" vom 29. Januar! Natürlich waren die Nachrichten aus Italien auch in den übrigen europäischen Ländern bei der Beschleunigung der später ausbrechenden Revolutionen nicht ohne Einwirkung. Ganz besonders wichtig sind die oben geschilderten Vorgänge jedoch für Italien selbst geworden. In den seit jener Zeit verflossenen 50 Jahren haben die Volksbewegungen in Italien nicht mehr geruht. Sie haben zur politischen Einheit des Landes, aber nicht zur erstrebten Freiheit des Volkes geführt. Sie haben die heute so machtvolle sozialdemokratische Bewegung Italiens nicht überflüssig gemacht.

* * *

Deutsches Reich.

— Ein immer größer werdendes „kleines Mittel" für die nothleidende Landwirthschaft wird die Zentral-Genossenschaftskasse. Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben heute: Dem Vernehmen nach ist die Vorlage wegen Verstärkung des Fonds der Zentral-Genossenschaftskasse soweit gediehen, daß die Genehmigung des Königs zur Einbringung an den Landtag nachgesucht sein dürfte. Der Entwurf wird, wie bekannt, die Verdoppelung des Fonds, also eine Erhöhung um 20 Mill. M., enthalten. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß in ihm eine Bestimmung vorgeschlagen wird, wodurch der Finanzminister ermächtigt würde, in besonderen Bedarfsfällen die der Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellten Mittel selbstständig zu erweitern."

Herrn Miquel's Besorgnisse um das Budgetrecht des Landtags sind, seitdem er Minister geworden ist, völlig geschwunden. Die Agrarier, aber auch nur die Agrarier, können sich freuen über diese Erweiterung seiner diskretionären Vollmachten. —

— „Wir leben ja im Kriegszustande!" rief der Abgeordnete Bebel dem Staatssekretär des Innern am 17. Januar 1898 zu, als dieser sich bitter über den Verrath geheimer Schriftstücke an sozialdemokratische Zeitungen beklagte. Ueber diese Reichstags-Verhandlung und die dabei zu tage getretenen Meinungsgegensätze im Parlament hatte der Chefredakteur des — in seiner Haltung wohl als „sozial-liberal" zu bezeichnenden — „General-Anzeigers" für Hamburg-Altona, Dr. Bruno Wagener, einen Leitartikel veröffentlicht, in dem ausgeführt wird,

daß gerade die wichtigsten Nachrichten über innerpolitische Vorgänge, die werthvollsten Warnungen vor geplanten reaktionären Streichen auf dem vom Grafen Posadowsky als „ehrlos" bezeichneten Wege in die Oeffentlichkeit gelangen.

Es sei auch nicht wahr, daß der Beamte, der gemeinschädliche Pläne der Presse verräth, so ohne weiteres „ehrlos" handelt. Er befindet sich im Widerstreit zweier Pflichten, der Pflicht des Amtes und der viel schwerer wiegenden Pflicht gegen sein Volk, dessen Diener er in seinem Amte sein soll, nicht der Diener der Herren Minister oder noch höherer Personen.

Ein Beamter, der Geheimnisse lediglich des Judasgroschens willen verräth, ist selbstverständlich ehrlos. Aber ein Mann, der um seiner Ueberzeugung willen und um seinem Volke nach bestem Gewissen zu dienen, werthvolle Warnungen vor Absichten der anderen Kriegspartei ans Licht bringt, der ist kein Ehrloser!

Die Presse müßte von Unmündigen und Kindern geleitet werden, wenn sie mit den Zumuthungen des Herrn Staatssekretärs etwas anderes thäte — als sie in den Papierkorb zu versenken!"

Wegen dem Artikel hat nunmehr die Staatsanwaltschaft zu Hamburg die Strafverfolgung gegen Dr. Bruno Wagener eingeleitet, und zwar wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung von Beamten zum Ungehorsam gegen die Vorschriften der Obrigkeit). Bei seiner Vernehmung betonte der Beschuldigte, daß es sich selbstverständlich nur um die theoretische Besprechung des betreffenden und ähnlicher Fälle, um eine sittliche Beurtheilung handle, keineswegs aber um eine Aufforderung. Ob ihm das viel nützen wird? Bekanntlich schwebt gegen Dr. Wagener auch ein Strafverfahren ebenfalls wegen Aufforderung zum Ungehorsam, weil er bei Gelegenheit der Besprechung der bekannten Danziger Schießaffäre es für sittlich richtiger erklärt hatte, wenn ein Posten — zuwider seiner Instruktion — auf einen Arrestanten nicht schösse, wenn dieser wegen einer Kleinigkeit festgenommen werden sollte und sich der Festnahme durch die Flucht entzöge. —

— „Unser Gesinnungsgenosse", so betitelt die „Deutsche Tageszeitung" eine Notiz, in der sie ihrer „erhebenden Freude" Ausdruck giebt, daß sich der Herzog von Lauenburg in einer Antwort auf ein Begrüßungstelegramm als Gesinnungsgenosse des Bundes der Landwirthe bezeichnet hat.

Wir kennen viele, die diese Thatsache in ihrer Gegnerschaft gegen das begehrliche und volksfeindliche Agrarierthum nur noch mehr bestärken wird. —

— Ueber die Bedeutung von Kiaotschau für den deutschen Handel gehen die Urtheile weit auseinander. Wir haben früher die günstige Meinung v. Richthofens verzeichnet, dann mehrfache Darlegungen, welche die Erschließung Schantungs sehr pessimistisch auffassen. Jetzt schreibt der langjährige Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in der „Deutschen Rundschau" über dasselbe Thema. Er sieht die Zukunft Kiaotschaus wieder überaus günstig an. Nach seiner Meinung ist Kiaotschau der von der Natur bevorzugteste Hafen Nord-China's und kann das im Norden werden, was Hongkong im Süden ist. Es werde nur geringer Kosten bedürfen, um es zum Hauptstapelplatz des Handels mit den größeren Theilen Schantung's, Kiangsu's und Honan's zu machen. Herr von Brandt hält es für sehr möglich, daß der Werth des Verkehrs nach Kiaotschau schon innerhalb der nächsten Jahre mindestens 50 Millionen Mark betragen werde. —

— Versetzt nach Köslin in der Provinz Pommern wird am 1. April cr. der Landrath des Kreises Neurode in Schlesien, Freiherr v. Rechenberg. In seinem bisherigen Wirkungskreis ist der genannte besonders bekannt geworden durch seine ebenso eifrige als erfolglose Bekämpfung der Sozialdemokratie. —

— Der Strafvollzug in dem „Freistaat" Lübeck ist Redakteuren gegenüber noch um verschiedene Grade härter als in den monarchischen Bundesstaaten Deutschlands. Wir theilten schon früher mit, daß dem seit November 1896 im Gefängniß weilenden Redakteur Fein vom „Lübecker Volksboten" die Lektüre von Zeitungen nicht gestattet ist und daß er mit dem Lesen von Kaffeebohnen beschäftigt wurde. Jetzt berichtet das genannte Blatt, daß er augenblicklich Werg zupfen muß. Das alles sind Arbeiten, die sich für Zuchthäusler schicken mögen, jedenfalls passen sie nicht für Leute, die wegen litterarischer Vergehen Strafen zu verbüßen haben. Die lübische Strafvollzugs-Behörde würde sich wohl auch schön hüten, auf den Kongressen für Gefängnißwesen die Behandlung, die sie Redakteuren angedeihen läßt, als mustergiltig zu empfehlen.

München, 28. Januar. Die Kammer der Abgeordneten hat nach langer Berathung die Bodenzinsvorlage in der abgeänderten Fassung der Kammer der Reichsräthe mit 122 gegen 11 Stimmen angenommen.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen angeblich beleidigender Aeußerungen über den deutschen Kaiser verurtheilte die Hirschberger Strafkammer den Tischlermeister Adolf J. aus Alt-Weißbach zu drei Monaten Gefängniß.

Bei einem Gespräch über die Verleihung der Zentenarfeier-Medaille soll der Stellenbesitzer und Gerichtsmann Albert Schwarzer aus Korpis den Kaiser beleidigt haben. Die Strafkammer in Neiße erkannte gegen den Patrioten auf 2 Monate Gefängniß. —

Frankreich.

Paris, 28. Januar. Oberst Picquart dürfte nächsten Mittwoch vor dem Disziplinargerichte erscheinen. General de Saint Germain wird der Verhandlung präsidiren. Die gegen Picquart erhobenen Anschuldigungen lauten auf Indiskretion im Dienste und Mittheilung geheimer Schriftstücke an den Advokaten Ledlois.

Paris, 28. Januar. Wie auch hier verlautet, hat die österreichische Regierung dem Sekretär der österreichischen Botschaft und dem Militär-Attachee untersagt, vor dem Assisenhof zu erscheinen und auf den Antrag Zola's dort Zeugniß abzulegen.

Aus Algier wird vom 28. Januar berichtet: Gestern wurden 50 Personen, welche sich an den letzten Unruhen betheiligt hatten, wegen Diebstahls und Unfugs zu Gefängnißstrafen von drei Monaten bis zu drei Jahren verurtheilt.

Belgien.

— **Das „Palais der Nation"** gleicht seit dem Ausschluß Demblon's einer belagerten Festung. Die Vorhalle ist von Militär, Polizeibeamten und Spitzeln besetzt, um dem auf grund der famosen Geschäftsordnung ausgeschlossenen Volksvertreter den Eingang zu wehren. Die Mitglieder des Bureaus, so schreibt der „Peuple", haben vollständig den Kopf verloren. So ist jetzt sogar den Journalisten der Kammer der Weg nach den Foyers versperrt, sodaß es ihnen nicht möglich ist, mit den Abgeordneten zu verkehren. Die Journalisten empfinden diese Maßnahme als eine arge Beschneidung ihrer Rechte, durch die selbstverständlich auch ihre Berufspflichten leiden müssen; sie haben eine energische Protesterklärung an das Präsidium abgehen lassen. —

Spanien.

Madrid, 27. Januar. Der Marineminister hat befohlen, ein Geschwader in Cadix zusammenzuziehen; ein transatlantischer Dampfer wird die Lebensmittel und Kohlen für das Geschwader aufnehmen. — Zeitungsmeldungen zufolge sind Vorsichtsmaßregeln getroffen zur Ueberwachung des Hauses, in welchem der amerikanische Gesandte Woodford seine Wohnung hat.

In dem Prozesse gegen den General Weyler hat der Staatsanwalt 2 Monate Gefängniß beantragt.

Nach offiziellen Berichten aus Havana wurden bei den letzten Zusammenstößen 21 Aufständische getödtet; 118 Aufständische haben sich unterworfen. Die Spanier verloren 1 Todten und 22 Verwundete. —

Afrika.

— **Abessynien und England im Sudan.** Die Londoner „Morning Post" meldet aus Assiut, egyptische Kanonenboote seien kürzlich den Nil hinauf bis zum 6. Katarakt vorgedrungen, dort aber durch Geschützfeuer der Derwische und weil das Flußbett durch eine Anzahl quer über den Nil gezogener Ketten gesperrt war, zur Umkehr gezwungen worden.

Sehr bemerkenswerth ist eine Mittheilung des „Manchester Guardian", der jetzt nähere Auskunft über den Erfolg der Sondermission Sir Rennell Rodds zum Negus von Abessynien geben zu können erklärt; dieser Erfolg bestehe in der Verpflichtung des Negus zur Neutralität im Sudan, wogegen England ihm einen Theil des Somalilandes abtreten und über einen anderen mit Einschluß des Hafens Zeila die Schutzherrschaft einräumen wolle.

Diese Mittheilung bedarf noch sehr der Bestätigung. Würde sie sich bewahrheiten, so wäre allerdings die ruhige Haltung Menelils gegenüber dem englischen Vormarsch im Sudan genügend aufgeklärt; denn durch jene englischen Gaben würde der brennendste Wunsch Abessyniens erfüllt werden, nämlich Zugang zum Meere zu gewinnen. Damit würde sich zugleich ergeben, daß es England gelungen ist, Frankreichs Einfluß auf Menelik zurückzudrängen.

Asien.

— **England und Rußland in Persien.** Das Schiff „Baluchistan", welches durch ein englisches Kriegsschiff beschlagnahmt wurde, ist nicht, wie erst gemeldet war, ein russisches, sondern ein englisches Schiff. Die Beschlagnahme erfolgte nur, weil das Schiff russische Waffen führte, von denen man von englischer Seite annimmt, daß sie für die aufständischen Stämme in Beludschistan und an der nordwestlichen Grenze Indiens bestimmt seien. Sonst verlautet über diesen Vorfall nichts neues.

Wie die „Neue Fr. Presse" mittheilt, erfährt ein russisches Blatt aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß in Teheran eine Verschwörung gegen das Leben des Schah entdeckt worden wäre, welche den Zweck hatte, Musaffer-Eddin zu beseitigen und durch seinen jüngsten Bruder zu ersetzen. Die Entdeckung der Verschwörung hätte aber auch ergeben, daß in Persien zahlreiche revolutionäre Komitees bestehen, welche mit dem Regime Musaffer-Eddin's unzufrieden sind und das Volk gegen ihn aufreizen. Diese Zustände seien von den Engländern dazu benutzt worden, um die am Südufer des persischen Meerbusens gelegene Ortschaft Keren-Kader zu besetzen. Das russische Blatt erblickt in dieser Besetzung eine Gefahr für den südlichen Theil der Besitzungen des Schah, der von Keren-Kader aus sehr leicht dem Einflusse Englands anheimfallen könnte, und fordert Rußland auf, gegen das Vorgehen Englands geeignete Schritte zu unternehmen.

Amerika.

— **MacKinley für die Beschränkung der Einwanderung.** Es steht dem gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herr Mac Kinley, dessen Gesichtskreis nicht der weiteste ist, ganz ähnlich, daß er einem Herkommen, dem Nordamerika seine Prosperität verdankt, der freien Einwanderung, entgegenzuarbeiten sucht. Das „New-York Journal" veröffentlicht eine Unterredung, die irgend jemand mit dem Präsidenten hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde der Ausstand in den Neu-England-Staaten berührt und Mac Kinley sagte:

„Ich bin immer für Beschränkung der Einwanderung gewesen. Eine so große industrielle Störung, wie diese, fordert zu prompter Aktion auf. Die jetzt dem Kongreß vorliegende Bill zur Beschränkung der Einwanderung ist schon vom Senat genehmigt worden. Ich hoffe, daß das Repräsentantenhaus sie auch genehmigen wird. Meinen geringen persönlichen Einfluß werde ich jedenfalls dazu benutzen, daß es bald geschieht. Ich bin schon seit einiger Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich in den Vereinigten Staaten ernste industrielle Störungen nicht vermeiden lassen, so lange wir die Thore unseres Landes jedem Ankömmling weit offen stehen lassen, wenn wir Einwanderer aufnehmen, während unsere eigenen Mitbürger keine Arbeit haben. Die Beschränkung der Einwanderung ist der erste Schritt zu dauernder Wohlfahrt."

Die amerikanischen Arbeiter stehen in ihrer Mehrzahl der europäischen Einwanderung gegenüber nicht auf dem Standpunkt des Herrn Mac Kinley. Hätten sich die Einwandernden nicht einfach der Lohndrückerei schuldig gemacht, so wären die von der Regierung geplanten Einwanderungs-Erschwerungen überhaupt unmöglich gewesen. —

— **Für die Goldwährung** trat auf einem ihm zu Ehren gegebenen Festmahle der nationalen Fabrikanten-Vereinigung Präsident Mac Kinley ein. —

Parlamentarisches.

Im Reichstage ist heute nach Schluß der Plenarsitzung die Kommission zur Berathung des Antrages Paasche, betr. die Besteuerung von Saccharin, gewählt worden. Sie besteht aus den Abgeordneten Grafen Stolberg, Grafen Carmer (k.), Haake (Rp.); Dr. Paasche, Schulze-Henne (natl.); Pingen, Schwarze, Szmula, Breuer (Z.); Dr. Hermes, Schulz-Berlin (fr. Vp.); Schippel, Wurm (Soz.); Lotze (Reformp.). Vorsitzender ist Abg. Graf Stolberg, Stellvertreter Schwarze, Schriftführer die Abgg. Pingen und Schulz-Berlin.

Die Kommission für die lex Heinze hielt heute ihre erste Sitzung. Seitens der verbündeten Regierungen waren anwesend: Geh. Ober-Regierungsrath v. Lenthe, Ober-Regierungsrath v. Tischendorf und Regierungs-Assessor v. Rink aus dem preußischen Ministerium des Innern. Anträge auf Abänderung beziehungsweise Ergänzung der Vorlage waren eingebracht worden von den Abgeordneten Beckh, Pieschel und Bebel. Da die Anträge des letzteren ausschließlich Ergänzungen der Vorlage bezwecken (§§ 175, 176 und § 361), wird beschlossen, dieselben am Schlusse der Berathung vorzunehmen. Abg. Stephan beantragt besondere Abstimmung über den 2. Absatz des § 180, welcher ausspricht, daß die Vermiethung von Wohnungen an Frauenspersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, nicht als Vorschubleistung zur Kuppelei anzusehen sei, sofern damit nicht eine Ausbeutung des unsittlichen Erwerbs der Miether verbunden ist. Der Redner ist gegen die Aufnahme des Absatzes in das Strafgesetz, weil er überflüssig sei; in gleichem Sinne spricht sich der Abg. Roeren aus. Geh. Rath v. Tischendorf theilt mit, daß der Ev. Ober-Kirchenrath das Reichs-Justizamt ersuchte, sich gegen den Absatz 2 des § 180 auszusprechen, weil er eine Förderung der Prostitution darin sehe. Die Abg. Pieschel, Barth und Bebel sprechen sich für den Antrag aus. Es müsse den Gerichten eine deutliche Richtschnur für die Rechtsprechung gegeben werden. Wolle man die Prostitution möglichst von den Straßen wegbringen und das sei die Hauptsache, so sei die Bestimmung nothwendig. Der Abs. 1 des § 180 wird einstimmig, der Abs. 2 mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Zum § 181, handelnd von der schweren Kuppelei, die mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden soll, beantragen die Abgg. Pieschel und Beckh, daß die Bestimmung auf den Beischlaf unter Verlobten der Ziffer 2 keine Anwendung fände, ferner daß im Falle mildernder Umstände auf Gefängniß oder Geldstrafe erkannt werden könne. Die beiden Antragsteller begründen ihre Anträge. Geh. Reg.-Rath v. Tischendorf giebt zu, daß durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts in bezug auf § 180 die Zulassung mildernder Umstände wünschbar erscheine. Es seien von 1881—84 15—20 Fälle vorgekommen, in welchen die Anwendung des § 181 in seiner jetzigen Fassung als zu hart erschienen sei. Abg. Stephan beantragt eventuell zu sagen: „Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann statt auf Zuchthausstrafe auf Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten erkannt werden." In erster Linie sei er gegen Zulassung mildernder Umstände, würden diese aber zugelassen, so müßte eine Minimalstrafe und zwar nicht unter drei Monaten Gefängniß ausgesprochen werden; im weiteren wendet sich der Redner gegen den Antrag, betreffend die Verlobten. Abg. Bebel hält die Zulassung mildernder Umstände für absolut nothwendig. Der jetzige § 181 enthalte große Härten. Es gebe große Bezirke Deutschlands, in welchen die Ausübung des Beischlafs unter Verlobten als eine selbstverständliche und durchaus unanstößige Handlungsweise angesehen und von den Eltern geduldet werde, ja wo keine Ehe abgeschlossen werde, ohne daß Geschlechtsverkehr zwischen den Verlobten stattgefunden habe. Das Strafgesetz habe nicht die Aufgabe, Moralvorschriften zur Geltung zu bringen. Er beantragt im Falle der Abstimmung über den Antrag Stephan speziell über die Worte „nicht unter drei Monaten" abzustimmen, er halte diese Minimalstrafe für zu hoch. Abg. Beckh liest aus einem ihm aus Bayern zugegangenen Brief Stellen vor, in denen es unter anderm heißt, daß in den meisten Fällen, in mehr als 90 pCt., Knecht und Magd auf dem Lande in derselben Kammer schliefen und die Herrschaft wisse, was dort vorging. Abg. v. Gustedt bestätigt, daß auch in Littbauen keine Ehe geschlossen werde, bevor nicht die Verlobten die Gewißheit hatten, daß sie in der Ehe auch Kinder bekämen. Geh. Ober-Regierungsrath v. Lenthe wendet sich gegen den Antrag Pieschel, die Verlobten betreffend, der Gesetzgeber könne nicht für Unsitten eintreten, hielt aber mildernde Umstände für annehmbar. An der Debatte betheiligen sich zum Theil wiederholt die Abgg. Stephan, Roeren, Schwarz, Beckh, Schall, Pieschel, Bebel und v. Dziembowsky. Der Antrag Pieschel-Beckh, betreffend die Verlobten, wird gegen 4 Stimmen, der Antrag Pieschel-Beckh wegen Zulassung mildernder Umstände wird gegen 5 Stimmen abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Worte im Antrag Stephan „nicht unter 3 Monaten" werden diese mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt, ein Antrag Schall statt 3 Monate ein Monat zu setzen, wird mit 6 gegen 6 Stimmen beseitigt und wird darauf der so veränderte Antrag Stephan mit 10 gegen 2 Stimmen, und der § 181 im ganzen einstimmig angenommen. Zum § 181a (Bestrafung des Zuhälterthums) beantragt der Abgeordnete Beckh die Worte „oder sonst förderlich ist" und „Ist der Thäter der Ehemann der Frauensperson oder" zu streichen. Abg. Pieschel beantragte anfangs hinzuzufügen: „Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf einen Tag ermäßigt werden." Im Laufe der Debatte zieht er diesen Antrag zurück, stellt ihn aber wieder, als die Abgg. Schall und v. Gustedt die Zuerkennung von Zuchthaus an stelle der Gefängnißstrafe beantragen. Der Abg. Bebel nimmt darauf den Antrag Pieschel in vollem Umfang auf. Für die Verschärfung des § 181a sprechen v. Gustedt, für theilweise Verschärfung Beckh, für Belassung der Fassung der Vorlage Geh. Reg.-Rath v. Tischendorf und Abg. Schwarz, für Milderungen Bebel. Die vorgerückte Zeit gebietet Abbruch der Verhandlungen. Nächste Sitzung Freitag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr.

Die sechste Kommission des Reichstages erledigte heute die Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung bis § 566 und trat dann in die Berathung der Frage ein, wie der Ueberbürdung des Reichsgerichts durch Aenderung der Bestimmungen über die Revision abzuhelfen sei. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. — Die Berathungen werden Dienstag fortgesetzt.

Die Reichstags-Kommission für die Militär-Strafgerichts-Ordnung setzte heute die Berathung beim zweiten Titel des zweiten Theils — Verfahren in erster Instanz — fort. Der erste Abschnitt handelt von dem Ermittelungsverfahren. Die Aenderungen, die vorgenommen werden, sind im allgemeinen von nicht großer Tragweite. Dem § 167 wird auf Antrag Gröber hinzugesetzt: „Gegen die Verfügung der Untersuchungshaft findet die Rechtsbeschwerde an den höheren Gerichtsherrn statt." Als § 168a werden auf Antrag Gröber folgende neue Bestimmungen eingefügt: „Der Haftbefehl ist schriftlich abzufassen. In dem Haftbefehl ist der Beschuldigte genau zu bezeichnen und die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung, sowie der Grund der Verhaftung anzugeben. Dem Beschuldigten ist der Haftbefehl bei der Verhaftung und, wenn dies nicht thunlich ist, spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängniß zuzustellen und zu eröffnen, daß ihm das Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde zustehe.

In § 171 erhält auf Antrag Gröber der erste Satz folgende Fassung: „Die Untersuchungshaft ist aufzuheben, wenn ein Grund zur Verhaftung nicht mehr besteht, oder wenn der Beschuldigte freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt wird. Abs. 2 besagt: „Die Einlegung der Revision gegen ein freisprechendes Urtheil rechtfertigt nicht die Fortdauer der Untersuchungshaft". Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wurde statt „der Revision" gesagt „eines Rechtsmittels". — Eine weitere Debatte entsteht bei der Frage des Zeugeneides. Abg. Haase (Soz.) schlägt für § 188 folgende Fassung vor: „Die Zeugen sind nach Beendigung der Beweisaufnahme zu beeidigen. Vor der Beeidigung sind dem Zeugen die seiner Aussage entgegenstehenden Bekundungen und dem Gericht bekannten Beweismittel vorzuhalten. Fragen, welche mit der Sache nicht im Zusammenhang stehen, sowie darüber, welcher politischen Partei die Zeugen angehören, oder welche Ansichten einer politischen Partei oder einer Religionsgemeinschaft über den Eid sie haben, sind unzulässig." Abg. Frohme begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die im Militär herrschende Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokratie. Kriegsminister v. Goßler bestreitet, daß eine solche Voreingenommenheit vorhanden sei. Der Antrag Haase wird abgelehnt. — Ferner wurde ein Antrag Gröber angenommen zur Sicherung der Theilnahme von Sachverständigen am Augenschein und anderen Untersuchungen. — Sonnabend wird die Berathung fortgesetzt.

Wahlbewegung.

Braunschweig, 27. Januar. (Eig. Ber.) Hier sind jetzt die Voraussetzungen für ein Zusammengehen sämmtlicher bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie um einiges günstiger geworden als sie es früher waren. Es ist den auf dieses Ziel zusteuernden Kräften gelungen, das freisinnige „Tageblatt", welches seit 32 Jahren bestand, zu Beginn dieses Jahres zum Eingehen zu veranlassen. Wenn es auch notorisch schon lange am Abonnentenschwund litt, ist es doch um so merkwürdiger, daß die Partei es so kurz vor den Wahlen fallen ließ, zu welcher Zeit doch für gewöhnlich alle Parteien auf einen politischen Aufschwung rechnen. Es wird dieses Verschwinden des „Tageblatts" auch deshalb hier als eine hinter den Parteikulissen betriebene Mache angesehen, weil man es nicht einfach eingehen ließ, sondern es mit der nationalliberal-freikonservativen „Landeszeitung" „verschmolzen" hat. Die freisinnigen Leser erhielten einfach die „Landeszeitung" weitergeliefert, welche nun Gelegenheit hat, dieselben für jenen politischen Brei, der die Maske „Politik der Sammlung" trägt, bis zu den Wahlen in hinreichendem Maße zu präpariren.

Es kann also als vollendete Thatsache gelten, daß die Sozialdemokratie bei der nächsten Reichstagswahl mit einer geschlossenen Koalition der Gegner zu rechnen hat. Die braunschweigische Spielart der Welfen, die „Landesrechtspartei", plänkelt zwar noch ein wenig, die Zentralleitung möchte gern ihre Sonderkandidaturen aufrecht erhalten, doch gehen die einzelnen Lokalvereine meist mit fliegenden Fahnen zur „Breipolitik" über. Im 2. und 3. braunschweigischen Wahlkreis ist man auf seiten der Koalition so vorsichtig verfahren, die bisherigen Vertreter abdanken zu lassen, die vielleicht noch infolge der Erinnerungen an die letzte Wahl Opposition im bürgerlichen Lager hätten erwecken können, und hat neue Leute ausfindig gemacht. Diese Herren, v. Kaufmann-Linden und Römer-Beddingen, haben es verstanden, bei ihrem ersten Auftreten in allen denkbaren Farben bürgerlicher Politik, vom Bund der Landwirthe bis zum Liberalismus hinüber, zu schillern, und sind daher als qualifizirt befunden worden. Schwieriger ist die Personenfrage im ersten Wahlkreise, zu dem die Stadt Braunschweig gehört. Während man auf dem Lande den reaktionären Pferdefuß nicht allzu ängstlich zu verstecken braucht, müssen hier schon etwas mehr liberale Phrasen gedroschen werden. Bis jetzt ist der Mann noch nicht gefunden, der unseren im ersten Wahlgange gewählten Genossen Blos mit dem nöthigen Elan aus dem Sattel heben wird, und es dürfte auch mit einigen Schwierigkeiten verknüpft sein. Am 30. d. M. wird die Konferenz der bürgerlichen Koalition hier stattfinden, die über die Kandidatenfrage entscheiden soll.

Man sieht, daß der Sozialdemokratie im Lande Braunschweig eine schwere Schlacht geliefert werden soll. Es ist unnöthig zu versichern, daß die Parteigenossen auf dem Posten sein werden, um die Politik des Bürgerthums zu schanden zu machen.

In Heiligenstadt nominirte eine Parteiversammlung Otto Broesche zum sozialdemokratischen Kandidaten für den Reichstag.

Die Nationalsozialen haben ihre Absicht, für Erfurt eine eigene Kandidatur zu ernennen, aufgegeben.

Das Wahlkomitee der masurischen Volkspartei hielt am Montag eine Versammlung ab, die erste, die polizeilich nicht aufgelöst oder verboten oder sonst wie verhindert wurde. In der Versammlung wurde ein parteipolitisches Programm aufgestellt und eine lebhafte Wahlagitation im Sinne der masurischen Volkspartei beschlossen.

Für den Wahlkreis Schrimm wird der Landtags-Abgeordnete Wawrzyniak (Pole) als Reichstags-Kandidat genannt.

In Herford-Halle haben die Christlich-Sozialen Hofprediger a. D. Stöcker zum Kandidaten auserwählt.

Nationalliberale und Konservative haben sich in Annaberg auf die Kandidatur des Amtsrichters Dr. Esche aus Dresden geeinigt.

Partei-Nachrichten.

Eine Agitationstour durch das Großherzogthum Baden unternimmt am 12. Februar der Parteigenosse C. Hoffmann aus Bielefeld. Es sollen dabei die kleineren Orte mehr als bisher berücksichtigt werden.

In Hannover feierte am 28. Januar der Parteigenosse Weihkopf seinen 80. Geburtstag. Er ist wohl der älteste Anhänger unserer Partei in Hannover, hat schon 1848 für die Volksinteressen mitgekämpft und war einer der ersten, die sich in den Tagen Lassalle's dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein anschlossen. Seitdem hat er ununterbrochen in unseren Reihen gestanden. Leider muß der alte Parteigenosse, der schon recht trübe Zeiten durchmachte, auch am Abend seines Lebens noch mit bitteren Sorgen kämpfen. Unser hannöverisches Bruderorgan, der „Volkswille", eröffnete deshalb eine Sammlung für ihn.

Todtenliste der Partei. Vor einigen Tagen brachte der Telegraph aus Kärnthen die Kunde, daß dort auf dem Wörther See ein Student der Medizin aus Straßburg i. E. beim Schlittschuhlaufen eingebrochen und ertrunken sei. Wie wir jetzt erfahren, handelt es sich um einen Parteigenossen. Der Verunglückte ist der cand. med. Arthur Eilkan, der einzige Sohn einer in Straßburg wohnenden Wittwe. Er weilte bei einer befreundeten Familie in der Nähe des Wörther Sees zu Besuch. Der 24jährige junge Mann, der am Ende seines Studiums stand, war ein überzeugter und opferwilliger Anhänger der Sozialdemokratie, für deren Ideen er auch als Mitarbeiter einer Anzahl sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften mit Wärme eingetreten ist. Möge es seiner Mutter bei ihrem schweren Verluste zum Troste gereichen, daß die Arbeiterschaft ihrem Sohne ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— In der gestrigen Notiz über die Ungiltigkeitserklärung einer die Sonn- und Feiertagsheiligung betreffenden westfälischen Polizeiverordnung durch das Schöffengericht in Bochum ist der Schlußsatz infolge Wegbleibens einer Stelle verstümmelt wiedergegeben. Der Satz hat richtig zu lauten: Im Urtheil führte der Vorsitzende hauptsächlich aus, daß die Polizeiverordnung rechtsungiltig sei, weil sie mit dem Artikel 29 Absatz 1 der preußischen Verfassung und mit der preußischen Verordnung vom 11. März 1850 in Widerspruch stehe.

— Voriges Jahr kam es in Anina in Ungarn zu einer Revolte der aufs intensivste ausgebeuteten und dabei noch schlecht behandelten Bergleute, wobei 27 Personen verhaftet wurden, denen man dann, nach monatelanger Untersuchungshaft, den Prozeß machte. Am 24. Januar begann die Schlußverhandlung vor dem Gericht in Oravicza. Wie uns eine Privatdepesche meldet, wurden verurtheilt: zwei Angeklagte zu je 6 Monaten, je einer zu 8, 7 und 2 Monaten, zwei zu 8 Tagen und eine Frau zu 2 Monaten. 12 Angeklagte, worunter 2 Frauen, wurden freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Das Einigungsamt tritt heute, Sonnabend, vorm. 10 Uhr, unter dem Vorsitze des Herrn Magistratsassessors v. Schulz zusammen, um über den Schuhmacherausstand zu verhandeln. Als Beisitzer der Arbeitgeber fungiren die Herren Fabrikanten Weigert und Maas, als Arbeitnehmer-Beisitzer Schneider Timm und Former Körsten. Vertreter der Arbeitgeber sind die Herren Schlizweg, Fürstenheim und Silberberg, die Vertreter der Arbeitnehmer sind der Zwicker Erdtmann, Näher Kerwien und der Nagler Weber. Als Vertrauensmann für die Arbeitgeber ist der Rentier Erpel, für die Arbeitnehmer der Schuhmacher Herrmann bestellt.

Die bekannte Berliner Möbeltransport-Firma G. Knauer hat den bei ihr beschäftigten Arbeitern eine unverhoffte Freude be-

reitet; sie erhöhte nämlich den bisherigen Wochenlohn der Packer von 19 M. auf 25 M., den Lohn der Kutscher von 19 M. auf 21 M., der von Jahr zu Jahr um 1 M. bis auf 25 M. steigen soll, und den gelegentlich beschäftigten Arbeitern, die bisher einen Tagelohn von 3,50 resp. 4,00 M. erhielten, gewährt die Firma eine tägliche Zulage von 50 Pf. Es war aber keineswegs das gute Herz, welches Herrn Knauer zu dieser Lohnerhöhung veranlaßte, sondern der Umstand, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands in seinem Organ „Der Courier" die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Knauer'schen Geschäft einer Besprechung unterzogen hatte. Die unmittelbare Folge des betreffenden Artikels war die, daß Herr Knauer die Arbeiter seines Geschäfts — etwa 80 dauernd und eine größere Zahl gelegentlich beschäftigte — zusammenberief, ihnen die genannten Zulagen bewilligte, sie aber gleichzeitig vor der Sozialdemokratie und dem Verband ihrer Berufsgenossen warnte. Den Arbeitern des Transportgewerbes wird es nicht schwer fallen, zu entscheiden, wie sie sich gegenüber dieser Warnung zu verhalten haben. Ist doch die Besserstellung der Knauer'schen Arbeiter lediglich der Veröffentlichung im Verbandsorgan, also der Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu danken. Daß daher Herr Knauer die gewerkschaftliche Organisation ebenso wie fast alle Unternehmer, verabscheut, beweist die Thatsache, daß er einen der Agitation verdächtigen Arbeiter sofort entließ, ihm für die vierzehntägige Kündigungsfrist den Lohn und auf Verlangen des Arbeiters auch noch 16 M. für entgangene Trinkgelder zahlte, was er bei einer Klage vor dem Gewerbegericht jedenfalls ohnehin hätte thun müssen.

Deutsches Reich.

Die Gummidrechsler und Schleifer von Flügel und Polter in Leipzig-Plagwitz, die am 21. Januar die Arbeit niederlegten, haben zufolge eines Ausgleichs vor dem Gewerbegericht die Arbeit vorläufig auf zehn Tage wieder aufgenommen. Da nach Ablauf dieser Zeit wiederholt Arbeitsniederlegung erfolgen kann und die Fabrikleitung die Zeit benutzen wird, auswärts Gummidrechsler nach Leipzig zu ziehen, so wird um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

In der Pianoforte-Fabrik von E. Mätzke u. Sohn in Görlitz legten die Arbeiter wegen der Fabrikordnung die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Steinarbeiter Deutschlands werden von der Kontrollkommission und dem Zentralausschuß zu einem Kongreß eingeladen, der während der Pfingstfeiertage stattfinden soll. Im Anschluß an den Kongreß wird beabsichtigt, eine internationale Konferenz stattfinden zu lassen, zu der die Steinarbeiter der in betracht kommenden Nachbarländer eingeladen werden sollen.

Ausland.

Die schwedischen Gewerkschaften hatten im Jahre 1897 nur mit drei größeren Streiks bezw. Aussperrungen zu thun. Der Streik im Malm-Bergwerke endigte durch Vergleich, den die sozialistische Parteileitung herbeiführte. Die Seeleute errangen durch den Streik wohl einige wesentliche Vortheile, konnten aber den Unternehmern nicht die Anerkennung ihrer Organisation abtrotzen. Die Agitation wurde sehr lebhaft betrieben und sind im Laufe des Jahres mehrere neue Verbände entstanden, die bestehenden vergrößert worden.

Die englischen Maschinenbauer haben die Vorschläge der Unternehmer mit großer Majorität — der Telegraph spricht von 125 000 gegen 14 000 Stimmen, was jedenfalls ein Irrthum ist — angenommen.

Unternehmer-Verbände.

Dem Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine" sind die „Freie Vereinigung der Holzindustriellen Berlins" und die „Vereinigung chromolithographischer Anstalten" als Mitglieder beigetreten. Im Zentralausschuß sind nunmehr 25 freie Vereinigungen und Verbände vertreten. Der Zentralausschuß beabsichtigt, aus der Mitte derjenigen seiner Vereine, von denen Mitglieder Ladengeschäfte unterhalten, einen Ausschuß zu bilden, dem die Wahrung der besonderen Interessen der Inhaber von Laden- und Detailgeschäften obliegt.

Soziales.

Zur Herstellung der Kanzlei-Arbeiten bei der Reichspost sollen Schreibmaschinen eingeführt werden. Die Bedienung derselben will man „thunlichst" weiblichen Personen übertragen. Die Ober-Postdirektionen sind ermächtigt worden, über die Verwendung von Schreibmaschinen selbständig zu bestimmen, und zwar, wie die „Verkehrszeitung" mittheilt, soweit sich daraus Ersparnisse an Beamtenkräften oder wesentliche Vortheile für den Dienstbetrieb ergeben.

Wie geschäftsmännisch doch der Staat seine Betriebe leitet! Er führt Schreibmaschinen ein, um Beamte zu sparen, die Militäranwärter aber, die sich für die postalische Kanzleiarbeit doch wohl ganz leidlich eignen, hält er den Kommunalverwaltungen auf, und damit er noch mehr profitirt, stellt er an die Schreibmaschinen Frauen, die natürlich mit weniger Gehalt vorlieb nehmen können als die Männer.

Die Fortbildungsschule in Reichenbach in Schlesien ist den Innungsmeistern ein Greuel. Sie petitionirten beim Bezirksausschuß in Breslau um Aufhebung der Schule, mußten sich aber von diesem sagen lassen, daß ihre Beschwerden eine Aufhebung der Schule keinesfalls rechtfertigen könnten.

Aufhebung des Volksschulgeldes in Baden. 558 Gemeinden im badischen Lande haben bis jetzt von dem Rechte Gebrauch gemacht, das Schulgeld aufzuheben und den dadurch entstandenen Ausfall aus der Gemeindekasse zu decken, wie in einer Erhebung des badischen Lehrervereins festgestellt wird. In der Umgebung Mannheims aber beharren noch viele Gemeinden auf dem reaktionären Standpunkt, daß wer Kinder hat, auch für die Kosten ihrer Ausbildung sorgen solle. Soweit in diesen Gemeinden Sozialdemokraten im Bürgerausschuß sitzen, sind dieselben jetzt von der „Volksstimme" aufgefordert worden, ungesäumt die Aufhebung des Schulgeldes auf grund des § 71 des neuen Schulgesetzes zu beantragen und damit auch in ihrem Orte einer Forderung der gesunden Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Oktroi in Hessen. Man schreibt uns: In welchem Maße das im Großherzogthum Hessen noch bestehende Oktroi, die indirekte Sonder-Besteuerung der wichtigsten Lebensmittel (wie Brot, Fleisch, Kohlen 2c.), auf der Masse der städtischen Bevölkerung lastet, zeigt eine in den „Mittheilungen der großherzogl. hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik" enthaltene Uebersicht über die Einnahmen an Oktroi. In den 8 Städten des Großherzogthums, die sich des Oktrois „erfreuen", beliefen sich die Einnahmen aus demselben (nach Abzug der Rückvergütungen) im Jahre 1896/97 insgesammt auf 1 786 966 M. Zählt man die für das Jahr 1896 berechnete Einwohnerzahl dieser Städte zusammen, so ergiebt sich eine Bevölkerung von 246 899 Einwohnern; die Extrasteuer beläuft sich demnach auf 7,04 M. pro Kopf, was auf die fünfköpfige Arbeiterfamilie allein eine jährliche Mehrbelastung von 35,20 M. ausmacht. Mainz, Offenbach und Darmstadt ragen über diesen Durchschnitt noch beträchtlich hinaus. In diesen drei Städten betrugen die Einnahmen aus Oktroi 557 300 M., 314 054 M. und 560 709 M., was bei den entsprechenden Einwohnerzahlen von 77 272, 39 696 und 64 235 für Mainz eine Extrakonsumsteuer von 7,21 M., für Offenbach 7,91 M. und für Darmstadt 8,72 M. pro Kopf der Bevölkerung ausmacht. Dazu kommen noch die indirekten Reichs- und Landessteuern. Dieses Besteuerungssystem schreit zum Himmel!

Arbeiterrisiko. Der Bergwerksschacht in Reschitza in Ungarn, wo dieser Tage durch eine Explosion eine Anzahl Bergleute ums Leben gekommen sind, ist auf behördliche Anordnung vorläufig geschlossen worden.

Eine geradezu unglaublich lange Arbeitszeit haben die Mädchen in den Bäckerläden Schwedens. Sie müssen, wie uns geschrieben wird, um 3 Uhr morgens auf, um Brot zu zählen. Um 6 Uhr wird der Laden geöffnet, und dann haben sie bis 10 Uhr abends Dienst, mit nur 1—2 Stunden Ruhezeit am Tage. Die Bezahlung dieser armen Wesen ist selbstverständlich ebenfalls skandalös.

Gerichts-Zeitung.

Welcher Bauhandwerker hat an der Treppe eines Neubaues Schutzgeländer anzubringen? Diese Frage war bei Gelegenheit eines Baumunglücks in Breslau nicht gerichtlich festzustellen, wie Genosse Legien in seiner Reichstagsrede am 22. Januar d. J. mittheilte.

Da diese Frage auch für Berlin von erheblicher Wichtigkeit ist, so geben wir hierzu einem unserer Sache nahestehenden erfahrenen Architekten das Wort. Der Fachmann schreibt uns:

Die Frage, wer das zeitweilige (provisorische) Geländer an einer Neubautreppe anzubringen und während des Baues zu unterhalten habe, ist in der That nicht ohne gründliche Erwägung aller Umstände zu beantworten. Die Treppe wird schon hergestellt während des Rohbaues, das Geländer aber erst viel später. Die eiserne Treppe erhält oft ein Holzgeländer, die Steintreppe und die Holztreppe erhalten eiserne Geländer u. s. w., außerdem gestatten unsere heutigen Konstruktionsmittel, die Steintreppe auf einem Eisengerüst zu versetzen, die Holztreppe auf Wellblech, kurz an einer Treppe können drei verschiedene Handwerker beschäftigt sein. Der Streit darüber, wer ein Schutzgeländer anzubringen hat, bezieht sich auf die Zeit während des Baues, weil das wirkliche dauernd anzubringende Geländer möglichst spät, erst gegen Ende des inneren Ausbaues geliefert werden kann. Nun sollte aber bis zu diesem Termin ein vorläufiger Gerüstschutz an der Treppe gewährt werden, und zu diesem fühlt sich heute kein Handwerker verpflichtet, weil es darüber keine hinreichenden Vorschriften giebt.

Fragt man nun: wer hat nach Fertigstellung der Treppe ganz unabhängig vom Material ein zeitweiliges Schutzgeländer für die Bauarbeiter aufzustellen und so lange zu unterhalten, bis das wirkliche neue Geländer angebracht werden kann, so ist die Antwort: das Schutzgeländer muß der Handwerker besorgen, der dauernd auf dem Bau zu ihun hat, und das ist der Unternehmer der Maurerarbeiten.

Läßt man z. B. eine eiserne Treppe ausführen, dann kommen die Schlosser oder Maschinenbauer, montiren ihre Treppe in ein, zwei oder drei Wochen und verschwinden wieder, sie haben auf dem Bau nichts mehr zu thun. Läßt man eine Holztreppe ausführen, dann kommt der Zimmermann auf einige Wochen und verläßt den Bau sofort nach Fertigstellung. Ganz ähnlich der Steinmetz, der überhaupt nur beim Versetzen hilft und der nur ausnahmsweise länger zu ihun hat, wenn eine Sandsteinfaçade zur Ausführung kommt.

Vom Zimmermann könnte man allenfalls die Ausführung eines Geländers verlangen, auf grund vorheriger Vereinbarung. Aber wie oft wird solch Geländer an einzelnen Stellen zerbrochen, ohne daß seine Ausbesserung sofort vom Hersteller bewirkt werden kann.

Der Maurer ist aber dauernd am Platze, er hat während der ganzen Bauzeit Rüstzeug zur Hand, er allein kann am leichtesten das vorläufige Geländer gleichsam zur Rüstung gehörig aufstellen und vor allen Dingen dauernd in Stand halten. Ebenso gut wie heute von der Baupolizei die sofortige Ausstakung der Balken-Zwischenräume verlangt wird, um das Durchfallen der Arbeiter durch mehrere Stockwerke zu verhindern, ganz ebenso kann die sofortige Anbringung von Treppengeländern aus Rüstungsmaterial im Bau-Aufsichtswege gefordert werden. Aber zu allen diesen Dingen müßte erst bei den Regierungen neben dem Schutz der Unternehmer auch der Wille zum Schutz der Arbeiter vorhanden sein, und damit hapert es eben.

Eine auffallend milde Strafe verhängte gestern die 129. Abtheilung des Amtsgerichts I über den Küfer Gustav Berndt, welcher wegen gröblicher wörtlicher und thätlicher Beleidigung zweier anständiger junger Mädchen auf der Anklagebank erschien. Am 11. Dezember v. J. stand ein Fräulein D. mit einer Freundin vor einem Schaufenster in der Oranienstraße, als der Angeklagte hinzutrat und die D. ohne ein Wort zu sagen, an den Oberschenkel faßte. Entrüstet wandte sich das junge Mädchen zur Seite, worauf der Angeklagte seine That mit höhnischen Bemerkungen zu „beschönigen" versuchte. Als sich die beiden Mädchen auf die andere Seite der Straße begaben, um weiteren Insulten zu entgehen, folgte ihnen der Angeklagte, trat beiden wiederholt mit Absicht auf die Hacken und murmelte immerfort beleidigende Worte, wie „dumme Dinger" u. s. w. vor sich hin. Vergebens versuchten die jungen Mädchen ihrem Peiniger zu entgehen, immer schneller folgte er ihnen und als er ihre Absicht merkte, drängte er sich schließlich mit Gewalt zwischen ihnen hindurch und gab dabei dem Fräulein D. einen derartigen Stoß, daß sie beinahe in ein Schaufenster geflogen wäre; zum Glück jedoch wurde sie von Straßenpassanten aufgefangen. Als die Freundin jetzt etwas von Feststellen durch einen Schutzmann sprach, bemerkte der Angeklagte lachend: „Jetzt will das dumme Ding auch noch zum Schutzmann schicken." Im gestrigen Termin bestritt der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Vergehen, behauptete, daß ihm, einem Vater von 7 Kindern, derartige Thaten nicht zuzutrauen sind, und bestritt ganz entschieden, betrunken gewesen zu sein. Der Gerichtshof nahm trotzdem zu seinen Gunsten an, daß er stark betrunken gewesen sei, und erkannte deshalb nach dem Antrag des Staaatsanwalts trotz der bewiesenen Rohheit auf nur 30 M. Geldstrafe.

Zu der Gerichtsverhandlung gegen den Schutzmann Kiefer wird aus Köln berichtet, daß das Urtheil am 4. Februar 12 Uhr mittags verkündigt werden soll.

Versammlungen.

Der Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hielt am Donnerstag seine erste diesjährige Generalversammlung im Lokal „Bismarckhöhe", Wilmersdorferstraße (Charlottenburg), ab. Der Bericht des Kassirers für das letzte Quartal 1897 ergab an Einnahmen 680,70 M., an Ausgaben 604,30 M., sodaß ein Bestand von 76,40 M. verblieb. Nachdem die Revisoren die Abrechnung für richtig bekundet hatten, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. — Die hierauf erfolgende Wahl eines Bezirksleiters fiel auf Genosse Junge aus dem V. Bezirk. Die Versammlung befaßte sich sodann mit der inkorrekten Führung der Listen zur Stadtverordnetenwahl. Durch sechswöchentliches Auslegen der Listen vom 1. Februar ab soll eine nochmalige Revision erfolgen. — Hinsichtlich der Nachwahl im VI. Bezirk stellt der Vorsitzende im Namen des Vorstandes den Antrag, sich nicht an der Wahl zu betheiligen. Dieser Antrag wird nach längerer, lebhafter Diskussion angenommen. — Dem Wortlaut der Statuten gemäß soll fortan streng darauf gesehen werden, daß die Bücher derjenigen Mitglieder, die während fünf Monaten keinen Beitrag gezahlt hätten, eingezogen werden. Ferner wird angeregt, in der nächsten Versammlung die Broschüre über die Fischer'sche Reichstagsrede zu vertheilen. Zum Schluß wird beschlossen, monatlich je eine Versammlung und zwar am Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats abzuhalten. Mit einem Hinweis auf die diesjährigen Reichstagswahlen schließt der Vorsitzende die stark besuchte Versammlung gegen 12 Uhr.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend hielt am 18. Januar ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1897 ergab Bestand vom 3. Quartal 439,14 M., Einnahme 399 M., Ausgabe 507,95 M., bleibt ein Bestand von 330,19 M.; dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Nach dem Bericht des Arbeitsnachweises wurden zu 91 Musikgeschäften 392 Kollegen beschäftigt. Zum Beisitzer wurde Pacholl gewählt; den von Pacholl bisher bekleideten Revisorposten übernahm Bieler. Die Versammlung erklärte sich zum Schluß mit der Theilnahme an dem zu erbauenden Gewerkschaftshause einverstanden.

Der Verband der Rabitzputzer hatte in den letzten drei Quartalen des vergangenen Jahres, wie der Kassirer in der letzten Versammlung mittheilte, eine Einnahme von 788,40 M., der eine Ausgabe von 698,05 M. gegenübersteht. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt.

Der Verein der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend hielt am 21. d. M. bei Wernicke, Charlottenburg, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Dem Bericht des Kassirers zufolge betrug der Kassenbestand am Ende v. J. 4 600 M.; die Unterstützungskasse enthielt 272,32 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Hierauf kam die Berufung des früheren Mitgliedes Brüder, Waldemarstr. 75, zur Verhandlung. Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben, was der Betreffende an den Vorstand gerichtet hatte. In demselben weist Brüder darauf hin, daß nach den Erkundigungen, die er bei Behörden und seinem Rechtsanwalt eingezogen habe, sein Ausschluß gegen die Statuten des Vereins verstoße. Er verlangt, daß eine nochmalige Abstimmung per Stimmzettel vorgenommen werde, widrigenfalls er den Klageweg beschreiten wolle. Die Versammlung beschloß nach langer Diskussion gegen eine Stimme, daß der Ausschluß Brüder's aufrecht zu erhalten sei. — Als Ersatzmann in die Rechtsschutz-Kommission wurde Hermerschmidt gewählt; aufgenommen wurden 4 Mitglieder. Die Statutenänderung soll in der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Den englischen Maschinenbauern wurden 300 M. bewilligt.

Der Interessenverein der Kistenmacher hielt am 24. Januar in den Arminhallen eine gut besuchte Generalversammlung ab, in welcher der Kassirer die Abrechnung vom 3 Quartal gab: Einnahme 184,00 M., Ausgabe 141,55 M., Ueberschuß 42,55 M. Generalbestand im 4. Quartal 204,83 M. Dem Kassirer wurde ein Extra-Manko von 15 M. bewilligt. In der nächsten Versammlung soll über den Anschluß an einen größeren Verband verhandelt werden.

Die Zentral-Krankenkasse der Maurer 2c. „Grundstein zur Einigkeit", Verwaltungsstelle Berlin, hielt am Sonntag, den 23. Januar 1898, eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der folgender Jahresbericht verlesen wurde: Einnahme 186 005,49 M. inkl. 12 000 M. Zuschuß von der Hauptkasse, demgegenüber stand eine Ausgabe von 183 643,07 M. inkl. 31 500 M., welche an die Hauptkasse gesandt wurden, bleibt mithin am Schluß des Jahres 1897 ein Bestand von 2362,42 M. In die örtliche Verwaltung wurden folgende Mitglieder gewählt: Baganz als 1. Kassirer, Gareis als 2. Bevollmächtigter, Krause als 2. Schriftführer, Kurzrock und Zöllner als Revisoren. Als Hilfskassirer für Südost wurde Faust gewählt. Ferner wurde die Zahlstelle in Südwest nach Zossenerstr. 1 bei Große verlegt.

Geschäftsbericht des Arbeiter-Raucher-Bundes für Berlin und Umgegend vom verflossenen Halbjahr (Juli bis Dezember 1897). Es fanden eine General-Versammlung, eine außerordentliche General-Versammlung, 5 Delegirten-Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen statt. Die Zahl der Klubs betrug im Juni 78 mit 933 Mitgliedern, im Dezember 78 Klubs mit 961 Mitgliedern. 4 Klubs gingen dem Bunde — durch Auflösen und Nichtnachkommen ihrer Pflichten — verloren. Die 8 statuirten Bundes-Vergnügen — Stiftungsfest, Sommerfest und Maskenball — erbrachten einen Gesammtüberschuß für die Bundeskasse von 814,85 M. Dem Solidaritätsgefühl wurde reichlich Rechnung getragen. Unter anderen sind drei Sterbefälle mit je 100 M. Unterstützung zu verzeichnen 2c. Das Bundesvermögen beträgt 1436,80 M. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Es wurden 5 neue Klubs aufgenommen.

Die Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter nahmen am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag ihres Kollegen Schüler entgegen, der in kräftigen Worten die dem Koalitionsrecht der Arbeiter drohende Gefahr kennzeichnete und zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation aufforderte. Die Versammelten stimmten sowohl in der Diskussion wie durch Annahme einer entsprechenden Resolution dem Referenten zu. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde auch der Zustände im Münchener Brauhause in abfälliger Weise gedacht und hervorgehoben, daß in letzter Zeit daselbst einige organisirte Hilfsarbeiter, die wohl noch weiter hätten beschäftigt werden können, entlassen worden sind. Es wurde eine Resolution angenommen, welche sowohl diese Entlassungen wie das Verhalten des Direktors Arend organisirten Arbeitern gegenüber mißbilligt. Ferner beauftragte man die Kommission, wegen der Beschäftigung eines nichtorganisirten Bierfahrers und dessen Mitfahrer bei der Pichelsdorfer Brauerei vorstellig zu werden.

Die Steinarbeiter tagten am Dienstag im „Englischen Garten" unter außerordentlich zahlreicher Betheiligung. Es galt, den Bericht der Tarifkommission über die stattgefundene Verhandlung mit den Arbeitgebern entgegenzunehmen. Seitens der Kommission erstatteten die Steinmetze J. Schell und P. Olbrich Bericht. Statt einer Aufbesserung der Löhne sowie Verkürzung der Arbeitszeit stellten die Meister eine Lohnreduzirung von 30 pCt. für Arbeiten aus sächsischem Elbsandstein in Aussicht, ebenso wollen sie den bisherigen Tarif über die anderen Positionen beibehalten. Die Verhandlungen waren somit resultatlos geblieben. In der nun beginnenden Diskussion, an der 28 Redner theilnahmen, wurde an dem Verhalten der Meister scharfe Kritik geübt. Zur Einführung des allgemeinen Tagelohnes wollen dieselben sich absolut nicht herbeilassen. Ein Redner sprach auch für den Akkordtarif, da das jetzige Tagelohnarbeiten viel anstrengender sei als das Arbeiten im Akkord. Schließlich wurde beschlossen, folgende Forderungen zu stellen: 1. Einführung der allgemeinen Lohnarbeit, mit 208 gegen 11 Stimmen; 2. Achtstündige Arbeitszeit für Sommer und Winter, mit 217 gegen 7 Stimmen; 3. Lohn pro Stunde 70 Pf. und Ueberstunden 20 Pf. mehr, einstimmig. Hierauf wurde die Kommission beauftragt, in den nächsten Tagen wieder mit den Meistern in Unterhandlung zu treten, und die Erwartung ausgesprochen, die Forderungen der Gesellen möglichst unverkürzt durchzudrücken. Bei der Ersatzwahl zu einem Mitglied des Zentralausschusses wurde Franz Wendenburg gewählt.

Der Verband der Tapezirer hielt am 25. d. Mts. eine kombinirte Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung giebt Wels den Geschäftsbericht der Agitationskommission. Dieselbe hat 8 Sitzungen, darunter 4 mit Werkstellen, abgehalten; ferner 1 öffentliche Versammlung. Es folgt sodann der Kassenbericht des Kollegen Pönicke. Die Einnahme beträgt 363,03 M., Ausgabe 116,85 M., mithin Bestand 246,18 M. Der Markenbestand beträgt 9461. Dem Kassirer wird hierauf Decharge ertheilt. Ein Antrag Kielmayer, die Kommission auf neun Personen zu erhöhen, wird angenommen und werden sodann die Kollegen Franke, Mohns und Renz in dieselbe gewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Reorganisation des Arbeitsnachweises, wird beschlossen, die Bureaustunde des morgens abzuhalten, einen ständigen Bureauhalter gegen eine Vergütigung von 75 Pf. anzustellen und die Stelle eventuell im „Vorwärts" zu annonciren. Ferner zahlt jeder arbeitsuchende Kollege 10 Pf. Einschreibegeld. Eine Neuerung erhält der Arbeitsnachweis besonders dadurch, daß in Zukunft denselben auch die Näherinnen in Anspruch nehmen können und wird von denselben kein Einschreibegeld erhoben. Es werden hierauf noch die Kollegen Piers, Sander, Pape, Strauß, Franzke, Bechert und Straßer als Vergnügungskomitee gewählt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Dünkirchen, 28. Januar. (W. T. B.) Ein französischer Wachtposten schoß infolge eines Mißverständnisses auf den norwegischen Matrosen Nils Ingevalt vom Schiffe „Slandia" und verletzte denselben tödtlich.

Budapest, 28. Januar. (B. H.) Dr. v. Gallovich, Richter am Budapester Strafgerichtshof, ist unter Mitnahme der bedeutenden Mitgift seiner ihm erst kürzlich angetrauten Gattin verschwunden.

Paris, 28. Januar. (W. T. B.) Der ehemalige Polizei-Inspektor Rodeau ist unter dem Verdachte verhaftet, zwei Frauenspersonen ermordet und beraubt zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

27. Sitzung. Freitag, den 28. Januar 1898.

Präsident **v. Buol** eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Die zweite Etatsberathung wird beim Spezialetat des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Beim Kapitel „Gesundheitsamt" liegt ein Antrag der Abg. Müller-Sagan und Genossen vor, zur Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt für wissenschaftliche Erforschung wirthschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Thieren 30 000 M. in den Etat einzustellen. Die Debatte wird fortgesetzt.

Abg. **Oertel** (Soz.): Auf die Gefahren für die Gesundheit, denen die Arbeiter in der Bürsten- und Pinselindustrie ausgesetzt sind, ist schon wiederholt von dieser Stelle aus, zuletzt von Grillenberger, hingewiesen worden. Die Nothwendigkeit, auf diese wichtige Angelegenheit die Aufmerksamkeit des Reichstages zu lenken, ist um so mehr vorhanden, als nun endlich die Regierung aus dem Stadium der Vorberathung in das der positiven Gestaltung getreten ist. Das Reichsamt des Innern hat auf grund der §§ 122e und 139 der Gewerbe-Ordnung Vorschriften zur Verhütung der Ansteckungsgefahr ausarbeiten lassen. Mit der Ausarbeitung dieser Vorschriften hat man sich nicht so sehr übereilt. Seit Jahren fordern die Arbeiter, daß solche Vorsichtsmaßregeln vorgeschrieben werden. Wir gestehen zu, daß die Verhältnisse erst sorgfältig geprüft werden müßten, da die Sache nicht so einfach liegt. Andererseits ist aber doch eine derartige Verzögerung in einer Sache, wo Leben und Gesundheit von tausenden von Arbeitern auf dem Spiele steht, aufs allerentschiedenste zu verurtheilen. Bis jetzt sind die Vorschriften über Milzbrand vom Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes erst ausgearbeitet; Gesetzeskraft haben sie noch nicht.

Von seiten der Unternehmer der betheiligten Industrie wird eine heftige Opposition gegen diese Vorschriften gemacht. Die Arbeiter sehen dagegen in ihnen nur das Mindestmaß dessen, was zur Verhütung der Krankheiten erlassen werden muß. Von einer definitiven Beseitigung der Milzbrandgefahr kann heute noch keine Rede sein; dazu müßten erst geeignete Desinfektions-Verfahren erfunden werden.

Nur die wichtigsten Bestimmungen können hier erörtert werden. Die Unternehmer wehren sich vor allen Dingen dagegen, daß auch das Ziegenhaar dem Desinfektionszwang unterworfen werden soll. Sie meinen, die Qualität desselben würde dadurch bedeutend beeinträchtigt und Erkrankungen durch Ziegenhaar kämen nicht vor. Einen Beweis für diese Behauptungen erbringen sie nicht; dagegen ist amtlich konstatirt, daß das Material keine Beeinträchtigung erfährt. Die Arbeiter verlangen ferner, daß nicht nur das aus dem Auslande kommende, sondern alles Material der Desinfektion unterworfen werden soll; sie kommen aber den Unternehmern so weit entgegen, daß sie dieselbe nur insoweit allgemein durchgeführt wissen wollen, als eine Schädigung des Materials nicht eintritt. Die Desinfektion durch mehrstündiges Kochen, die das Reichs-Gesundheitsamt auch vorschlägt, tödtet die Milzbrandsporen und Bazillen nicht, wie wissenschaftlich festgestellt ist. Außerdem würden sich die Unternehmer auf diese Art beschränken und so die ganze Absicht der Vorschriften verhindern. Der betreffende Passus müßte vielmehr so lauten: Es dürfen nur solche Desinfektionsverfahren zur Auswahl zugelassen werden, die auch vom Reichs-Gesundheitsamt als ausreichend erachtet worden sind. Die Unternehmer wehren sich auch gegen die Vorschrift, daß nur volljährige Arbeiter zur Bearbeitung der Materialien verwendet werden dürfen, weil der Betrieb dann irrationell sein würde. Die Löhne in der Pinselindustrie sind ohnehin so niedrig, daß diese Einschränkung gar nicht in betracht kommen kann. Wenn aber diese Bestimmungen erst im Jahre 1908 in kraft treten sollen, so hat ja das Unternehmerthum noch lange Zeit, bis es solche Behinderungen erfahren wird.

Lebhaftes Unwillen der Unternehmer erregt ferner die Bestimmung, daß in den Arbeitsräumen jährlich ein neuer Kalkanstrich vorgenommen werden soll. Als Grund geben sie diesmal sogar an, daß dann die Arbeiter durch die nothwendigen Feiertage einen Lohnausfall haben würden. Dabei zwingen sie sie aber bei patriotischen Festen ohne weiteres, wider ihren Willen zu feiern! Die Arbeiter haben das Unternehmerthum hierbei vollständig beschämt. Sie erklärten in einer Versammlung, daß sie gern bereit seien, im Interesse des von den Unternehmern so sehr gehaßten Kalkanstrichs den Lohnausfall selbst zu tragen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Vorschriften soll ferner wöchentlich einmal das Material gereinigt werden. Die Nachgiebigkeit der Arbeiter, die sich darauf beschränken zu fordern, daß dies möglichst oft, mindestens aber monatlich zweimal geschehen soll, kann mir durchaus nicht gefallen; ich zöge den Vorschlag des Reichs-Gesundheitsamts vor. Auch bei allen anderen Vorschriften kommen die Arbeiter den Unternehmern soweit als möglich entgegen.

Die vorgeschlagenen Bestimmungen halten sich jedenfalls in den bescheidensten Grenzen. Wenn das Wort Arbeiterschutz nicht nur eine leere Phrase bleiben soll, so ist es Aufgabe der Behörde, sie sobald als möglich durchzuführen. Ich richte an die Regierung die Anfrage, ob der Einfluß des Unternehmerthums so weit geht, daß es auch diese Minimalforderungen, dieses Linsengericht von Arbeiterschutz verhindern kann. In Nürnberg sind einige tausend Arbeiter in dieser Industrie beschäftigt, jährlich wird für fünf Millionen Waare produzirt und die Hauptgegnerin der Vorschriften ist eine dortige Aktiengesellschaft, die im letzten Jahre trotz erheblicher Abschreibungen 10 pCt. Dividende hat vertheilen können! So weit geht die unersättliche Profitgier, daß man lieber das Leben und die Gesundheit von hunderten von Arbeitern aufs Spiel setzt, als sich solche minimale Beschränkungen gefallen zu lassen.

Das Reichs-Gesundheitsamt sollte auch direkt darauf hinwirken, daß ein genügendes Desinfektionsverfahren erfunden wird. Auch in dieser Hinsicht haben die Arbeiter die oberste Gesundheitsbehörde beschämt. Sie haben selber Versuche angestellt und vorgeschlagen, ein Preisausschreiben für das beste Verfahren, die Milzbrandsporen vollständig zu tödten, zu veranstalten und sich bereit erklärt, einen guten Theil der Kosten zu tragen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Reichs-Gesundheitsamt und die Unternehmer haben diesen Vorschlag aber achtlos beiseite geschoben. Wir haben das Reichs-Gesundheitsamt sogar direkt auf ein neues Verfahren aufmerksam gemacht, ohne das leiseste Wohlgefallen damit zu erringen. Auch jetzt wieder werden neue Ergebnisse bekannt gemacht. Ich frage das Reichs-Gesundheitsamt, ob darüber schon Erkundigungen eingezogen sind. Ferner mache ich die Vertreter desselben darauf aufmerksam, daß in Nürnberg die Heimarbeit in den letzten Jahren bedeutend zugenommen hat. Infolge der schlechten Löhne sind die Arbeiter gezwungen, Arbeit mit in die Wohnung zu nehmen; da sie sich nicht den Luxus einer Wohnung mit 3–4 Räumen gestatten können, so arbeiten, wohnen und schlafen alle Familienmitglieder in einem und demselben Raume. Durch das mitgebrachte Material wird aber die Gefahr hervorgerufen, daß nicht blos die Arbeiter selbst, sondern auch die Familienangehörigen, sowie alle Betheiligten infizirt werden. Die Frage ist gewiß nicht leicht zu lösen, aber das Reichs-Gesundheitsamt müßte sie unbedingt mit in Erwägung ziehen. Es sind Fälle von Milzbrand-Erkrankungen bekannt geworden, in denen die behandelnden Aerzte garnicht wußten, daß es sich um Milzbrand handle, und die Patienten auf Lungenschwindsucht hin behandelt haben, in denen erst die Sektion den Milzbrand konstatirte. Es ist auch durchaus nothwendig, daß die Maßregeln sich auch auf andere Industrien erstrecken, auf die Wollfabriken, Wollspinnereien 2c. Ich möchte das Reichs-Gesundheitsamt fragen, ob auch nach dieser Richtung etwas geschehen ist, da doch nachgewiesenermaßen auch in diesen Betrieben Milzbrand-Erkrankungen vorgekommen sind. Wir haben alles Interesse daran, daß solche ungeheuer schädlichen Krankheiten von der Arbeiterschaft ferngehalten werden. Es ist Aufgabe des Reichs-Gesundheitsamtes, gerade hier mit größerer Umsicht und größerer Energie gegen die Unternehmer zu verfahren, damit endlich einmal die Vorschriften Gesetzeskraft erlangen und nicht durch die willkürliche Handhabung der Unternehmer ihres eigentlichen Nutzen beraubt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsgesundheitsamt Dr. **Köhler**: Der Vorredner hat wiederholt hervorgehoben, daß die Regelung der Sache, für die er sprach, erheblichen Schwierigkeiten begegnet. Ich kann versichern, daß wir stets dieser Sache in einer angemessenen und beschleunigten Weise näher zu treten suchen. Seit mehr als zehn Jahren studiren wir bereits die Frage und haben etwas Definitives doch noch nicht erreichen können. Derartige Fragen können nicht im Laboratorium allein gelöst werden, da muß die Praxis aushelfen. Die neueren Verfahren, von denen der Herr Vorredner sprach, bieten etwas thatsächlich Neues nicht. Wir haben bereits Erkundigungen — in Italien — eingezogen, wie es mit der veränderten Anwendung dieser bekannten Maßregeln steht, haben aber Abschließendes noch nicht erfahren können. Der Termin 1908, den der Herr Vorredner als von uns in Aussicht genommen angab, ist dies thatsächlich nicht. Wir haben ein früheres Jahr im Auge gehabt. Jedenfalls darf man überzeugt sein, daß, wenn Verhandlungen in dieser Frage gepflogen werden werden, die Regierung auch die Arbeitnehmer fragen wird.

Abg. **Beckh** (frs. Vp.): Der Vorwurf, den Herr Abg. Oertel den Nürnberger Arbeitgebern gemacht hat, ist durchaus nicht zutreffend. Man hat sich dort wirklich redlich Mühe gegeben, dem Uebelstande abzuhelfen. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß das Reichsgesundheitsamt mit den Unternehmern im Bunde stehe und deshalb energische Vorschriften nicht erlasse.

Abg. **Rettich** (k.) weist auf die stetige Zunahme der Maul- und Klauenseuche in den deutschen Viehbeständen hin. Die einzige Maßregel, die wirkungsvoll ist, ist die Absperrung gegen das Ausland. In den letzten Jahren hat sich die Regierung zu größeren Absperrungsmaßregeln verstanden, aber das ist noch nicht genug. Warum hat man nicht die Einfuhr russischer Gänse verboten? Nicht nur die Geflügelcholera, sondern auch die Maul- und Klauenseuche wird von ihnen eingeschleppt. Ich bin kein Freund von Quarantäne, aber ich ziehe sie dem jetzigen Zustand noch vor. Eine Quarantäne von 10 Tagen ist aber zu kurz.

Abg. **Blos** (Soz.) fragt an, ob es nicht möglich sei, Maßregeln zu treffen, um eine Verunreinigung der Anläufe der Ocker zu verhüten. Die dort existirenden Zuckerfabriken verunreinigten das Wasser so, daß in ganz Braunschweig kein brauchbares Trinkwasser zu haben sei. Die braunschweigischen Behörden haben gethan, was in ihrer Macht stand, aber einzelne Fabriken liegen in Preußen und in Preußen seien die Braunschweiger machtlos. Vielleicht könne das Reichs-Gesundheitsamt einen Druck auf die preußischen Behörden ausüben.

Direktor im Reichs-Gesundheitsamt Dr. **Köhler**: Die Verhältnisse im Nordharz sind schwierig zu lösen. Braunschweig beschwert sich bei den Zuckerfabriken über Preußen, Preußen wieder hat Beschwerden gegen Braunschweig wegen Verarbeitung von Kalisalzen. Am besten würde es sein, die Frage nach der Verhütung von Flußverunreinigungen nach den lokalen Bedürfnissen zu regeln. Das Gesundheitsamt würde gern bereit sein, sich an der Lösung der Schwierigkeiten zu betheiligen. Ich bitte aber den Herrn Vorredner, sich an die Braunschweigische Regierung zu wenden mit der Bitte, daß sie den Herrn Reichskanzler ersucht, sich mit dem Reichsgesundheitsamt in Verbindung zu setzen.

Abg. Graf **zu Inn und Knyphausen** (k.) verlangt auch Grenzsperren zur Verhütung der Maul- und Klauenseuche.

Direktor im Reichs-Gesundheitsamt Dr. **Köhler** erwidert, die Maul- und Klauenseuche habe jetzt hoffentlich den Höhepunkt überschritten. Trotzdem dürfe man in der Bekämpfung der Klauenseuche nicht nachlassen. Die Bekämpfung der Seuche liege der Regierung sehr am Herzen. Die russische Grenze sei für Schweine bereits geschlossen. Auch die schwedische Grenze ist sofort, nachdem die Seuche in Schweden aufgetreten war, gesperrt worden. Die Verschleppung innerhalb deutscher Bundesstaaten, aus Bayern nach dem Norden, sei ja möglich, aber das hängt eben mit der völligen Freiheit im Verkehr im Inlande zusammen. Ebenso kann einmal die Seuche vom Berliner Viehhof nach Bayern verschleppt werden. Die Resultate der Seuchenbekämpfung sind keine schlechten, in einem Jahre werden wir hoffentlich noch weiter sein als heute.

Abg. Dr. **Langerhans** (frs. Vp.): Die Absperrung nützt nicht viel. Es ist wie bei der Cholera. Die Hauptsache ist, daß wissenschaftlich die Ursache der Krankheit festgestellt wird, dann wird sie sich auch bekämpfen lassen. Leider sind wir in bezug auf die Erforschung der Maul- und Klauenseuche noch nicht so weit wie bei der Cholera. Schließlich sei es doch auch nicht möglich, alle Menschen und Thiere gegen alle Krankheiten zu immunisiren. (Heiterkeit.) Vorläufig wollen wir froh sein, wenn sich die anderen Länder nicht gegen uns absperren, denn bei uns ist die Seuche größer als in anderen Ländern. (Beifall links.)

Abg. **Dr. Hitze** (Z.) hält Absperrungen an einzelnen Stellen im Inland für ziemlich furchtlos. Seine Freunde würden aber allen Maßnahmen zustimmen, durch die der Seuche Einhalt gethan werden könne.

Abg. Graf **Armin** (Rp.): Ich kann den Standpunkt des Herrn Langerhans nur für sehr bedenklich ansehen. Wer da weiß, wie z. B. die Maul- und Klauenseuche so enormen Schaden uns gebracht hat, der kann nicht warten, bis die wissenschaftlichen Versuche das gewünschte Resultat ergeben. In England haben die Grenzabsperrungen der Sache radikal ein Ende gemacht.

Abg. Graf **v. Stolberg** (k.): Es ist festgestellt, daß zur Ernährung der oberschlesischen Industriebezirke das heute noch zugelassene Kontingent von russischen Schweinen nicht mehr nothwendig ist; das hat der preußische Landwirthschaftsminister im Herrenhause selbst zugegeben. Redner weist dann auf völlige Nutzlosigkeit der Quarantäne hin und tritt für völlige Absperrung nach englischem Muster ein.

Direktor des Gesundheitsamtes Dr. **Köhler**: England ist in der That frei von Maul- und Klauenseuche (Hört! hört! rechts), man hat dort alle eingeführten Thiere abgeschlachtet, und dadurch der Seuche definitiv ein Ende gemacht. (Hört! hört! rechts.) Aber man hat dort den Besitzern volle Entschädigung gewährt (Hört! hört! links), und das ist ein Korrelat, das wir nicht mit übernehmen könnten. (Hört! hört! links.)

Abg. Dr. **Kruse** (nat.-lib.) tritt für völlige Sperrung der holländischen Grenze ein.

Abg. **Nanck** (Rp.) hält ebenfalls völlige Grenzsperrung für das einzige zur Zeit wirksame Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche.

Bayerischer Geheimrath Dr. **v. Herrmann** hebt hervor, daß an der bayerisch-österreichischen Grenze die Vieheinfuhr so streng beaufsichtigt werde, daß es fast unmöglich sei, daß dort die Seuche eingeschleppt werde.

Abg. Graf **Stolberg** (k.) bedauert, daß der ultramontane Abgeordnete Gerstenberger, der im Vorjahre sprach, heute nicht anwesend sei. Der bayerische Abgeordnete würde sicher eine andere Stellung einnehmen, als der bayerische Regierungsvertreter. Eine Bekämpfung sei nur möglich, wenn sämmtliche Länder sich gegen einander gegenseitig absperren und erst mal im eigenen Lande gegen die Seuche vorgehen.

Abg. Dr. **Haase** (Soz.): Wir sind auch dafür, daß das Reichs-Gesundheitsamt alles zur Erforschung der Seuche thut, eine Absperrung der Grenze halten wir für nutzlos. In den Grenzbezirken ist die Seuche auch lange nicht so stark, wie in weit ab von der Grenze liegenden Bezirken. Wo die Grundbesitzer das Vieh sauber halten, kommt die Seuche weniger oft vor, als da wo die Besitzer das Vieh in der Jauche stehen lassen. (Widerspruch rechts.) Wir werden Veranlassung nehmen, im Laufe der Etatsberathung den Reichskanzler zu fragen, ob demnächst nicht die russische Grenze für die Schweine-Einfuhr geöffnet werden kann. Es ist inkonsequent, Sperren nach dem Auslande zu verlangen, gleichzeitig aber für Aufhebung der Sperren im Inland einzutreten.

Abg. **Langerhans** (frs. Vp.) meint, der Herd der Seuche sei nicht das Ausland, sondern das Inland. Er verlange deshalb im Inlande größere Strenge.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) meint, daß strenge Grenzsperre und strenge Kontrolle im Inlande nöthig ist.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) empfiehlt, eine recht hohe Prämie für die erste Anzeige einer Seuche im Dorfe.

Abg. Graf **v. Bismarck**-Schönhausen (Rp.) bittet die Regierung, die englische Seuchengesetzgebung nachzuahmen und sämmtliche Grenzen zu sperren.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) weist darauf hin, daß eine gänzliche Absperrung schon wegen des Schmuggels nicht möglich ist.

Abg. **Wurm** (Soz.): Wenn die Absperrung etwas helfen würde, so würde ich unbedingt für sie eintreten. Aber die Wissenschaft hat gerade bewiesen, daß die Absperrungsmaßregeln in wirklich strenger Weise nicht durchführbar sind. Die Bakterien machen selbst vor anders angestrichenen Grenzpfählen nicht Halt. Es giebt nur ein wirklich wirksames Mittel: obligatorische Viehversicherung durch das Reich mit voller Entschädigung für erkranktes Vieh. Die kleinen Besitzer halten sonst wegen des drohenden Verlustes eine Erkrankung geheim. Eine Kontrolle durch den Gendarm, der alles können soll, heute eine politische Versammlung überwachen und morgen eine wissenschaftliche Diagnose stellen, ist nicht ausreichend; dazu braucht man Sachverständige. Es muß in jedem Falle festgestellt werden, wie die Ställe sind, wie das Futter gewesen. Eine objektive Statistik, nicht eine von interessirter Seite könnte hier viel nützen. (Beifall.)

Abg. **Preiß** (Elf.) wünscht strengere Maßregeln gegen Weinverfälschungen. Man solle diese einfach unter das neue Nahrungsmittel-Gesetz stellen. Ferner ist das Verbot des Zuckerzusatzes zu den Naturweinen und des Verkaufs von Kunstweinen zu empfehlen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Die Schwierigkeit des Kampfes gegen die Weinpantscherei liegt in der nicht genügenden chemischen Analyse. Zur Durchführung der Maßregeln, wie der Vorredner sie wünscht, würde eine Kontrolle nöthig sein, die allgemeine Entrüstung hervorrufen würde; sie würde von der Wiege bis zum Grabe des Weines sich erstrecken müssen. (Heiterkeit.) Die allergefährlichsten Weinpantscher sind aber oft die Winzer selbst. Schließlich ist die Grenze zwischen Kunst- und Naturweinen sehr schwer zu finden.

Abg **Reißhaus** (Soz.): 1896 ist eine Kommission in Sachen des Impfzwanges eingerichtet worden, in der Anhänger und Gegner zu Worte kommen sollten. Die dort gefaßte Resolution hat in ihrem zweiten Theil die Zustimmung des Bundesraths nicht gefunden. Es ist vielmehr vorgeschlagen, eine neue Kommission zu bilden, der die Sache zur nochmaligen Prüfung überwiesen werden soll. Ich frage nun den Vertreter des Gesundheitsamtes, ob auch die Impfzwang-Gegner, die den Köhlerglauben nicht theilen, dort zu Worte kommen werden. Da die Zahl der Impfzwang-Gegner zunimmt, ist es möglich, daß die Frage noch bei den kommenden Wahlen eine Rolle spielt.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: In die Kommission werden auch Impfgegner kommen. Aber die deutsche Regierung hält wie die anderen Staaten am Impfzwange fest.

Abg. Dr. **Kruse** (natl.) ist Freund des Impfzwanges und fragt nach den Ergebnissen der Konferenz über das Apothekenwesen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Die Ergebnisse haben zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes geführt, der jetzt aber noch nicht fertig ist.

Abg. **Oertel** (Soz.): Ich frage den Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes noch einmal an, wann die vom Reichs-Gesundheitsamt ausgearbeiteten Vorschriften für die Bürsten- und Industrie endlich in kraft treten werden. Auf meine erste Frage habe ich noch keine Antwort erhalten. Dem Abg. Beckh erwidere ich, daß die Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nur in seiner Phantasie besteht.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** steht sachlich ganz auf dem Standpunkt des Vorredners. In die Konferenz dieses Jahres werden auch Arbeiter berufen werden, und die Angelegenheit soll möglichst beschleunigt werden.

Abg. **Beckh** (freis. Vg.) weist auf die gemeinsamen Konferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hin. Es muß doch also eine Harmonie zwischen ihnen bestehen.

Abg. **Reißhaus** (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß die Impfkommission die Gegner des Impfzwanges nicht so kurzer Hand abthun werde.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapital bewilligt. Der Antrag Müller-Sagan (frs. Vp.) auf Bewilligung von 30 000 M. zur Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt wird mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung. Justizetat. Branntweinsteuer-Kontingentsgesetz.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 28. Januar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Freiherr von Hammerstein und zahlreiche Kommissarien.

Als Mitglied der Staatsschulden-Kommission wird der Abg. Lückhoff (frk.) wiedergewählt.

Das Haus beginnt die zweite Etatsberathung mit dem Spezialetat der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Bei dem Titel „Ministergehalt" giebt der

Abg. Frhr. v. **Eynatten** (Z.) seiner Freude über die Mehreinstellung zur Förderung der Geflügelzucht, zu Flußregulirungen 2c. Ausdruck; er bedauert, daß für die Ausarbeitung eines Wasserrechts noch kein Schritt gethan sei und schildert dann die Verunreinigung des Wurmbaches durch Fabrikwässer und beklagt, daß noch immer keine Abhilfemaßregeln getroffen sind. Im Interesse der Gewinnung landwirthschaftlicher Arbeitskräfte sei eine Verkürzung der Schulpflicht erwünscht; dankbar anerkannt werde, daß die zweijährige Dienstzeit in dieser Beziehung vortheilhaft für die Landwirthe gewesen ist. Die Steuerveranlagung werde den Landwirthen gegenüber zu streng gehandhabt; in vielen Gemeinden stehen aus den 70er Jahren Schulhäuser, deren Kosten in gar keinem Verhältniß stehen zu dem Budget der Gemeinde. Die Gegnerschaft, welche das Anerbenrecht in gewissen Kreisen der rheinischen Landwirthschaft gefunden, möge den Minister nicht entmuthigen, für diese Vorlage einzutreten, die den Sitten und Gewohnheiten der dortigen Bevölkerung entspricht.

Abg. **Reinecke**-Sagan (frk.): Der Rückgang der Domänenpachten beweist von neuem den Nothstand der Landwirthschaft, dem gegenüber die Regierung sich immer noch nicht zu großen Mitteln entschließen kann. Nicht blos die niedrigen Getreidepreise verschulden den Nothstand, sondern auch verschiedene Spezialgesetze, so namentlich die Branntweinsteuer; es sei ganz unzutreffend, bei dieser Steuer von einer Liebesgabe für die Landwirthe zu sprechen.

Abg. **Herold** (Z.) wünscht Heranziehung landwirthschaftlicher Praktiker bei den Generalkommissionen. Die Sperre gegen Dänemark ist dringend nöthig, ebenso deren Aufrechterhaltung gegen Holland. Die Fleischeinfuhr sollte man genau kontrolliren, da die Möglichkeit einer Ansteckungsgefahr oder sonstiger Schäden

keineswegs ausgeschlossen ist. Beim Eisenbahnbau sollte mehr Bedacht auf den Bau landwirthschaftlicher Meliorationsbahnen genommen werden, auch wenn sie nicht ganz rentabel sind. An der Entwicklung von Handel und Verkehr haben Landwirthschaft und Industrie gleiches Interesse.

Minister Frhr. **v. Hammerstein**: Alle Wünsche zu erfüllen, ist der Regierung nicht möglich. Der Begriff der „großen Mittel" ist unbestimmt. Eine Maßregel, die man als großes Mittel bezeichnen könnte, giebt es nicht. Für mancherlei Verbesserungen ist der Dispositionsfonds erheblich erhöht. Den Entwurf des Wasserrechts hat man nicht eingebracht, weil man die Session nicht unnöthig belasten und den Parteien volle Freiheit für die Wahlagitation lassen wollte. Auch die Frage der Flußverunreinigung wird gegenwärtig bearbeitet. Gegen zu weitgehende Anforderungen einzelner Behörden in bezug auf Neubauten übersehen viele Gemeinden die Mittel, welche ihnen durch die Selbstverwaltung gegeben sind. Besondere Anerkennung verdient das energievolle, von jeder Agitation freie Vorgehen und Arbeiten der Landwirthschaftskammern, die sich in dieser bewegten Zeit besonders bewährt haben; auch in Hannover und Westfalen wird man diese Kammern einrichten.

Abg. **Knebel** (natl.): Das geplante Anerbengesetz hat in der südlichen Rheinprovinz fast einstimmigen Widerspruch hervorgerufen. Das ausgearbeitete Wassergesetz würde nicht vortheilhaft für die Landwirthschaft gewesen sein; es wäre gut, wenn der Entwurf in dieser Richtung umgearbeitet würde. Der Ruf zur Sammlung der wirthschaftlichen Parteien ist nicht vom Zentrum ausgegangen, sondern von Abgeordneten meiner Partei und von einem Manne, der dem Zentrum nicht angehört. Den Nothstand der Landwirtschaft anerkennen auch meine Freunde. In den höher gelegenen Gegenden ließen sich durch Verbesserung der Wasserverhältnisse noch große Vortheile erzielen. Die Aufwendungen für Vieh- und besonders für Pferdezucht seien nicht ausreichend; das kleine Baden wende für Pferdezucht mehr auf; ebenso unzureichend sind die Ausgaben für ländliche Fortbildungsschulen und für Wanderlehrer, deren Wichtigkeit für die ländliche Bevölkerung gar nicht hoch genug anzuschlagen ist. Mit der Herabsetzung der Schulpflicht ist Redner nicht einverstanden, wohl aber könnte dahin gestrebt werden, daß die Kinder den Eltern mehr als bisher bei der Wirthschaft behilflich sein könnten. Schädlich ist hierbei die Schablonisirung der Anordnungen, das Ausdehnen gleichartiger Vorschriften auf ungleichartige Verhältnisse. Tüchtige Lehrer sollten auch mit der Halbtagsschule auskommen. (Sehr richtig!)

Abg. **Humann** (Z.): Die heutige Debatte zeigt, wie unbegründet die Hoffnung auf Verstummen der Klagen der Landwirthschaft war. Die Löhne für landwirthschaftliche Arbeiter sind gestiegen; die Dienstboten gehe nach den Städten. Ohne einen wirksamen Zollschutz kann der Landwirthschaft nicht geholfen werden. Die Geduld der Regierung gegenüber den Zollkampagnen des Auslandes ist bewundernswerth. Gegen die Einfuhr des trichinösen amerikanischen Schweinefleisches müssen energische Maßregeln getroffen werden, ebenso sollte der Minister die Wirksamkeit des Margarinegesetzes im Auge behalten.

Abg. **Klose** (Z.) erörtert einzelne Uebelstände in der Landwirthschaft und in der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Abg. **v. Mendel-Steinfels** (k.): Die Fleischschau ist für die Landwirthschaft nur dann annehmbar, wenn inländisches und ausländisches Fleisch mit gleichem Maße gemessen werden. Fleisch, das in einer Weise konservirt wird, daß eine Untersuchung nicht möglich ist, soll von der Einfuhr ausgeschlossen werden. (Sehr richtig!) Die größte Gefahr, die unsere Landwirthschaft bedroht, ist die Verseuchung unserer Viehstände, die nicht blos die Landwirthschaft, sondern die allgemeine Volkswohlfahrt bedroht. Wir können diese Frage nicht ruhen lassen, bis durch strengste Maßregeln gegen das Ausland diese Seuchengefahr ernstlich und erfolgreich bekämpft wird.

Minister Frhr. **v. Hammerstein** will seine Stellungnahme zu dieser Frage darlegen bei der vom Vorredner in Aussicht gestellten Interpellation.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Weder das Margarinegesetz noch das Börsengesetz haben der Landwirthschaft genützt, und was die Spiritussteuer so lästig macht, das ist die Liebesgabe. (Lachen.) Trotz aller Absperrungen herrschen bei uns die Seuchen, und hervorragende Autoritäten meinen, daß wir mit der Sperre die Seuche nicht los werden, da wir bei uns Seuchenherde genug haben. Bei der Forderung der Fleischuntersuchung übersehen die Herren rechts, daß die amerikanische Trichine nicht gesundheitsschädlich ist. (Große Heiterkeit!) Ueber die Nützlichkeit der Grenzsperre gegen Holland gehen die Meinungen auseinander; Herr Ring ist ja in seinem eigenen landwirthschaftlichen Verein in dieser Frage überstimmt und konservative Männer erkennen an, daß die Gründe für diese Forderung sehr offenherzig dargelegt sind; es handelt sich darum, für die Verkäufer gute Preise zu erhalten. Daß die Ueberschwemmungen auf die Ernte erheblich eingewirkt haben, trifft nicht überall zu (Zwischenrufe: Vollständige Unkenntniß der Verhältnisse!). Der Rückgang der Bevölkerung ist in den Gegenden des Großgrundbesitzes stärker als unter kleinem ländlichen Grundbesitz. Gegen den Rückgang der Domänen-Pachten würde eine allmälige Parzellirung derselben das beste Hilfsmittel sein. Die Rente aus anderen Werthanlagen ist noch viel erheblicher zurückgegangen. Mit der Vertheuerung der Lebensbedürfnisse wird man die Arbeiter, die doch auch zu den Produzenten gehören, nicht gewinnen, sondern sie der Sozialdemokratie zutreiben und damit die Gegensätze verschärfen. Der Widerstand der Konsumenten wird gegen solche Vertheuerungspolitik eines Tages seinen verhängnißvollen Ausdruck finden. Der Bauernstand ist am meisten zurückgegangen in der Zeit der hohen Getreidepreise; es wäre dankenswerth, wenn der Minister hierüber statistische Erhebungen veranlaßte. Sollte es Ihnen wirklich gelingen, die Politik der Sammlung aller Lebensmittel-Vertheurer bei den nächsten Wahlen zum Siege zu bringen, so wird das dem Vaterlande nicht zum Segen gereichen. (Lachen rechts.)

Abg. **Gamp** (frk.): Der Wunsch des Abg. Gothein, über die Wirkung des Börsengesetzes eine regierungsseitige Enquete zu veranstalten, ist ganz berechtigt, nur wird die Regierung den Herrn Gothein nicht als Sachverständigen anerkennen dürfen. (Heiterkeit.) Ist es denn ein Unrecht, wenn die Brenner für den Rückgang des Branntweinkonsums entschädigt werden? Dieser Rückgang ist doch die beste Wirkung des Branntweinsteuer-Gesetzes. Die Absperrungen scheint Herr Gothein nur für das Inland gerechtfertigt zu halten. Wenn er die amerikanischen Trichinen für ungefährlich hält, nun, dann essen Sie doch mal Mohr'sche Wurst! (Große Heiterkeit.) Mit dem landwirthschaftlichen Großgrundbesitz hat es auch noch eine andere Bewandtniß, als Herr Gothein meint. Meist handelt es sich um Forsten, will Herr Gothein die entbehren? Güter von 6400 Morgen, die von einer Stelle aus bewirthschaftet werden, giebt es nicht; ich setze eine Belohnung von 500 M. aus für den Nachweis eines solchen Gutes (Abg. v. Eynatten ruft: 5000 M.) Herr v. Eynatten legt noch 4500 M. zu! (Heiterkeit.) Bei Ihren Agitationen im „Nordost" gestehen Sie ja auch die Nothlage der Landwirthschaft ein, nur hier soll das nicht gelten. Mit Schutzzöllen treibt man keine Theuerungspolitik, denn diese kommen auch den Arbeitern zu gute. Die Lebensmittelpreise sind nicht gestiegen, außer für Kartoffeln infolge der Mißernte und für Schweinefleisch.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.): Wir sind mit vielen Wirkungen des Börsengesetzes einverstanden, wir anerkennen namentlich die Beseitigung des Börsenspiels und den Fortfall des schädlichen Einflusses desselben auf die Preisnotirungen. Wir anerkennen auch die Thätigkeit der Regierung in Preußen; aber wir glauben, daß es im Reich noch an der Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen fehlt. Die landwirthschaftlichen Interessen dürfen gegen die Interessen der auswärtigen Politik nicht zurückstehen.

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein**: Ich glaube mich ermächtigt, im Namen der Regierung folgende Erklärung abgeben zu können: Die Staatsregierung ist gewillt, bei der Entscheidung der Frage, ob und wie dem Ausland gegenüber unsere Handels- und wirthschaftlichen Beziehungen zu ordnen sein mögen, die Frage in sorgsame und ernste Erwägung zu nehmen, wie die Interessen der Landwirthschaft (Hört! hört! rechts.) bei den künftigen Handelsverträgen besser gewahrt werden können und müssen, als es bisher der Fall war. (Lebhafter Beifall rechts.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Cahnnsly (Z.) vertagt das Haus die Weiterberathung auf morgen 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

An die Frauen und Mädchen Berlins.

Genossinnen! Die reaktionäre Regierung schickt sich an, Euere schon ohnehin schlechte Lage noch weiter zu verschlechtern. Die deutsche Marine soll bedeutend vergrößert werden, die Kolonialpolitik soll in die Bahnen abenteuerlicher Weltmachtsgelüste einlenken. Zu wessen Nutzen, Genossinnen? In erster Linie zu Nutz und Frommen des kapitalistischen Profits und selbstherrlicher Neigungen. Auf Euere Kosten Genossinnen und auf die Euerer armen Angehörigen. In derselben Zeit will man Euere Lasten vergrößern, in der man im Begriff steht, Euere dürftigsten Rechte zu schmälern, und in der man sich weigert, Euch und den Eurigen ernsten Schutz gegen die kapitalistische Ausbeutung zu theil werden zu lassen. Die Mehrforderungen für Marinezwecke und Kolonialabenteuer fallen zusammen mit den Posadowsky-Plänen gegen die Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiterklasse und mit dem eingestandenen Stillstand auf dem Gebiete der Sozialreform.

Genossinnen, gedenkt angesichts der Absichten der Regierung Eurer Rechtlosigkeit. Erinnert Euch daran, daß man Euch die Steuerpflicht auferlegt, daß man Euch aber die vollen Bürgerrechte vorenthält. Gedenkt, wie groß Eure Armuth ist, wie schwer Euch bittere Sorgen belasten, wie hart die Entbehrungen sind, unter denen die Euren leiden, und die Ihr nicht einmal Eure Kinder verschonen könnt. Erhebt deshalb Eure Stimme zum schärfsten Protest gegen die volksfeindliche Politik der kostspieligen Marineschwärmerei und Kolonialabenteuer. Setzt dem Streben der Reaktion nach mehr Schiffen, mehr Steuern, mehr Knebelgesetzen Eure Forderungen entgegen: Mehr Rechte, größeren Schutz gegen die Ausbeutung und weniger Lasten. Eure Pflicht und Euer Interesse ist es, zahlreich in der Volksversammlung zu erscheinen, die Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale der Brauerei Friedrichshain stattfindet.

Tagesordnung: Flottenvorlage, Kolonialpolitik und die Interessen der Frauen des Volkes. Referentin: Genossin Klara Zetkin-Stuttgart.

Auf, Genossinnen, zum Protest! Beweise jede von Euch, daß sie zielbewußt gegen die Reaktion und für die Befreiung der Arbeiterklasse im Kampfe steht. **Die Vertrauensperson.**

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation hat jetzt dem Konsortium der südlichen Vorortbahn einen Entwurf des Straßenbahnvertrages in derjenigen Fassung, in welcher derselbe nach Erklärung des Einverständnisses des Konsortiums den Gemeindebehörden zur Annahme vorgeschlagen werden soll, übermittelt. Nach diesem Vertrage verpflichtet sich das Konsortium zur Herstellung und zum Betriebe folgender elektrischer Straßenbahnlinien: 1. Berlin (Eichhornstraße)—Schöneberg (Gebäude des Bezirkskommandos), 2. Berlin (Hallesches Th.—Schöneberg (wie 1), 3. Berlin-Schöneberg—Tempelhof—Britz—Rixdorf—Berlin; 4. Berlin (Eichhornstraße)—Schöneberg—Tempelhof—Südende—Lankwitz—Lichterfelde; 5. Berlin (Hallesches Thor)—Rixdorf—Treptow. Als von allgemeinem Interesse erwähnen wir noch, daß das Konsortium für jede ununterbrochene Fahrt innerhalb des jeweiligen städtischen Weichbildes und darüber hinaus bis zum Endpunkte der zu 1, 2 und 5 gedachter Linien, sowie bei den Linien zu 3 und 4 bis zu jedem Punkte des zweiten Vororts (von Tempelhof und Britz) nur ein Fahrgeld von 10 Pfennigen erheben darf. Ferner ist das Konsortium verpflichtet, eine Pensionskasse unter Zugrundelegung der in den Staats- und Reichsbetrieben geltenden Bestimmungen für seine Angestellten (Kutscher, Schaffner, Handwerker, Stall- und Hofleute sowie der Bureau-Angestellten u. s. w.) binnen sechs Monaten von der Vollziehung des Vertrages ab nach Maßgabe des mit dem Magistrat noch zu vereinbarenden Statuts einzurichten. Dem Konsortium soll es jedoch freistehen, einer anderen vom Magistrat zu genehmigenden Pensionskasse gleicher Art beizutreten.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuß zur einheitlichen Regelung des Submissionswesens hielt, wie schon kurz berichtet, am Mittwoch Abend seine erste Sitzung ab; eine zweite soll folgen, in welcher von den Magistratsvertretern, Stadtrath Namslau und Stadtbaurath Krause, die zur Zeit bestehenden Normativbestimmungen, das Submissionswesen betreffend, für alle städtischen Verwaltungen vorgelegt werden sollen. Im Prinzip erklärte sich der Ausschuß mit dem Entwurf des Magistrats einverstanden, wodurch für alle auf dem Wege der Submission sowohl wie freihändig zu vergebenden städtischen Arbeiten generelle Vorschriften geschaffen werden. Der Entwurf lautet:

I. Leistungen und Lieferungen sind in der Regel öffentlich auszuschreiben.

II. Mit Ausschluß der Oeffentlichkeit zu engerer Bewerbung können ausgeschrieben werden:
   a) Leistungen und Lieferungen, welche nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern in geeigneter Weise ausführt;
   b) Leistungen und Lieferungen, bezüglich deren in einer abgehaltenen öffentlichen Ausschreibung ein geeignetes Ergebniß nicht erzielt worden ist.

III. Unter Ausschluß jeder Ausschreibung kann die Vergebung erfolgen:
   a) bei Gegenständen, welche sich ihrer Natur nach für ein Submissionsverfahren überhaupt nicht eignen, insbesondere bei solchen, deren Beschaffenheit und Güte sich nach bestimmten Merkmalen nicht bezeichnen und kontrolliren läßt, wie Butter, Wein ꝛc.;
   b) bei Einzelanschaffungen von geringerem Werthe;
   c) bei Dringlichkeit des Bedarfs;
   d) bei Leistungen und Lieferungen, deren Ausführung besondere Kunstfertigkeit erfordert;
   e) bei Nachbestellung von Materialien zur Ergänzung des für einen bestimmten Zweck ausgeschriebenen Gesammtbedarfs, sofern kein höherer Preis vereinbart wird, als für die Hauptlieferung.

Einigkeit herrschte im allgemeinen auch darüber, daß den einzelnen Verwaltungskörpern möglichst freie Hand gelassen werden solle bei der Vergebung von Arbeiten; es dürfe nicht zu sehr schablonisirt werden. Diese Anschauung vertrat besonders warm Stadtv. Hammerstein. Auch habe sich die Praxis sehr gut bewährt, nicht immer den Submittenten, die die niedrigste Offerte eingereicht, den Zuschlag zu ertheilen. Stadtv. Goldschmidt wünscht überhaupt, daß auf die Arbeiter hierbei Rücksicht genommen werde, da ja die niedrigen Offerten nur möglich seien bei niedrigen Arbeitslöhnen und sonstigen schlechten Arbeitsbedingungen. Es müsse darum in die Normativbestimmungen ein Passus hinein, der besagt, daß bei allen zu vergebenden städtischen Arbeiten nur solche Arbeitgeber zu berücksichtigen sind, die ihre Arbeiter zu den in der betr. Branche ortsüblichen Arbeitsbedingungen beschäftigen; ferner sollten solche Unternehmer von allen Submissionen ꝛc. ausgeschlossen werden, die in Gefängnissen arbeiten lassen. Dem wurde widersprochen, da die Stadtverordneten-Versammlung derartige bereits von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Anträge wiederholt abgelehnt habe. Stadtverordneter Dupont gab seiner Verwunderung Ausdruck über eine derartige Anschauung. Seine Fraktion werde sich nicht abhalten lassen, Anträge, die sie für nothwendig erachte, jederzeit wieder einzubringen. Aber diesmal sei es ja garnicht ein Sozialdemokrat, der Verbesserungen, die den Arbeitern zu gute kommen sollen, vorgeschlagen habe, und sei darum die „Angst vor dem Sozialismus" doppelt verwunderlich. Es sei sehr angebracht, bei der Gelegenheit auch die Frage zu ventiliren: wie sich die städtische Vertretung zu den Ausbeutungsgelüsten des einzelnen Unternehmers stelle? Es habe das mit Sozialismus oder Sozialdemokratie garnichts zu thun, es solle nur den Vereinbarungen (offiziellen oder stillschweigenden), die zwischen Unternehmern und koalirten Arbeitern getroffen worden sind, Anerkennung und Achtung städtischerseits verschafft werden. Er werde deshalb mit seinen Fraktionsgenossen Wernau für die Resolution Goldschmidt stimmen. Die Abstimmung (event. noch weitere Diskussion) über diese Resolution wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, da auch in bezug auf das Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz Aenderungen an den bestehenden Normativbestimmungen vorzunehmen sind.

Der Magistrat hat den jährlichen Zuschuß der Stadtgemeinde für die Humboldt-Akademie von 1000 M. auf 1500 M. erhöht, ingleichen sind die Beiträge für den Krippenverein auf 1000 M. und für den Verein für häusliche Gesundheitspflege auf 4000 M. erhöht worden. Dem Arbeitsnachweis ist vom Magistrat außer dem bereits bewilligten Beitrag von 5000 M. noch ein einmaliger von 3000 M. gewährt worden. Zur Errichtung eines Völkerschlachten-Denkmals in Leipzig soll dem deutschen Patriotenbund 3000 M. gezahlt werden. —

Der Kaiser hat folgende Brücken- und Straßenbenennungen genehmigt: Der im Zuge der Viktoriastraße neu erbauten Brücke über den Landwehrkanal den Namen „Viktoria-Brücke", der Straße 14a der Abtheilung II des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins den Namen „Geibelstraße", der Straße 19 derselben Abtheilung „Züllichauerstraße", der Straße 20 derselben Abtheilung den Namen „Golßenerstraße", der Straße 22 derselben Abtheilung den Namen „Schwiebuserstraße", der Straße 37 derselben Abtheilung „Prinz August von Württemberg Straße", der Straße 31 der Abtheilung VI des Bebauungsplanes den Namen „Berlichingenstraße", der Straße 68a der Abtheilung X² des Bebauungsplanes den Namen „Gothenburgerstraße", der Straße 41b der Abtheilung XIII² des Bebauungsplans, der Straße 41c derselben Abtheilung der Straße 42a derselben Abtheilung den Namen „Heidefeldstraße", der Straße 43a derselben Abtheilung den Namen „Eibingerstraße", der Straße 44b derselben Abtheilung den Namen „Matternstraße", der Straße 46a derselben Abtheilung den Namen „Richthofenstraße", der Straße 47b derselben Abtheilung den Namen „Löwestraße", der Straße 35 der Abtheilung XV des Bebauungsplanes den Namen „An der Bartholomäuskirche", der Verlängerung der Schwartzkopffstraße von der Pflugstraße bis zum Gebäude der Stettiner Eisenbahn den Namen „Schwartzkopffstraße" und der Verlängerung der Schwartzkopffstraße unter den Geleisen der Stettiner Eisenbahn auf die Gartenstraße führenden Fußgänger-Tunnel den Namen „Stettiner Tunnel".

Das Gehalt des Lehrpersonals an der Taubstummenanstalt in Nummelsburg hat das Magistratskollegium dahin festgestellt, daß die Lehrer und Erzieher das Grundgehalt und die Alterszulagen der Gemeindelehrer von gleichem Dienstalter erhalten sollen, außerdem aber noch 300 M. Funktionszulage, Emolumente, Wohnung u. s. w. wie früher; es werden aber nicht wie früher der Wert vom baaren Einkommen die 300 M. abgezogen. Die Hilfslehrer behalten dasselbe Gehalt, 900 M. und die Emolumente. Die bei dem Waisendepot beschäftigten beiden Lehrerinnen erhalten das Grundgehalt und die Alterszulagen wie die Gemeindelehrerinnen von gleichem Dienstalter und die Emolumente wie früher. Das Gehalt des Direktors der Taubstummenschule ist bis auf weiteres auf 4000 M., das des Direktors der Blindenschule um 200 M. höher, auf 5000 M. festgesetzt.

An stelle des Direktors Dr. Michaelis, welcher nach der 1. Realschule versetzt worden, ist der bisher am Andreasgymnasium amtirende Professor Dr. Müllenhof zum Direktor der 7. Realschule vom Magistrat gewählt worden.

Der Bezirksausschuß in der Hilfsarbeiterfrage. Eine wohl rechtanfechtbare Entscheidung hat der Bezirksausschuß von Berlin in Sachen der Bureau-Hilfsarbeiter des hiesigen Magistrats gefällt. Der Vorsitzende der Vereinigung von Hilfsarbeitern, welche sich Ortsverein der Gemeindebeamten zu Berlin nennt, der Bureau-Hilfsarbeiter Korbach hatte die Stadtgemeinde Berlin beim Bezirks-Ausschuß auf Gewährung der Steuerprivilegien verklagt, indem er als Gemeindebeamter angesehen und als solcher nur mit der Hälfte seines Einkommens zur Steuer herangezogen sein wollte. Er ist mit seinem Antrage abgewiesen worden. Herr Korbach ist im Herbst 1891 als Bureau-Hilfsarbeiter zur vorübergehenden, aushilfsweisen und jeder Zeit lösbaren Beschäftigung ohne Recht auf dereinstige Anstellung angenommen und bis jetzt beschäftigt worden. Bezugnehmend auf den Fall Malitz glaubte er durch seine ununterbrochene Beschäftigung die Eigenschaft eines Gemeindebeamten erworben zu haben. Dagegen hat der Bezirksausschuß ausgeführt, daß sich eine Anstellung als Gemeindebeamter niemals ohne oder gar wider den Willen der Behörde vollziehen könne. Sei ein Dienstverhältniß bei seinem Beginne, wie das hier unstreitig der Fall, ausdrücklich nur als ein vorübergehendes, jeden Augenblick von beiden Theilen lösbares, eingegangen, so sei der bloße Zeitablauf für sich allein nicht danach angethan, die Natur dieses Verhältnisses zu ändern. Bei einer Verwaltung von dem Umfange der Gemeindeverwaltung Berlin könne auch dauernd ein Bedürfniß obwalten und sich in verschiedenen Zweigen geltend machen, vorübergehende Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und dafür Kräfte in Bereitschaft zu halten. Hoffentlich beruhigt der Kläger sich nicht bei dieser Entscheidung.

Lokales.

Gesellige Vereine haben wiederholt die „Lokalliste" der Arbeiter einfach ignorirt. Abermals sind wir gezwungen, darauf hinzuweisen, daß in nächster Zeit die Rauchklubs „Columbus" und „Wedding", der erstere im Etablissement „Eiskeller", Chausseestr. 88, der letztere im Lokale von Sachon, Müllerstr. 136, ihre Maskenbälle abhalten werden. Beide Lokale werden zu Arbeiterversammlungen **nicht** hergegeben. Im Anschluß hieran sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Beschwerden, Anfragen ꝛc., die Lokalliste betreffend, an Oscar Mahle, Berlin S., Prinzenstraße 8, zu richten sind.

Achtung, Parteigenossinnen und Genossen des 4. Wahlkreises, Osten. Am Sonntag, den 30. Januar, abends 6½ Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Keller, Koppenstraße 29, statt. Referentin ist Genossin Anna Mesch. Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein. Siehe Annonce in der Sonntagsnummer. Die Vertrauensperson.

Ist über die Georgenkirchstraße der Belagerungszustand verhängt? Ein Leser theilt uns folgendes mit: Am Donnerstag Abend gegen 6 Uhr führte mich mein Weg zufällig durch die Georgenkirchstraße. Es fiel mir auf, daß am Eingange eines Schanklokals zwei Schutzleute standen, welche den ein- und ausgehenden Gästen ihre gespannteste Aufmerksamkeit zuwandten. Ein dritter Schutzmann stand vor der Thür des Nebenhauses. In der Meinung, daß die Hüter des Gesetzes vielleicht eben im Begriff stünden, irgend einen zur Zeit noch nicht aufgefundenen Verbrecher abzufassen, stellte ich mich in die Thürnische eines gegenüberliegenden Hauses auf, um das seltene Glück zu genießen, Augenzeuge einer wirklich nützlichen Polizeithat zu sein. Aber der ruhige Bürger denkt und die schneidige Polizei lenkt. Kaum hatte ich meinen Standort eingenommen, da kam einer der Beamten auf mich zu und forderte mich kategorisch auf, weiterzugehen. „Warum?" fragte ich. „Das Stehen ist hier verboten!" lautete die Antwort. „Hier, innerhalb der Thürnische? Aber weshalb denn?" „Wegen des Streiks",

antwortete der Schutzmann. Streik? Ja richtig, jetzt fiel mir ein, gelesen zu haben, daß die Arbeiter der Schuhfabrik von Teschner u. Lüderitz seit einiger Zeit ausgesperrt sind, und ich wurde gewahr, daß ich mich dem Fabrikgrundstück gegenüber befand. Also nicht um einen Verbrecher abzufangen, sondern wegen des Streiks waren die Schutzleute hier postirt. Da der Beamte mit Sistirung drohte, falls ich mich nicht sofort entferne, und meinen Einwand, daß ich mit dem Streik nichts zu thun habe, nicht beachtete, so verließ ich, um Weiterungen zu vermeiden, meinen Platz. Ich hätte nun, da in letzter Zeit von gewisser Seite so viel vom Terrorismus der Streikenden die Rede war, gern einmal mit eigenen Augen gesehen, welch schwarze Anschläge die streikenden Schuhmacher im Schilde führen, die zu verhüten die Schutzleute hierher beordert waren, und ging deshalb auf der dem Fabrikgrundstück gegenüber liegenden Straßenseite auf und ab. Jedoch konnte ich trotz aufmerksamer Beobachtung nach dieser Richtung hin nicht das geringste wahrnehmen. Dagegen bemerkte ich, daß laut lärmende Kindergruppen, da gerade Kaisersgeburtstag war, mit Anzünden von Feuerwerkskörpern, die sie in die Höhe warfen, ein nicht ungefährliches Spiel trieben. Die übermüthigen Knaben auf das gefährliche ihres Treibens aufmerksam zu machen, schien jedoch nicht Sache der Polizeibeamten zu sein; dagegen müssen sie wohl meine Anwesenheit in der Georgenkirchstraße als eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen haben, denn nachdem ich einige Mal zwischen den beiden nächsten Straßenkreuzungen hin und her gegangen war, kamen zwei Beamte auf mich los, bedeuteten mir, daß das Patrouilliren hier verboten sei und daß sie mich unweigerlich mitnehmen würden, wenn ich mich jetzt nochmal sehen ließe. Nun, ich hatte an jenem Abend noch etwas besseres zu thun, als mir das Innere einer Polizeiwache oder einer Sistirungszelle oder vielleicht gar des grünen Wagens anzusehen, und so zog ich es vor, das Feld, auf dem gegenwärtig der Schutzmann unumschränkt herrscht, zu räumen, auf dem Heimwege über die Bewegungs-„freiheit", die dem unbescholtenen Berliner Bürger innerhalb der Mauern seines Wohnortes zusteht, nachdenkend. —

Augenscheinlich folgen die Beamten bei ihrem Vorgehen gegen Passanten der Georgenkirchstraße höherer Weisung. Eine solche ist aber in keiner Weise gerechtfertigt. Will die Polizei vor der vom Streik betroffenen Fabrik Posten ausstellen, die etwaige Ausschreitungen verhindern sollen, so mag sie es thun. Wer giebt ihr aber das Recht, ruhig des Weges gehende Leute, die niemanden hindern, zu vertreiben? Auch streikende Arbeiter haben, falls sie den Verkehr nicht hindern und andere nicht belästigen, so gut wie jeder andere das Recht, spazieren zu gehen, wo sie wollen. Wie uns mitgetheilt wird, giebt es unter den ausständigen Arbeitern der Lüderitz'schen Fabrik kaum einen, der nicht schon aus ähnlichem Anlaß, wie der Einsender obiger Zuschrift, sistirt worden wäre. Wenn etwas zu bewundern ist, dann ist es die Ruhe und Besonnenheit der Arbeiter, die trotz alledem sich nicht zu Ausschreitungen hinreißen lassen.

Was einem anständigen Mädchen in Berlin passiren kann. Dieses neuerdings oft erörterte Thema ist in den letzten Tagen um einen traurigen Beitrag bereichert worden. Ein in einem Weingeschäft im Zentrum der Stadt als Geschäftsführerin angestelltes Fräulein S. ist in ihrem Beruf ständig bis zur späten Abendstunde beschäftigt. Als sie am Freitag voriger Woche nachts 12 Uhr ihrem Prinzipal die Kasse übergeben und dann den Heimweg nach ihrer in der Fischerstraße belegenen Wohnung angetreten hatte, verspürte sie heftigen Hunger. Die Dame ist magenleidend und daher zu besonderer Diät verpflichtet. Sie ging in die am Köllnischen Fischmarkt belegene Zentrale der Gebrüder Aschinger und verzehrte dort ein paar Brödchen, sowie zwei Gläschen Bier. Neben dem Tische, an welchem sie Platz genommen hatte, saßen fünf offenbar etwas angetrunkene Herren, die zuerst mit der Dame erfolglos ein Gespräch anzuknüpfen suchten und daraufhin allerhand Redensarten zweideutiger Natur führten. Zu diesen Leuten gesellte sich zeitweilig der Geschäftsführer des Lokals; der Umstand, daß die Dame in unmittelbarer Nähe der Angetrunkenen ihren Platz hatte, mochte in dem Angestellten den Glauben erweckt haben, daß sie zu der Gesellschaft gehöre. Als der Geschäftsführer aber bald gewahr wurde, daß die Dame in keinerlei Beziehung zu den Gästen stand, schlich er sich von hinten an sie heran und zog ihr plötzlich den Stuhl, auf welchem sie saß, fort, sodaß sie zur Erde niederfallen mußte. Bevor Fräulein S. sich von ihrer Bestürzung erholt hatte, war sie dann vom Geschäftsführer beim Arm gepackt und zur Thür hinausgeworfen worden. Der empörende Vorgang erregte unter dem anwesenden Publikum natürlich lebhaftes Aufsehen; einige Gäste standen auf und stellten sich der auf der Straße vor Schmerz und Scham laut weinenden Dame als Zeugen zur Verfügung. Einer dieser Herren unternahm es, einen Schutzmann aufzusuchen, den er vor dem Gebäude der städtischen Sparkasse auffand. Nach einigen Einwendungen erklärte der Beamte sich auch bereit, das Lokal zu betreten, und die Zeugen des Vorganges kehrten mit der Dame in die Restauration zurück. Dieser Feststellungsversuch verlief nun recht merkwürdig. Der Aufforderung, seinen Namen zu nennen, begegnete der Geschäftsführer mit den Worten: Mein Name ist Meier und das übrige geht Sie garnichts an." Dann erkühnte er sich, an den Schutzmann das Ersuchen zu richten, nunmehr ebenfalls den Namen der von ihm mißhandelten Dame festzustellen. Diese mußte auch wirklich dem Beamten auf die Wache folgen, wo sie nach Aufnahme ihrer Personalien allerdings sofort wieder entlassen wurde.

Es sei bemerkt, daß der Geschäftsführer seine brutale Handlungsweise mit einer Geschäftsinstruktion zu begründen suchte, wonach weiblichen Personen, welche ohne Herrenbegleitung das Lokal betreten, nichts mehr verabfolgt werden darf. Die mißhandelte Dame hatte mehrere Tage an den Folgen der rohen That zu leiden; noch heute zeigt der rechte Arm, an welchem sie von dem Geschäftsführer gepackt worden ist, blaugraue Flecke. Die Angelegenheit dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Vorstand der Berliner Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft hat an ihre Kunden ein Rundschreiben ergehen lassen, daß sie die Gepflogenheit, wonach sie auf Verlangen die an sie eingehenden geschlossenen Briefe nach Vororten offen bestellt oder an eine Berliner Adresse abliefert, nicht mehr üben wird. Die Gesellschaft wird vom 1. Februar ab alle ihr übermittelten geschlossenen Briefe nach den Vororten an die Absender zurückgehen lassen, also nicht mehr befördern. Diese Maßregel wird namentlich durch den stark angewachsenen Briefverkehr bei der Packetfahrt-Gesellschaft erklärt. Aber es war auch durch diese durch das Postregal bedingte Behandlung geschlossener Briefe nach den Vororten bei der verzwickten Eintheilung der Postreviere vorgekommen, daß von zwei durch denselben Absender an verschiedene Adressaten aufgegebenen Briefen der eine, weil geschlossen, als unbestellbar zurückging, während der andere prompt befördert wurde. Thatsächlich sind der Gesellschaft hierüber viele Beschwerden zugegangen.

Der Fernsprechverkehr mit Gablonz, Reichenberg und Karlsbad wird am 1. Februar eröffnet. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt im Sprechverkehr mit Gablonz und Reichenberg je 2 M. und mit Karlsbad 3 M.

Sittenpolizeiliches. Auf eine Eingabe des Vereins „Jugendschutz" hat der Polizeipräsident geantwortet, daß er keine „Polizeimatronen" und Aerztinnen anstellen werde. Der Polizeipräsident hat aber, wie er in der Antwort weiter mittheilt, aus dem Falle Köppen heraus Veranlassung genommen, „sämmtliche Reviere strengstens anzuweisen, daß sie alle weiblichen, nicht unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Personen, welche auf die Denunziation einer Privatperson wegen angeblicher Gewerbsunzucht zur Wache sistirt werden müssen, unter allen Umständen nach Aufnahme einer Verhandlung sofort wieder entlassen und dieselben niemals zum Polizei-Dienstgebäude einliefern." Wenn aber ein Polizist ein Mädchen zu unrecht verhaftet? Ist der Polizeipräsident so sicher, daß Vorkommnisse, wie sie in der Kölner Gerichtsverhandlung gegen den Schutzmann Kiefer zur Sprache kommen, in Berlin unmöglich sind?

Ein neues Zirkus-Unternehmen wird, wie eine Lokalkorrespondenz erfährt, für Berlin geplant. Der Zirkusdirektor Casper, der Leiter des Arena-Zirkus in Kopenhagen und des Zirkus Casper in Stockholm, beabsichtigt, im Verein mit Berliner Sportsleuten und Geldmännern einen Zirkus großen Stils in der Reichshauptstadt zu errichten.

Das Gedränge bei der geschäftspatriotischen Festbeleuchtung hat am Donnerstag Abend mehrere Unfälle im Gefolge gehabt. In der Museumstraße wurde die 17 Jahre alte Maurerstochter Gertrud Busse besinnungslos aufgefunden. Sie war von einer Droschke überfahren worden und hatte mehrere Rippenbrüche und einen Unterschenkelbruch erlitten. Die Schwerverletzte wurde von einem Schutzmann in ein Krankenhaus gebracht. In der Behrenstraße gerieth eine 26 Jahre alte Frau Lüdike unter eine Droschke; sie wurde mit einer Beinverletzung nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße gebracht. Hier erhielt auch der 29 Jahre alte Kaufmann Arnold Haase aus der Kronenstr. 72, der von der elektrischen Straßenbahn angefahren worden war, die erste Hilfe; er mußte aber dann, da er bedeutende Quetschungen am Unterleibe erlitten hatte, einem Krankenhause übergeben worden.

Der Fabrikant Dr. Leo Knopf hatte noch mehr Ursache, als man bisher schon wußte, Berlin den Rücken zu wenden. Wegen eines Verbrechens war er bereits am 11. d. M. abgeurtheilt worden. Bei einem jungen Mädchen, das ihm zum Opfer gefallen war, hatte er die Folgen zu beseitigen gewußt, und sich dafür nach § 218 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Die bei verschlossenen Thüren geführte Verhandlung endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einem Jahre Zuchthaus. Der Staatsanwalt beantragte auch die sofortige Verhaftung des Verurtheilten, das Gericht beließ ihn aber gegen eine hohe Kaution auf freiem Fuße. Schon am folgenden Tage verschwand Dr. Knopf aus Berlin und bereits in den nächsten Tagen sandte er von außerhalb seinem Vater eine schriftliche Vollmacht, über das Geschäft, das dem Sohne eigenthümlich gehörte, nach Gutdünken zu verfügen. Der Flüchtige ist in Amerika geboren und auch amerikanischer Staatsbürger. Erst seit einigen Jahren war er in Deutschland ansässig. Ob der „Doktor" amerikanischen oder deutschen Ursprungs ist, entzieht sich unserer Kenntniß.

Arbeiterrisiko. Bei dem Abbruch eines Kellergewölbes in der Köpnickerstr. 162 verunglückte der Arbeiter Franz Süse aus der Fliederstr. 11 dadurch, daß ihm ein Stück Mauerwerk das linke Schienbein durchschlug. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation 8 gebracht.

Durch einen Schuß wurden vorgestern Nachmittag gegen 2 Uhr die Bewohner des Hauses Prinz Eugenstr. 18 erschreckt; als sie, der Detonation nachgehend, auf den Treppenflur des vierten Stocks anlangten, fanden sie daselbst einen Mann in seinem Blute auf dem Fußboden liegen. Die sofort benachrichtigte Polizei entsandte zwei Beamte, welche den durch einen Schuß in die rechte Schläfe schwer verletzten Lebensmüden, bei dem man einen Revolver großen Kalibers und mehrere Patronen fand, mit einer Droschke in ein Krankenhaus brachten, woselbst er um 5½ Uhr starb. Der Selbstmörder war der 37 Jahre alte Tischler Max König, der früher in der Wiesenstraße wohnte. Er war seit 12 Jahren mit seiner jetzt 33 Jahre alten Frau verheirathet und hatte zwei Söhne im Alter von 11 und 9 Jahren. Früher ein sehr geschickter Arbeiter, war er seit einigen Jahren geistesgestört und schon wiederholt in Anstalten. Am 2. d. M., während seine Frau bei Bekannten in der Liebenwalderstraße und die beiden Knaben bei einer Tante in der Prinz Eugenstr. 18 waren, schaffte König die ganze Wohnungseinrichtung, die 700 M. gekostet hatte, weg und verkaufte sie für 150 M. an einen Händler. Einen großen Theil des Geldes brachte er durch, theils in Berlin, theils in Hamburg. Von dort kehrte er vor einigen Tagen hierher zurück und fand Arbeit in der Krautstraße. Die Frau war unterdessen mit den beiden Kindern nach der Liebenwalderstraße 26 gezogen. Bekannten gegenüber bedauerte König wiederholt den Verkauf seiner Sachen und das Zerwürfniß mit seiner Familie. Eine Wohnung hatte er noch nicht wieder gemiethet. Gestern Nachmittag begab er sich vor die Wohnung seiner Schwägerin in der Prinz Eugenstraße 18, bei der er wohl seine Frau vermuthete. Er klingelte gar nicht erst, sondern jagte sich sofort eine Kugel in die Schläfe. Frau König ist gegen den Händler auf Herausgabe der Wohnungseinrichtung klagbar geworden und hat sich zu dem Zweck die Geisteskrankheit ihres Mannes ärztlich bescheinigen lassen.

Eine blutige Schlägerei gab es gestern Morgen um 8 Uhr in einer Schankwirthschaft in der Markgrafenstr. 19 und auf der Straße vor diesem Hause. Aus einer Gesellschaft von Zuhältern trieb einer einem andern Gaste den Cylinder ein. Darüber geriethen die Zuhälter, etwa 15 an der Zahl, an einander. Der Schläger erhielt für sein Benehmen, das die eine Partei nicht billigte, einen Faustthieb ins Gesicht und erwiderte diesen durch einen Schlag mit einem Bierseidel. Nun begann eine förmliche Schlacht mit allem, was nicht niet- und nagelfest war. Eine Partei wurde auf die Straße hinausgedrängt und suchte sich mit Stöcken den Eingang wiederzuerobern. Die Gegenpartei aber wehrte den Angriff mit Bierseideln, Weißbierkruken, abgebrochenen Tischbeinen und was sonst noch zur Hand war, kräftig ab. Nicht blos für die Belagerer, sondern auch für die Passanten war die Lage gefährlich, da die Gläser 2c. aus der Ladenthür nur so herausgeflogen kamen. Eine Frau wurde von einem Stuhl getroffen und am Unterschenkel verletzt. Mehrere Passanten griffen in den Kampf mit ein, indem sie die herausgeflogenen Sachen in den Laden zurückschleuderten. Nach einer Viertelstunde kamen von der Revierwache zwei Wachtmeister und acht Schutzmänner. Die ganze Rotte kam nun aus der Schankwirthschaft heraus und ein halbes Dutzend Männer fielen nun noch einmal über den her, der den Zylinder angetrieben hatte. Ehe die Polizeibeamten es verhindern konnten, schlug man auf seinem Schädel noch drei Stöcke und vier Regenschirme entzwei. Dann machte die Polizei dem Kampf ein Ende und führte fünf Mann auf die Wache ab.

Hand an sich gelegt hat die fechzig Jahre alte Wittwe Johanna König aus der Stromstraße. Die Frau war dem Alkohol sehr zugethan und auch vorgestern wieder schwer betrunken. Darüber machte ihr ein 24 Jahre alter Sohn, als er abends ausging, bittere Vorwürfe. Bei seiner Heimkehr fand der junge Mann seine Mutter todt auf dem Fußboden der Küche liegen. Die Zuckerschnur, mit der sie sich erhängt hatte, war gerissen.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 8 Uhr brannten Zossenerstraße 55 Betten, Möbel und Gardinen. Kurz darauf wurde die Wehr nach Tempelherrnstraße 16 gerufen, wo eine Partie Seegras und Säcke in Flammen aufging. Um 10 Uhr entstand Wiesenstraße 34 ein Dachstublbrand, der infolge gewaltiger Rauchentwickelung die Löscharbeiten sehr erschwerte. Die Mannschaften mußten mit Rauchhelmen und dem Feuerschutzanzuge ausgerüstet vordringen. Da das Feuer bereits große Ausdehnung erreicht hatte, mußten drei Rohre über eine Stunde Wasser geben, bevor es gedämpft war. Der größte Theil der Dachkonstruktion wurde zerstört. Freitag, nachmittags 5½ Uhr, erfolgte Alarm nach Noftizstraße 31. Hier war auf noch nicht aufgeklärte Weise eine Stubenthür auf der Innenseite vollständig angekohlt, während die Wohnungsinhaberin abwesend war. Brennbare Gegenstände wurden in der Nähe der verbrannten Thür nicht vorgefunden, so daß die Entstehungsursache räthselhaft erscheint.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Parteigenossen Charlottenburgs! Nach Beschluß des Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg findet eine Betheiligung an der Nachwahl im VI. Bezirk nicht statt.

Friedrichsberg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an der am Sonntag, den 30. d. Mts., stattfindenden Flugblattverbreitung zahlreich zu betheiligen; vor allem ergeht diese Aufforderung an die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins. Treffpunkt morgens 7½ Uhr im Lokal des Herrn Emil Heinike, Friedrich Karlstr. 11. Der Vertrauensmann.

Achtung! Spandau! Wie bereits bekannt gegeben, findet heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Pichelsdorfer Brauerei eine Volksversammlung statt, in der Genosse Bebel das Referat hält. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Ein Zweigverein der Berliner Rettungsgesellschaft soll nunmehr auch in Rixdorf gegründet werden. Zu diesem Zweck findet am Sonntag Mittag 12 Uhr im Deutschen Wirthshause, Bergstr. 137, eine öffentliche Versammlung statt.

Theater.

Schauspielhaus. Lauff's historisches Drama „Der Burggraf" wird nun auch dem Berliner Publikum bekannt. Das Schauspielhaus hat die Bekanntschaft, die wohl nur flüchtig sein wird, vermittelt. Für seine Dichtung hat Herr Lauff bereits so viel Spott erfahren, daß es wohlfeil wäre, noch mehr davon auf ihn zu häufen. Zum Dichten kann man eben nicht abkommandirt werden; man verfällt dabei leicht auf die papierne Sprache, von der auch an dieser Stelle einige köstliche Proben gegeben wurden, als das Stück seinerzeit gelegentlich der Hoffeste zu Wiesbaden aufgeführt wurde. Das Schlimmste wurde für Berlin ausgemerzt. Genug blieb stehen. Ueber das Gelegenheitsdrama, das den Zollerngrafen auf der Nürnberger Burg als den führenden Geist in der „schrecklichen kaiserlosen Zeit" vor der Wahl Rudolfs von Habsburg darstellen möchte, seien darum nicht viel Worte verloren. Mit Wildenbruch's Art läßt sich derlei nur zu unrecht vergleichen. Wildenbruch hat das echte Theaterblut. Er sieht Bühnenbilder. Er attakirt, er ist ein theatralischer Draufgänger. In Herrn Lauff's Drama verspürt man keinerlei sinnliche Kraft. Die Verse rasseln und klappern; nirgends wird man gespannt; nur manchmal kann man über die oder jene geschichtliche Naivetät lächeln; so, wenn die burgnero von Nürnberg, die Bürger Nürnbergs, gleichsam als Hörige des Burggrafen gezeichnet werden, od.. wenn gegen die frechen Czechen und gegen den czechischen Barbaren mit der niederen Stirn, den Ottokar von Böhmen, deklamirt wird. Ach, ein Czechenthum im gegenwärtigen Sinn gab es damals nicht, der Name war noch nicht einmal erfunden. Als Czechenfürst hat sich Ottokar gewiß nicht gefühlt, so wenig der Burggraf selber ein deutscher Nationalheld sein konnte. Ottokar, der durchaus nicht schlitzäugig, von enger Barbarenstirn war, sondern vielmehr die Anlagen zu einer bedeutenden Herren-Natur hatte, war höfisch-ritterlich erzogen, wie andere seinesgleichen auch. — Das fortreißende Pathos, das dem Stücke fehlt, suchten die Schauspieler Matkowsky und Molenar, Frl. Lindner und Frl. Poppe durch lauteste äußere Deklamation zu erzwingen. So viel Lärm und doch keine Bewegung; es war unerquicklich. —

— **Theater-Vorstellungen für Volksschüler.** Eine erfreuliche Kunde kommt aus Hamburg. In dieser Stadt besteht seit einiger Zeit eine „Lehrer-Vereinigung zur Pflege künstlerischer Bildung". Diese Vereinigung hat sich mit der Direktion des Hamburger Stadttheaters in Verbindung gesetzt und erreicht, daß ihr an den Mittwoch- und Sonnabend-Nachmittagen das Theater für die Schüler der Volksschul-Oberklassen zur Verfügung gestellt wird. An diesen Tagen sollen gute Theaterstücke zur Aufführung gelangen. Im ganzen handelt es sich um 8000 Kinder. Am letzten Mittwoch wurde der erste Versuch gemacht. Man gab „Wilhelm Tell", und 2000 Kinder waren im Theater anwesend. Die besten Plätze waren den Waisenkindern zugetheilt worden. Auf „Wilhelm Tell" sollen „Minna von Barnhelm" und die „Jungfrau von Orleans" folgen. Jedes Stück wird viermal hintereinander gegeben. Der Eintrittspreis für jedes Kind beträgt vorläufig noch 25 Pfennige, doch hofft man, daß durch Eingreifen der Stadtverwaltung der Besuch der Vorstellungen den Kindern völlig freigegeben werde. —

— **Philipp Langmann,** der Verfasser des „Bartel Turaser", hat von der Bauernfeld-Stiftung (Wien) eine Ehrengabe von 1000 Gulden erhalten. —

Versammlungen.

Herr Franz Westphal sendet uns ein Schreiben, in dem er angiebt, daß die im Versammlungsbericht der Holzbearbeitungsarbeiter in Nr. 304 des „Vorwärts" vom 30. Dezember v. J. enthaltenen Angaben der Wahrheit nicht entsprächen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstraße 160. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Korimm, Manteuffelstraße 80, v. 2 Tr. **Sonnabend,** abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Lurania, Landsberger Allee 156 bei Goebel. — Sanges-Echo, Naunynstraße 6, Restaurant Scholz. — Immergrün, Tegel, Spandauerstraße 13 bei C. Neutzer. — Glück zu, Badstr. 19, Witz' Salon. — Hand in Hand II, Friedrichsberg, Friedrich Karlstraße 11 bei Heinecke. — Frisch auf I, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 47 bei Lange. — Weiße Rose II, Weißensee, Straßburgerstr. 58 bei Sorrer. — Eintracht 2, Teltow, Zehlendorferstraße 6 bei Berg. — Sängerlust, Luckenwalde, Berlinerstraße 34 bei Schulze. — Einigkeit 2, Weberstraße 42 bei Lange. — Arbeiter-Gesangverein Luckenwalde (gemischter Chor), Luckenwalde, Buschstraße 10 bei Bäcker.

Arbeiter-Rauchverbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2 Hof. **Sonnabend:** Angler I, Zimmerstraße 89 bei Ruppert. — Havana II, Nowawes-Neuendorf, Lindenstraße 31 bei Thomas. — Glück Auf, Rüdersdorf-Kalkberge, Heinitzstr. 19 bei Grewe. — Kuba, Brandenburgstr. 54 bei Pönitz. — Volldampf, Werder a. H., Kugelweg 88 bei Martin. — Unverzagt, Koppenstr. 17 bei Lehmann. — Pappel, Buchholzerstr. 5 bei Dahmke. — Frisch gewagt, Memelerstr. 41 bei Häubler.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnverein Fichte, Berlin, abends von 8 bis 10 Uhr: 1. Männer-Abtheilung Friedenstr. 87. — 3. Männer-Abthl. Bockhstr. 21. — 2. Lehrlings-Abth. Stallschreiberstr. 54–56. — 4. Lehrlings-Abthl. Stephanstraße 3. — Freie Turnerschaft Johannisthal abends von 8—10 Uhr bei Herrn Genfleben.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend. Theaterverein Bohemia, Veteranenstraße 18 bei Schulz. — Bühnenverband Normania, jeden letzten Sonnabend im Monat Gr. Frankfurterstraße 116 bei Höhne. — Vergnügungsverein Helgoland II, jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat Lübbenerstr. 8 bei Lehmann. — Skatklub Fortuna, Huttenstr. 1 bei Krahar. — Rauchklub Dornröschen, Fennstraße 3 bei Krüger. — Theaterverein Nordstern, Tunckerstr. 30 bei Sauls. — Privat-Theatergesellschaft Alpenrose, Badstr. 35–36, Restaurant Marienbad. — Vereinigung der Turnfreunde, von 8½ bis 10½ Uhr abends, Demminerstr. 56–57. — Turnverein Osten, Turnhalle Blumenstr. 63a, von 8½—10 Uhr abends Männer-Abtheilung. — Zitherklub Erika, Hessische- und Hannoverschestraße-Ecke im Restaurant Müller. — Theaterverein Othello I, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Skatklub 1 Hurrah, Lübbenerstr. 23 bei Schneider. — Theaterverein Thalia, Kurfürstenplatz 9 bei Pause. — Kegelklub Kalte Neune, Holzmarktstr. 72 (Königstadt-Kasino).

Bildungsverein „Mehr Licht", Bibliothekstunde von 9 bis 10 Uhr abends, Mollerstr. 12 bei Gärtner.

Dansk Forening Freja, har Mödeaften hver Lördag Kl. 9, Kommandantenstrasse 77 (Neues Klubhaus).

Böhmisch-slawischer Bildungsverein Hawlitschek, Neuestr. 21, Restaurant „Zur neuen Post", heute Abend 9 Uhr Mitgliederversammlung.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Rue St. Honoré 314, Café du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd. W. London.

Verein Vorwärts, Johannisburg (Transvaal). Vereinslokal Progreß-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. Januar, vorm. 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Dr. Bölsche-Haase: „Julian Apostata, der zum Heidenthum zurückgetretene römische Kaiser". Gäste willkommen.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin III). Sonntag, den 30. Januar, vorm. 11 Uhr, im „Victoria-Garten", Badstr. 12: Mitgliederversammlung.

Heilverein Kuhe. Am Montag, den 31. Januar, abends 8½ Uhr: Oeffentlicher Vortrag über Rheumatismus und Gicht in Ahrens Brauerei, Moabit, Thurmstraße, Ecke der Stromstraße. Refer.: Frl. Kube.

Vermischtes vom Tage.

— Bei einem in der vorigen Woche abgehaltenen Gefechtsschießen des bayerischen 21. Infanterie-Regiments, das in Fürth in Garnison liegt, sind zwei Soldaten verunglückt. Da der Patronenauswerfer ihrer Gewehre versagte, so schoben sie eine Patrone nach. Die Schüsse entluden sich nun nach rückwärts und brachten den beiden Leuten schwere Verletzungen bei. —

— **Geistesgegenwart.** In Sachsenhausen verunglückte vor einigen Tagen ein Rangirmeister. Trotzdem ihm beide Beine abgefahren waren, hatte er noch soviel Kraft und Geistesgegenwart, sich aus dem Schienenbereiche zu schleppen und sich an die Böschung setzen zu können. Dort hat der Verunglückte, ehe nur Hilfe kam, mittels Taschentuch und Hosenträger das Blut abgebunden und sich so gerettet. —

— Zu der Bluthat in München — Ermordung eines Geheimpolizisten — wird in Münchener Blättern gemeldet, daß bei einem Wortwechsel ein Hilfskondukteur mit einem Messer erstochen worden ist. —

— Bei einer Güter-Zwangsversteigerung in Karlsbach (Bayern) wurde ein ein und einen halben Morgen großer Waldbestand um — 1 M. zugeschlagen. —

— Am Westrande der Insel Norderney sind neuerdings starke Erdsenkungen eingetreten. Die Kosten der Schutzbauten, die zur Erhaltung der Insel nothwendig sind, wurden auf 1 350 000 Mark veranschlagt. —

— Auf dem Bahnhofe in Nizza packte ein Wahnsinniger einen Reisenden und suchte ihn unter einen vorbeifahrenden Eisenbahnzug zu werfen, gerieth aber selbst unter die Räder und wurde zermalmt. —

— Madrid, 27. Januar. Eine Abordnung der Studirenden der Medizin verlangte heute von dem Direktor des Journals „Progreso" eine Berichtigung vom im Journal erschienenen sie betreffenden Artikeln. Auf die Weigerung des Direktors zertrümmerten die Studenten die Fensterscheiben in dem Gebäude der Zeitung. Es entstand ein heftiger Tumult; die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. —

— In Kalifornien lagern bei den Produzenten 135 Millionen Liter unverkaufter Wein. Die dortigen Winzer wollen jetzt den Versuch machen, diesen Wein nach Europa abzustoßen. —

Briefkasten der Redaktion.

G. F., Pankow. Es genügt ein gewöhnliches Uebereinkommen, mit Beglaubigung der Unterschrift durch die zuständige Polizei oder Ortsbehörde oder einen Notar.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 29. Januar 1898.

Vielfach heiter, zeitweise wolkig, zunächst kälter mit leichten Schneefällen und mäßigen nördlichen Winden.

Warenhaus A. Wertheim

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Sonnabend den 29. Januar.

Wischtücher
Reinleinen, gesäumt und gebändert
Grösse ca. 65 × 65 cm, Dtz. **2,85** Mk.

Handtuchstoffe
Gerstenkorn-Gewebe, weiss mit bunt. Rand
Breite ca. 50 cm, Meter **32** u. **50** Pf.

Servietten
Stern- und Blumenmuster
gesäumt, Grösse ca. 65 × 65 cm, Dtz. **4** Mk.

Todes-Anzeige.

Den Genossen des **3. Reichstags-Wahlkreises** zur Nachricht, daß der Genosse

Carl Nitschke,
Schleifer,

nach kurzem Krankenlager in 34. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Januar, nachm. 2½ Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem Friedhof der Simeons-Gemeinde statt. Ehre seinem Andenken.

Um rege Betheiligung bittet
240/4 **Die Vertrauensperson.**

3. Wahlverein.
Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 25. Januar, verschied nach kurzem Leiden das Mitglied, der Schleifer

Karl Nitschke

im Alter von 34 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 2½ Uhr, vom Krankenhaus Am Urban nach dem Friedhof der Simeonsgemeinde statt.

Ehre seinem Andenken!

Um zahlreiche Betheiligung ersucht
213/2 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 25. Januar starb unser Mitglied der Schleifer

Carl Nitschke

im Alter von 34 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. M., nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban nach dem Kirchhof der Simeon-Gemeinde in Rixdorf, Mariendorfer Weg statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht
110/8 **Die Ortsverwaltung.**

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13,** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Am Donnerstag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden eines unserer ältesten Mitglieder, der Bildhauer

Carl Grupe

im 42. Lebensjahre. Ein ehrendes dauerndes Andenken bewahrt ihm die Verwaltungsstelle Berlin.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser Wilhelm-Gedächtniß-Kirchhofes, Wesend, Fürstenbrunner Weg, aus statt.

Um rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.

Kranken- und Begräbnißkasse d. Berl. Gürtler u. Bronzeure (E. H. 60).

Die Beerdigung des am 24. d. M. verstorbenen Mitgliedes [56b

Carl Nitschke

findet am Sonntag, 30. d. M., nachm. 2½ Uhr, vom Krankenhause Am Urban aus statt. Um rege Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tante [51b

Johanna Emmerich,
geb. Käding

nach kurzem, aber schwerem Leiden am 27. d. M. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 30., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Lichtenberg, Weitzenseerweg 22/23, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 24. d. M. verschied nach langjährigen, schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwägerin u. Tante **Charlotte Bischoff,** geb. Tölcke. Die Beerdigung findet von der Leichenhalle d. St. Gethsemane-Kirchhofes Sonntag nachm. 4 Uhr statt. Um stilles Beileid bitten [44b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Den Mitgliedern der 265/3
Freien Vereinigung selbständ. Barbiere, Friseure und Perrückenmacher
zur Nachricht, daß das Mitglied

Emil Saalmann

am 27. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes aus in der Barfusstraße statt.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".

Heut Abend 9 Uhr: 11/2
Großer Wiener Masken-Ball
im „Engl. Garten", Alexanderstr. 27c.

Morgen, Sonntag: Katerbummel zu „Freund", Pichelswerder. Bei günstigem Wetter Abf. per Rad 2 Uhr Brandenburger Thor, bei feuchtem Wetter Abfahrt mit dem großen Bruder 2,20 vom Lehrter Bahnhof bis Spandau.

Meine **Tischlerei** (10 Hobelbänke, vollständ. Werkzeug) will ich an einen Nachfolger sofort verkaufen [52b
W. Jahncke, Charlottenburg, Kantstr. 132, am Savigny-Bahnhof.

Frauen-Begräbnisskasse der Schriftgiesser-Gehilfen zu Berlin.

Mittwoch, den 16. Febr., ab. 6½ Uhr, bei **Zimmermann,** Wilhelmstr. 2:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht und Jahresabrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. 38b

Der Vorstand. J. A.: R. Jost.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Betten, Steppd., Gard., Regulatoren, Remont.-Uhren, Reisekoffer, Winter-Paletots, Anzüge, spottbillig **Pfandleihe Neanderstr. 6.** *

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel 4053U*
Oranienstr. 73.

Maskengarderobe
von **Otto Runge**
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075 empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Gr. Lager von Karneval-Aufzügen.

Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen
à **Mk. 0,60, 1,10 u. 1,80.**
Wie im Ausschank überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

C. Strauss' Bier-Lokal,
Berlin O., **Stralauer-Allee 17b,** Zahlstelle vom Wahlverein u. Metallarbeiter-Verband, 7, 4182. [22b

Hiermit nehme ich die gegen Frau Ww. Willun, Swinemünderstr. 5, gethane Aeußerung zurück u. erkläre dies. als Ehrenfrau. Specht, Schwedterstr. 230.

Gr. Vereinszimmer **Dienstag, Mittwoch** u. **Donnerstag** frei, mit u. ohne Piano. 34b Reichenbergerstr. 24, **Kieburg.**

Ein seit 5 Jahren bestehend Zigarren-Geschäft ist sof. besond. Umst. halb bill. z. verkauf. Streng reell. Existenz. Zu erfr. b. Gleinert, Müllerstr. 7a pt. [49b

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen. Näheres beim Verwalter. [4066U*

Schlafst., möbl., sep., f. H. Claus, Elisabeth-Ufer 43, H. 2 Tr. 37b

Saubere bill. Schlafstelle f. Herren Oranienstr. 187, v. IV., Ww. Ehlert.

Schlafstelle für zwei Herren Dresdenerstr. 76, Hof IV r., bei Knorr.

Eine Schlafstelle ist zu vermiethen bei Walter, Langestr. 3, IV. [55b

Freundliche Schlafstelle, C. Schmidt, Schleiermacherstr. 14. [50b

Möblirte Schlafstelle, sep., f. Herren, Alexandrinenstr. 74, v. 4 Tr. b. Fuchs.

Berliner Stadtbrauerei,
Berlin N., Belforterstrasse 4. **Telephon: Amt III. 8884.**

Wir bringen am **Sonnabend,** den **29. Januar,** unser aus bestem **Malz** und **Ia. Saazer Hopfen** kräftig eingebrautes, vorzügliches

Bockbier

zum Ausstoss.

Gleichzeitig empfehlen wir den Herren Restaurateuren und Gastwirthen unser hervorragendes und wegen seiner Qualität allseitig beliebtes **goldfarbiges Lagerbier,** sowie unser **Pilsener Bier,** dem echten Pilsener durchaus gleichwerthig.

Kein Flaschen- und Siphon-Verkauf.

Hochachtungsvoll
Paul d'Heureuse & Co.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobsen** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Volkswirthschaftliche Rundschau.

Die Arbeiter in den preußischen Staatsbetrieben.

Angesichts der preußischen Landtagswahlen ist es von besonderem Interesse, über die Zahl, das Einkommen, die Arbeitszeiten der in den Staatsbetrieben Beschäftigten das zerstreute Thatsachenmaterial zu sammeln und zu sichten. Außer den Ziffern und Erläuterungen im Etat legen sowohl die Bergwerks- wie die Eisenbahnverwaltung regelmäßig noch besondere Denkschriften über ihr Ressort vor, die auch über die Arbeitsverhältnisse mancherlei Aufschlüsse geben, wenn sie auch vieles zu wünschen übrig lassen. Augenblicklich sind dem Abgeordnetenhause zugegangen: der Staatshaushalt für das Jahr vom 1. April 1898/99 nebst Anlagen — der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der preußischen Staatseinnahmen im Betriebsjahre 1896/97 (Drucks. Nr. 5) — die Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1896/97 (Drucks. Nr. 7).

Wir ziehen zunächst in betracht:

Die Zahl und die Kategorien der beschäftigten Arbeiter.

Die kürzlich erwähnte Denkschrift über die Betriebssicherheit nimmt an, daß **1897/98** im Staatsbahnbereiche voraussichtlich 324 800 Beamte und Arbeiter beschäftigt sein werden. Davon würde der innere Verwaltungsdienst (Bureau-, Wohnungs-, Kassenwesen) und 14 500 Arbeitskräfte beanspruchen, so daß neben 42 900 Werkstätten- und 63 400 Streckenarbeitern etwa 204 000 Beamte und Arbeiter als Betriebspersonal blieben.

Diese Ziffern sind offenbar nicht ohne weiteres vergleichbar mit den „Ergebnissen" von **1896/97.** Nach diesen hatte der Staat durchschnittlich 27 571 Kilometer, am Ende des Jahres 27 783 Kilometer Schienenwege im Betrieb und es betrug im Durchschnitt: die Gesammtzahl der bei der Staatseisenbahn-Verwaltung in sämmtlichen Dienstzweigen, auch beim Neubau beschäftigten Beamten (und Gehilfen im mittleren Dienste) 109 204 — die Gesammtzahl der beschäftigten Arbeiter, mit Einschluß der Bahnunterhaltung und des Werkstätten-Betriebes 188 262. Außerdem waren nach einer Anmerkung noch 3821 Arbeiter beim Bau neuer Bahnstrecken und bei extraordinär vorgesehenen Ergänzungs- und Erweiterungsbauten für den Staat thätig. „Etatsmäßig" angestellt waren von den Beamten 96 787, also 88,63 pCt. Der jetzige Etat sieht etwa 1 000 neue etatsmäßige Stellen vor, selbstverständlich zumeist unter entsprechender Verminderung der außeretatsmäßig angestellten Beamten. Dieser Schritt ist ganz außergewöhnlich und hängt wohl mit Wahlberechnungen zusammen.

Auf den Bergwerken, Hütten und Salinen des Staates wurden im Durchschnitt des Berichtsjahres 62 106 Mann einschließlich der Aufsichtsbeamten beschäftigt, welche sich auf die verschiedenen Betriebszweige in folgender Weise vertheilen:

	1896/97	1895/96	1894/95
Bergbau	56 880	53 662	51 755
Gewinnung von Steinen und Erden	929	962	934
Hüttenbetrieb	3 500	3 517	3 458
Salinenbetrieb	797	801	802
zusammen	62 106	58 942	57 009

Auch wies im letzten Jahre eine Verminderung der Arbeiterzahl eintrat, stieg zum theil die Menge der von ihnen geschaffenen Werthe, so bei den Salinen um 4,3 pCt., bei den Hütten sogar um 11,83 pCt. Nur bei der Steingewinnung ist der Werth der Produktion um 1,22 pCt. zurückgegangen, also immerhin in viel kleinerem Maße wie die Arbeiterzahl. Bei den Bergwerken stieg zwischen 1895/96 und 1896/97 der Ertrag um 11 Millionen Mark oder 10,77 pCt. Die Arbeiterziffer läßt sich hier nach dem Bericht noch näher in folgender Weise zergliedern:

Steinkohlenbergwerke	50 352	Arbeiter
Braunkohlenbergwerke	655	„
Eisenerzbergwerke	642	„
Sonstige Erzbergwerke	4 261	„
Steinsalzwerke	97	„
Kalisalzwerke	873	„

Der Kern der staatlichen Steinkohlenarbeiter findet sich im Saarbrücker Bezirk, durchschnittlich 33 397 Mann, am Schlusse des Jahres 34 425 Mann.

Gehälter und Löhne.

Für die „etatsmäßigen" Eisenbahnbeamten gelten folgende Normalgehaltssätze — voraus setzen wir immer nach dem Etatsentwurf die Zahl der 1898/99 in Betracht kommenden Personen; im Wohnungsgeldzuschuß befinden sich die von uns erwähnten Klassen fast alle in der untersten Abtheilung V, nur die Lokomotivführer und Maschinisten, die Zugführer und Steuerleute in der nächsthöheren Abtheilung IV:

	Beamtenklassen	Mindest-Gehalt M.	Höchst-Gehalt M.
9 465	Lokomotivführer, Maschinisten	1200	2200
4 582	Telegraphisten, Lademeister	1200	1800
4 522	Rangir- und Wagenmeister, Werkführer	1200	1600
3 315	Zugführer, Steuerleute	1100	1500
2 705	Fahrkartenausgeber, Fahrkartenausgeberinnen und Packmeister		
14 939	Haltestellenaufseher, Weichensteller 1. Klasse, Lokomotivheizer, Trajektheizer, Maschinenwärter, Magazinaufseher, Billetdrucker, Kassen- u. Bureaudiener, Brückengeld-Einnehmer	1000	1500
30 956	Portiers, Bahnsteig-Schaffner, Weichensteller, Krahnmeister, Brückenwärter, Schaffner, Bremser, Wagenwärter, Matrosen	800	1200
16 994	Bahn- und Krahnwärter, Nachtwächter	700	900

Man sieht, der Schwerpunkt dieser Ziffern liegt tief nach unten, bei den nahezu 31 000 Personen, die es höchstens auf 100 M. monatlich bringen, und bei den 17 000 Arbeitern, die mit noch nicht 60 Mark anfangen und mit 75 Mark bereits aufhören. Merkwürdigerweise sind auf den Eisenbahnen des Reiches die Normalsätze vielfach höher. Selbst den Zentrums-Abgeordneten Strombeck regten bei der Etatsberathung diese Vergleiche zu Zweifeln an der staatlichen Musterverwaltung mit den Riesenüberschüssen an. Er führte am 17. Januar aus:

Wir begegnen im Eisenbahnetat Besoldungssätzen, die nach dem Erachten meiner politischen Freunde und nach meiner persönlichen Ueberzeugung absolut unzureichend sind.

(Sehr richtig!)

Wenn z. B. Rangir- und Wagenmeister mit 1600 M., Zugführer, Packmeister, Weichensteller erster Klasse mit 1500 M., Schaffner, Portiers sogar blos mit 1200 M., Bahnwärter, Nachtwächter mit 900 M. abschließen — alle diese Zahlen bedeuten das Maximum —, so sind das Summen, die absolut unzureichend sind, sobald auch nur eine mäßig starke Familie vorhanden ist.

(Sehr richtig!)

Nun kommt noch die Imparität hinzu, welche jetzt in bezug auf die finanzielle Stellung dieser Beamten im Vergleich zu denen im Reich stattfindet. Dort sind alle diese Beamtenklassen, die ich eben erwähnte, nicht unwesentlich besser gestellt. Während Zugführer in Preußen besoldet werden mit 1100 bis 1500 M., werden diese Beamten im Reich nach dem jetzigen Etat mit 1400 bis 1800 M. besoldet

(hört! hört!)

und bekommen außerdem noch einen Zuschuß von 240 M. Das ist eine Differenz von 540 M.

(hört! hört!)

zwischen den Beamten in gleicher Stellung im Reiche und in Preußen.

(Hört! hört!)

Aehnlich geht es bei den Haltestellenaufsehern und bei den Weichenstellern erster Klasse. Die Gehaltssätze beginnen bei diesen Beamten in Preußen mit 1000 M. und enden mit 1500 M.; im Reiche beginnen sie mit 1120 M. und enden mit 1720 M., wozu aber noch 120 M. Zuschuß treten. Ganz ähnlich liegt es bei Portiers, Weichenstellern, und wie die zahlreichen sonstigen Klassen der unteren Beamten noch lauten.

Meine Herren, wir müssen aus Gründen der Humanität und der Sozialpolitik auf das dringendste wünschen, daß hier eine Besserung eintritt.

(Sehr wahr!)

Zu den kulturellen Aufgaben, die gelöst werden müssen, gehört vor allen Dingen auch, daß die Anforderungen, die im Interesse der Humanität zu stellen sind, erfüllt werden.

Soviel über die Beamten. Weiter erhalten wir dann, wie zum ersten Male im Vorjahre, eine „Uebersicht über die an die Gehilfen im mittleren Dienste, die Hilfskräfte im unteren Dienste, die Handwerker und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne." Freilich kann man sich etwas Sinnloseres kaum vorstellen. Anstatt nach Lohnklassen zu unterscheiden und uns zu sagen, wie viele und welche Arbeiter täglich und wie oft im Jahre 1,50, 1,60, 2,—, 2,50 ꝛc. M. verdienen, wird — meist nach Titulaturen nichtssagendster Art — eine Liste von 37 Gruppen aufgemacht: nichttechnische Bureaugehilfen, technische Bureaugehilfen, Zeichnergehilfen, Kanzleigehilfen, Stationsgehilfen für den Bahnhofsdienst, Stationsgehilfen für den Abfertigungsdienst, Schreibhilfen für Bahnmeister, Schreibhilfen für Betriebswerksmeister und so fort. Dafür werden dann in anderen Gruppen die heterogensten Elemente zusammengeworfen und alsdann auch hier die im ganzen Jahre überhaupt gezahlten Lohnbeträge dividirt durch die Gesammtzahl der geleisteten Tagewerke. Das ergiebt eben die allein mitgetheilten „Löhne und Besoldungen für ein Tagewerk". Das führt zu so absurden Ergebnissen, daß der amtliche Berichterstatter in seinen erläuternden Bemerkungen abermals, wie im Vorjahre schon, davor warnen muß, die berechneten Durchschnitte irgendwie ernst zu nehmen. So erfahren wir unter Gruppe 18, daß Hilfsbahnwärter, Hilfskrahnwärter und Wegeschrankenwärterinnen durchschnittlich 1,61 M. für ein Tagewerk erhalten. Eine Note klärt uns jedoch sofort darüber auf, daß dieser Durchschnitt — und weiteres erfahren wir nicht — nichts beweise, weil die Wegeschrankenwärterinnen, „deren Vergütungen im Vergleich zu denen der Hilfsbahnwärter nur gering sind, mit eingerechnet worden sind." Nichts kann die bureaukratische Schablone köstlicher illustriren: anstatt von der besseren Einsicht aus die Lohnziffern zu scheiden und so brauchbare Ergebnisse herzustellen, zieht man mit der Zuverlässigkeit einer Rechenmaschine seinen Durchschnitt, fügt ihm aber gewissenhaft bei, daß und warum er jedes Werthes entbehre. In Ziffer 25 ist ein Durchschnittslohnsatz herausdestillirt aus Rangirarbeitern und Scheuerfrauen, wahrscheinlich weil R und S einander im Alphabet sehr nahe stehen. Und so geht es durch die ganze Liste hindurch. Eine Angabe darüber, wieviel Arbeiter einer solchen höhergelohnten, wieviel einer niedrig gelohnten Gruppe angehören, scheint der Lohnstatistiker im Eisenbahn-Ministerium für durchaus gleichgiltig zu halten; wir erfahren darüber nicht eine Silbe. Bei einer anderen Gelegenheit wird uns mitgetheilt, daß es etwa 43 000 Werkstättenarbeiter giebt. Daß hier die mannigfachsten Einkommensabstufungen bestehen, ist zweifellos. Die offizielle Lohnstatistik begnügt sich, ganz vage Durchschnitte auszurechnen für alle Vorarbeiter, alle Handwerker, alle handwerksmäßig ausgebildeten Handarbeiter, alle sonstigen Arbeiter und Lehrlinge. Ueber die Stärke dieser wunderbar einfachen Abtheilungen, über etwaige Verschiebungen von Jahr zu Jahr zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern verlautet wiederum nichts.

Wir heben aus der Musterleistung nur diejenigen Schichten hervor, die für ein geleistetes Tagewerk unter 2½ Mark, also bei Krankheit und sonstwelcher vorübergehenden Beschäftigungslosigkeit weit unter 750 Mark Jahreseinkommen bezogen:

Maschinenputzer	2,44 Mark.
Hilfsportiers und Hilfs-Bahnsteigschaffner	2,34 „
Schreibgehilfen für Bahnmeister	2,33 „
Bahnhofsarbeiter	2,25 „
Güterbodenarbeiter und Gepäckträger	2,25 „
Hilfsweichensteller, Hilfskrahnmeister und Hilfs-Brückenwärter	2,19 „
Hilfsnachtwächter	2,11 „
Bahnunterhaltungs- und Kiesgewinnungs-Arbeiter	1,99 „
Hilfsbremser und Hilfswagenwärter	1,97 „
Hilfsbahnwärter, Hilfskrahnwärter, Wegeschranken-Wärterinnen	1,65 „

Für 1898/99 sieht übrigens der Etat geringe Lohnsteigerungen vor „mit Rücksicht auf die gesteigerten Aufwendungen der Arbeiter für Lebensmittel und Wohnung".

Bei den Grubenarbeitern ist besonders eines auffällig. Sie haben heute, in den Jahren der glänzendsten Ueberschüsse, noch nicht wieder die Lohnhöhe des Jahres 1891 erreicht. Während das private und staatliche Kapital durch den allgemeinen Geschäftsaufschwung und durch die Kohlen- und Kalisyndikate nie gekannte Gewinne einstreicht, hat der Bergarbeiter noch nicht einmal soviel verdienen können wie vor fünf und sechs Jahren. Der unterirdisch beschäftigte, eigentliche Bergarbeiter (bei Aus- und Vorrichtung, Abbau und Förderung) brachte es nämlich im Steinkohlen-Bergbau nach der Denkschrift des Herrn Brefeld zu folgenden Einnahmen:

		auf eine Schicht	im ganzen Jahre
in Oberschlesien	1891	2,83 M.	774 M.
	1896	2,82 „	768 „
in Niederschlesien	1891	2,74 „	824 „
	1896	2,68 „	814 „
im Bezirk Dortmund	1891	4,08 „	1217 „
	1896	3,90 „	1203 „
im Bezirk Saarbrücken	1891	4,21 „	1212 „
	1896	3,73 „	1079 „

Aehnlich bei den Arbeitern über Tage, bei den jugendlichen und weiblichen Arbeitern. Dabei stieg die Jahresleistung pro Kopf im gleichen Zeitraum. Diese belief sich nämlich

	1891	1896
in Oberschlesien	auf 331 Tonnen	359 Tonnen
in Niederschlesien	„ 203 „	221 „
im Bezirk Dortmund	„ 278 „	286 „
in Saarbrücken	„ 225 „	238 „

Das neuliche Geifern der Frhrn. v. Stumm gegen die Begehrlichkeit der Bergarbeiter erfährt durch diese Ziffern eine schlagende Beleuchtung.

Die Arbeitszeiten

werden nur in dem Bericht des Eisenbahnministers darzustellen versucht. Aber auch hier welche Hilf- und Einsichtslosigkeit!

Man bewundere z. B. den folgenden Einfall. Auf einem Bahnhof seien 14 Stationsbeamte mit regelmäßig 9 Stunden Dienst, der jedoch für alle Beamte an den beiden Wechseltagen der Woche auf 11 Stunden steigt. Der beschränkte Unterthanenverstand würde das (bei 7 Arbeitstagen in der Woche) wahrscheinlich als einen durchschnittlich fast zehnstündigen Arbeitstag buchen und durch eine Note vielleicht den genaueren Thatbestand noch ausführen. Unser weiser Oberkalkulator theilt uns jedoch mit feierlichster Amtsmiene mit, er habe dann die Eintragung in folgender Weise vollzogen: „10 Beamte (5/7 der 14) mit einer Diensttour von 8—10 Stunden (Spalte 5) und 4 (= 2/7 der 14) mit einer solchen von 10 bis 12 Stunden (Spalte 6)." Man kann offenbar den einfachsten, klarsten Sachverhalt garnicht künstlicher verwirren: aus 14 gleichgestellten Beamten werden 10 abgesondert und zu günstig dargestellt, dafür die weiteren 4 viel zu ungünstig!! Wenn das wirklich, wie die Bemerkungen anzudeuten scheinen, systematisch durchgeführt ist, so muß für die vielen Eisenbahnangestellten, die nicht täglich denselben, sondern wechselnden Dienst haben, schließlich ein Monstrum von „Nachweisung" entstehen. Aehnlich macht die sonderbare Art der Berücksichtigung der Ruhepausen das ganze Bild zu einem verzerrten. Doch mangelt uns der Raum, dies weiter auszuführen. Wir geben nun die Liste, wie wir sie finden, drucken aber die Ziffern unter der Rubrik „10 bis 12 Stunden" fett, wo mehr als die Hälfte der Beschäftigten durchschnittlich dieser oder einer noch längeren Arbeitszeit unterliegt:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Lfd. Nr.	Bezeichnung der Dienstklassen	Gesammtzahl der Beamten u. s. w.	Dienstdauer: bis 8 Stunden (einschl.)	mehr als 8 bis 10 Stunden	mehr als 10 bis 12 Stunden	mehr als 12 bis 13 Stunden	mehr als 13 bis 14 Stunden	mehr als 14 bis 15 Stunden	mehr als 15 bis 16 Stunden
			Anzahl der Beamten u. s. w.						
1.	Bahnwärter	23 519	527	1 186	**15 431**	2 918	2 895	289	323
2.	Weichensteller	20 405	1 618	1 200	**14 010**	1 557	1 476	262	282
3.	Stationsbeamte (auch auf Haltestellen und Haltepunkten)	12 469	1 300	1 531	**6 903**	1 203	881	379	299
4.	Telegraphisten	2 975	1 024	612	1 209	74	33	14	9
5.	Rangirmeister	2 921	189	275	**2 276**	113	68	—	—
6.	Wagenmeister	2 061	51	247	**1 701**	38	24	—	—
7.	Portiers und Bahnsteigschaffner	3 976	143	507	**2 343**	438	268	108	79
8.	Zugbegleitungspersonal	26 029	3 702	4 882	**9 722**	2 520	2 306	1 490	1 407
9.	Lokomotivpersonal	21 250	4 101	3 725	**5 506**	2 672	3 133	1 216	894
10.	Abfertigungs- und Lademeisterpersonal	12 824	612	8 796	**3 090**	175	71	26	24
11.	Werkstätten- und Magazinpersonal	4 852	367	2 551	**1 850**	71	13	—	—
12.	Bahnhofsarbeiter	27 321	509	3 991	**19 781**	1 644	759	338	299
13.	Güterbodenarbeiter	18 448	99	4 410	**7 205**	1 172	338	150	74
14.	Arbeiter der allgemeinen Verwaltung	1 077	279	419	372	7	—	—	—
15.	Bureaupersonal	12 112	11 549	461	102	—	—	—	—
16.	Werkstättenarbeiter	42 903	36	41 144	1 692	31	—	—	—
17.	Bahn- und Telegraphenunterhaltungsarbeiter	63 388	740	39 822	**22 487**	278	61	—	—
	Zusammen	293 530	26 879	115 819	**115 680**	14 911	12 279	4 272	3 690

Wäre die Tabelle wirklich das, was jedermann unter einer „Nachweisung über die tägliche Dauer des planmäßigen (!) Dienstes des Personals" versteht und sucht, so wäre sie ein wahrhaft zermalmendes Urtheil über die Sozialpolitik des Eisenbahnministers. Wendet man uns aber ein, daß die Ziffern aus verschiedenen Gründen nichts beweisen — welch eine Geschmacklosigkeit sonder gleichen ist es alsdann, eine parlamentarische Körperschaft, auf ausdrücklichen ausgesprochenen Wunsch nach einer zuverlässigen Arbeiterstatistik, Jahr für Jahr mit solchem Zeug abzuspeisen. Herr Eugen Richter hatte seinerzeit eine überlegte, detaillirte Skizze der von ihm gewünschten Statistik vorgelegt. Hoffentlich läßt er diesen Faden nicht wider fallen.

—ms.

Literarisches.

Der „Süddeutsche Postillon" bietet in seiner soeben erschienenen Nummer 3 des laufenden Jahrgangs wieder einige ältere Meisterwerke der Karrikatur. Zwei beziehen sich auf Louis Philipp und Napoleon III., eines auf die französische Justiz. Auch sonst ist die Nummer sehr empfehlenswerth.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 16. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Geniestreich. — Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. Von Eduard Bernstein. — Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Oesterreich. Von Karl Kautsky. — Die Dekadenz und ein Nichtdekadent. Von Dr. Felicie Rosig-Prochnik. — Notizen: Polarland und Tropenflora. Von Herm. Holm. Täuschte Arbeiter-Nahrungsmittelproduktions-Vereine. — Feuilleton: Sodoms Ende im Lichte geologischer Forschung. Von R. Sommeli.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 29. Januar.

Opernhaus. Mignon. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Schildkröte. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Preciosa. Anfang 8 Uhr.
Goethe. Berliner Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Heerd. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Die Göttin der Vernunft. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Ninetten's Hochzeit. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Trilby. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kean. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 2. Vorstellung im 2. Schiller-Zyklus: **Kabale und Liebe.** — Abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Montag, abends 8 Uhr: **Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.

Preciosa.

Schauspiel in 4 Akten von P. A. Wolff. Musik von Karl Maria von Weber. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: **Frei-Konzert.** Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Sonntag Nachmittag, kleine Preise: **Berlin, wie es weint und lacht.** Ferdinand: Carl Weiß. Abends: **Preciosa.** — Im Vorbereitung: **Unter der Polarsonne.** Großes Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz von Sondermann.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 29. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 8. Male:

Die Tugendfalle.

Burleske Posse mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und W. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer. Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:

Trilby.

Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von G. du Maurier, frei bearbeitet von Richard Mark.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr:
Volks-Vorstellung. Regie J. Türk: **Die Räuber** von Fr. Schiller. Abends 8 Uhr: **Trilby.**
Trilby . . Anna Müller-Lincke.
Billets à 60 Pf. zu der Sonntag Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Alle Urtheile der Presse
stimmen überein darin, dass
Donat und **Anton Herrnfeld's**
neueste Novität, die lustig-pikante
„Komödie einer jungen Ehe":

Familie Kochsalz

ein neues Heiterkeits-Produkt
I. Ranges ist!
Alle Urtheile
des Publikums
bestätigen diese Kritik an jedem Abend durch ununterbrochene Lachsalven und Beifallsstürme und häufig hört man, wenn die Schaaren **Kaufmann's Variété** verlassen, die Bemerkung:
„Sie sind doch wirklich einzig in ihrer Art, diese Herrnfeld's!"

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr:
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Castan's

Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Passage-Panopticum.

Im Theatersaal:
Die 8 lustigen Wienerinnen.
Zum Schluss:
Flotte Bursche.
Kom. Operette von Suppé.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Neu! Die Neu!
lustigen Heidelberger.
Ausstattungs-Operette in einem Akt von Poly Henrion.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: **Unser Johann.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Beye.
Auftreten sämmtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugskarten haben Giltigkeit.

Konzert-haus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. H. Pierry.
Artistischer Leiter Jos. Aichinger.
Großer Beifall!

Der Zigeuner.

Gesangsstück in zwei Bildern von Walter Gericke.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Großer Ball.

Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Quarg's

Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Heute Sonnabend wegen Privatfestlichkeit
Geschlossen.
Dafür Gastspiel der
1. Original-Budapester
im
Reichshallen-Theater

Das Armband.

Außerdem das **große Spezialitäten-Programm** (30 Kunstkräfte 1. Ranges.)
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen Sonntag und folgende Tage finden diese Vorstellungen wieder im **Vaudeville-Theater** statt.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Novität! Novität!

Circusblut.

Operetten-Burleske von G. Fischer-Ohmann. Musik von R. Baumgart.
Neu! Vorher: Neu!

Treffer.

Schwank von Benno Jacobson.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Der Kiautschau-Mann
Zum 283. Male: **Lene.**

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! **Nur keine Schwiegermutter** Neu!
Lustspiel.
Neu! Bei Registrators. Neu!
Posse mit Gesang.
Sensationell! **Molly!** Sensationell!
Die beste Excentric-Chansonnette.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Reichshallen-Theater,

Leipzigerstrasse 77,
Heute Sonnabend präz. 7½ Uhr:
Das grosse erstklassige aus **30** Kunstkräften bestehende Progamm unter Mitwirkung der Orig.-**Budapester** Orph.-Ges.
Das Armband.
Eisenbach! Georgette!
Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel:
Fideler Abend,
Militär-Konzert, humoristisches Roulette, Stangenklettern, Gratispräsentvertheilung u. s. w.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Heute 6. Abend:

Yvette Guilbert.

Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.
Voranzeige!
La Loie Fuller.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Grösstes, machtvollstes und prächtigstes Schaustück der Gegenwart. **700** Aufführ. in London. **1000** Mitwirkende.
1. Bild: Das Maifest in England. 2. Bild: Spanischer Stierkampf. 3. Bild: Wiener Jahrmarkt. 4. Bild: Räuberüberfall in den rumelischen Bergen. **Das Schlachtfeld.** 5. Bild: Der Sklavenmarkt. 6. Bild: Prunkpalast in Konstantinopel. Attentat auf den Sultan. Enthauptung des Räuber-Hauptmanns.
Kolossaler Prachtaufzug.
Wasserschauspiel auf dem Bosporus. Eine wirkliche Flotille. Die **Riesen-Ballets,** die **Pracht der Kostüme** und **Dekorationen überragen alles bisher Dagewesene.**
Preise der Plätze von 50 Pf., 1,—, 1,50, 2,—, 2,50, 3,—, 3,50, 4,— und 5,00 M.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Morgen, Sonntag: **2 Vorstellungen.** Nachmittag 4 Uhr. Abends 8 Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute Freitag, den 28. Januar:
Doctor Wespe.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Benedix.
Sonnabend wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Sonnabend, den 29. Januar 1898, abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
In der Tanzstunde, gr. Quadrille, geritten in Kostümen der fredericianischen Zeit. Alligator, dressirter Hengst, ger. von Mdme. **Maria Doré. Gebrüder Borghetti** mit ihren vorzüglich gestellten Marmorbildern. Die vorzüglichsten Freiheitsdressuren des Dir. **Busch.** Ein großes Reitkünstlerinnen-Potpourri, ausgef. v. Geschw. **Powell,** Mdme. **Antionette,** sowie Frl. **Biennow** und **Fanny.** Außerdem: Auftreten sämmtlicher Klowns und Auguste.

Zaragoza.

Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch, entnommen aus dem spanischen Leben. Besonders hervorzuheben: Der Brand des grünen Schlosses mit der Flucht des Don Casoduros und seiner Geliebten sowie sämmtlichen Pferden. Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe.
Morgen Sonntag: 2 große brillante Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr und abends 7½ Uhr: **Zaragoza.**

Zitherspieler,

perfekte, werden zur Ergänzung eines gute Musik pflegenden Ensembles gesucht. Off. an C. Templiner, Berlin SO., Mariannenstr. 8, H. 1 Tr. erb. [2912B

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 1. Februar 1898, abends 8½ Uhr,
in Rautenberg's Salon, Oranienstrasse No. 180:

Branchen-Versammlung

der Klempner, Gürtler, Drücker u. verw. Berufsg. sowie sämmtlicher in dieser Branche beschäft. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Rein** über: „Das Arbeiter-Elend und der wirthschaftliche Kampf der Gegenwart". 2. Diskussion. 3. Neuwahl eines Beisitzers zur Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 110/9
Die **Bibliothek** des Verbandes befindet sich im Restaurant **Mörschel,** Jüdenstr. 35. Dieselbe ist geöffnet jeden Abend von 7½ bis 9 Uhr. Sonntags geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche Versammlung sämmtlicher Möbelpolirer

Berlins und Umgegend
Montag, den 31. Januar 1898, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstrasse No. 29.
Tages-Ordnung: 1. Bericht und Wahl des Vertrauensmannes. Decharge-Ertheilung. 2. Wie stellen sich die Polirer zur Beschickung des Kongresses der lokalorganisirten Gewerkschaften? 3. Verschiedenes.
145/5 **Der Vertrauensmann.**

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler

(Berlin D).
Sonnabend, den 5. Februer 1898, in der „Kronen-Brauerei", Alt-Moabit 47-48:

Großer Wiener Masken-Ball

zum Besten des Invaliden-Fonds.
Anfang 8 Uhr. [182/3] **Entree 50 Pf.**
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Comité.**

Metallarbeiter!

Montag, 31. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale der Tonhalle, Friedrichstr. 112:

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. **Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, die Streik-Versicherungs-Gesellschaft „Industria" und der Streikerlaß des Grafen Posadowsky. 2. Der Ausstand der englischen Maschinenbauer und unsere weiteren Maßnahmen.** 3. Wahl von Revisoren. 4. Ersatzwahl von zwei Delegirten zur Gewerkschaftskommission.
Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt nöthig. 115/4
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N., Anklamerstr. 44.

Bauarbeiter von Gr.-Lichterfelde und Umgebung.

Sonntag, den 30. Januar, mittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Löwendorf in Lankwitz, Viktoriastrasse:

Oeffentl. Bauarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Lage der Bauarbeiter. Referent Kollege **Silberschmidt.** 2. Unsere Lohnbewegung und Stellungnahme zum neuen Lohntarif. 3. Diskussion. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das **pünktliche** Erscheinen **aller** Kollegen nothwendig.
Der Einberufer.

Wo? machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten 4063L*
Freund auf Pichelswerder.
Da giebt's am Sonntag frische Wurst.

Künstl. Zähne 1,50 M. Plomben 1 M. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Manteuffelstr. 43, I., Ecke Oranienstraße. Spr. 8—10 und 1—3 Uhr.

Kinderwagen,

Kranken, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen.
Kinder-Klappstühle, Kinder-Holzmöbel.
Sämmtliche Korbwaaren.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.
Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbr.
Teleph. III, 1767.

100000 Harmonikas.

mit meiner selbsterfundenen, garantirt unzerbrechlichen Spiral-Claviatur-Federung habe ich bereits seit kurzer Zeit verkauft. Nicht eine einzige Reklamation wegen Brechen oder Lahmwerden meiner neuen Tastenfederung ist in dieser Zeit eingegangen. Diese Federung ist in verschiedenen Ländern
patentirt,
in Deutschland unter D.-R.-G.-M. No. 47452 geschützt.
Ich versende
für nur 5 Mark!
gegen Nachnahme, **als besondere Spezialität, eine elegante Concert-Zug-Harmonika,** mit einer herrlichen 2-chörigen Orgelmusik-Claviatur m. Spiralfederung und abnehmbarem Rückentheil, 10 Tasten, 40 breite Stimmen, 2 Bässe, 2 Register, brillante Nickelbeschläge, offene Nickel-Claviatur mit einem breiten Nickelstab umlegt, gutem, starkem Balg mit 2 Doppelbälgen, 2 Zuhalter, sortirte Balgfalten mit Metall-Eckenschoner, 35 cm Höhe. Verpackung und Selbsterlernschule umsonst. **Dieses Instrument mit harmonischem Glockenspiel nur 30 Pfg. mehr.** Nur zu beziehen durch den Erfinder
Heinr. Suhr, Neuenrade i. W.
Nachweislich ältester und größter Harmonika-versand in Neuenrade.
3-, 4-, 6-chörige und 2-reihige Concert-Instrumente zu staunend billigen Preisen, worüber Preisliste zu Diensten.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Großen Jubel erregen jeden Abend **Richard Winkler** u. **Wilhelm Fröbel** in der einzig dastehenden Operette
Das radelnde Berlin
Stürmischen Beifall erzielen
Cabaret's Liliputaner Hunde.
Niagarra, Könige aller Thurmseilläufer.
Frid Frid. Gebrüder Wichmann. Ferrée Hildebrand. Willard.
Dähn und Walde.
Lebende Photographien.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Strickwolle-Ausverkauf. Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. I. 1 Tr.

Für nur 3 Mk.

versende ich per Nachnahme eine elegante Akkord-Zither mit 20 Saiten, 3 Manualen, Ring, Schlüssel, Schule und Karton. In einer Stunde kann Jedermann ohne Lehrer u. ohne Notenkenntniß nach der vorzüglichen, umsonst beigelegten Schule die herrlichsten Musikstücke spielen. Porto u. Kiste 1 Mk.; 2 Stck. Akkord-Zithern für nur 7 Mk. franko. **Eine große 6-manualige Concert-Akkord-Zither wundervoll im Ton mit Stimmvorrichtung nur 8,— Mk., früher 14,— Mk.** Man bestelle b. **Heinr. Suhr, Neuenrade i. W.**

!Herren-Hüte!

Weiche von 1,50 an, Kinderhüte und Mützen in großer Auswahl. 2175b
Fritz Weith, Rixdorf.
Hobrechtstr. 78, pt., am Hermannplatz

Schulz' Festsäle

Neue Königstr. 7. am Königsthor.
In den neu renovirten Sälen: Jeden Sonnabend und Sonntag:
= Großer Ball. =
Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. **Ed. Schulz,** Gastwirth.

Zur Beachtung.

Orts-Krankenkasse

der
Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe.
Berlin C., Klosterstr. 65—67.
Vom 1. Februar 1898 ab ist das Kassenlokal werktäglich **nur** von 9—1 Uhr **vormittags** geöffnet.
Sonn- und Feiertags geschlossen.
265/2 Der Vorstand.

Hasen 2,80 M., gespickt 3,25 M.
Hirschfleisch 30, 40, Blatt 50 Pf., Keule 70, 80 Pf.
Kaninchen 80 Pf. Gänse 55 Pf.
Hühner, Enten, Tauben.
Wild- und Geflügel-Handlung
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Nach der Inventur Großer Ausverkauf in Gardinen und Resten

älterer Muster in weiß und crème, zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Flur **(kein Laden).**
Neuheiten treffen täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei. 4138L*

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. x. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. bes. Geschlechtsk. u. Gewichtszunahm. über. 14 Flasch. drei, 30 zehn M. exkl. Zu Geb. (¼, ½, ¹⁄₁₆) z. Selbstabz. wesentl. bill. **Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov.** Porterkellerei
Ringler,
Berlin, Brunnenstraße 152.
Nach Flaschenzahl — Qual. entscheid.

62/2*

Möbel auf **Theilzahlung** **J. Ostrowski jr.** **Große Frankfurterstr. Nr. 1. I.**

Jede Uhr

reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.
* **Carl Lax, Uhrmacher.**
35 Chausseestraße 35.
Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung gestattet.**
Beamten ohne Anzahlung. 4065L*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Schlittschuhe v. 15 Pf. an, Dresdenerstr. 28 bei Zimmermann. [2537b

Arbeitsmarkt.

1 Besteckarbeiter nach Görlitz. Mehrere tücht. Preß- u. Hammerarbeiter für Berlin, sofort.
1 Silberschleifer f. Beschäftigung.
1 Goldarbeiter, der etwas Graviren kann, per sofort für Berlin, dauernde Stelle.
Arbeitsnachweis
Deutscher Gold- und Silber-Arbeiter,
Holzmarktstr. 8. 71/3

Für meine Anstalt in Hamburg suche ev. zum sofortigen Antritt einen durchaus zuverlässigen **Aetzer** für Strich und Autotypie bei gutem Lohn und dauernder Stellung.
M. Feuerstein.
Persönlich zu sprechen am Sonnabend von 12—3 und 6—8 Uhr im Hotel zum grünen Baum, Krausenstraße 56—58. 416

20 Bordennäherinnen sucht Grenzstr. 5 I.

Plätterinnen auf geschweifte Umlegekragen und Manschetten, in und außer dem Hause verl. **M. Trappe,** Lothringerstr. 16, 1. Quergeb. 4 Tr.

Versilberer 4½
verl. **Kretschmann,** Köpnickerstr. 100a.

Rührige Acquisiteure

stets willkommen! Feuerversich. giebt höchste Provision u. extra Vortheile. 11/5*
Offerten sub „**Vorwärts**" postlgd. **Postamt S. Taubenstraße.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.